

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E V)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 1 – E 21**

- 01) Abrechnungen. Gorbatschow - Ukraine-Krieg. Von Ed Koch
- 02) Eine multipolare Wirtschaftsordnung zur Überwindung der globalen Geldhegemonie
- 03) Gorbi et mundi. Von Ed Koch
- 04) Welche Werte verteidigen wir in der Ukraine?
- 05) Papst will Frieden – „Die NATO hat Putin die Tür eingetreten.“

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie **Seiten E 22 – E 23**

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 24**

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 25**

Seit 01.08.2022 keine Berichte! Zu wenig putin-freundlich?

E. e) Europa, Europa und die Welt **Seiten E 26 – E 31**

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seiten E 26)

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 26 – E 31)

- 01) EU-Kommission bereitet Notstandsgesetze samt „militärischen Management-rechten“ vor
- 02) Joachim Kuhs: Christenverfolgung ächten – EU-Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit jetzt!
- 03) Polen arbeitet an europaweitem Einreiseverbot für Russen

Keine Berichte

BENELUX-LÄNDER (Seite E 33)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 34 – E 56)

- 01) Entlastungspaket
- 02) Politiker - präsent sein. Von Ed Koch
- 03) Die Industriestandort-Vernichtung geht los: Europas größter Stahlkonzern schließt Produktionsanlagen in Deutschland
- 04) Habeck und VdL verzweifelt: Energie-Preisgrenze und Orban als Vorbild für Kriegsgewinn-Sondersteuer
- 05) Indianerhäuptling. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 57 - E 67)

- 01) Das ist doch keine Funkausstellung. Von Ed Koch
- 02) Kalender: 2023 steht vor der Tür. Von Ed Koch
- 03) Besuchermagnet EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg: Grüner geht's nicht. Von Ed Koch
- 04) Reaktionen: Tankrabatt - 9-Euro-Ticket – Energie – Forderungen der Jugend an die Politik. Von Ed Koch
- 05) Ampel ausgefallen – 9-Euro-Ticket. Von Ed Koch
- 06) Jugendliche stellen Forderungen an den Senat

Österreich (Seiten E 68 – E 70)

- 07) Österreich: Rote „Wien Energie“ de facto pleite – Milliarden verspekuliert. Von ELMAR FORSTER

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 71 – E 84

Polen (Seiten E 71 –E 76)

- 01)** Polnischer Staatspräsident kündigt Renaissance der Visegrad-4-Zusammenarbeit an
- 02)** Polnischer Präsident Duda: Europäische Union hat ihr Wort gebrochen!
Von MANDINER
- 03)** Polen arbeitet an europaweitem Einreiseverbot für Russen

Tschechien (Seiten E 77 – E 78)

- 04)** Großdemonstration von Regierungsgegnern und Unzufriedenen in Prag
- 05)** Zehn Jahre Powidl.eu – das Online-Magazin aus Tschechien
- 06)** „Freiheit ist nicht selbstverständlich“
- 07)** „Technische Mängel“: Zug durfte nicht nach Deutschland fahren

Ungarn (Seiten E 79 – E 84)

- 08)** Europäische Lesbenkonferenz in Budapest: Hundert Lesben braucht es für eine Revolution
- 09)** Ungarischer Ministerpräsident wochenlang in Kroatien „verschollen“
– Geheimnis gelüftet
- 10)** Russische Gazprom liefert EU- und NATO-Mitglied Ungarn zusätzlich täglich 5,8 Mio. m³ Gas

E. i) Osteuropa

Seiten E 85 – E 87

Ukraine (Seite E 85)

Keine Berichte

Russland (Seiten E 86 – E 87)

- 01)** Lawrow zu Mord an Dugina – barbarisches Verbrechen darf nicht verziehen werden

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 88

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 89

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 89 – E 91

Italien (Seiten E 89 - E 91)

01) Umbruch in Europa: Italienische Rechte könnte mit 2/3 Ungarn beerben

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 92

Keine Berichte

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	<i>Seite E 93</i>
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	<i>Seite E 94</i>
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	<i>Seite E 95</i>
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	<i>Seite E 96</i>
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	<i>Seite E 97</i>
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	<i>Seite E 98</i>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 21

01) Abrechnungen. Gorbatschow - Ukraine-Krieg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-03

3. September 2022

47. Jahrgang

Abrechnungen

Das Bild der Woche ist, **Michail Gorbatschow** im Sarg liegend und davor **Wladimir Putin** stehend und sich verneigend. Wer wünschte sich nicht, dass es umgekehrt wäre, allerdings ohne Verneigung. Immerhin stand Putin am Sarg, die Zeit nahm er sich. Zur Teilnahme an der heutigen Beisetzung hat er keine Zeit. Dringende Termine hielten ihn davon ab. Natürlich. Er muss ja sehen, wie er mit seinem festgefahrenen Angriffskrieg weiterkommt. Der russische Goliath hat den ukrainischen David bisher nicht besiegen können, weil dieser ständig neue Steinschleudern aus dem Ausland bekommt.

Wäre die Sowjetunion nicht in ihre Einzelteile zerfallen, gäbe es heute keinen Krieg in der Ukraine. Schuld hat natürlich Gorbatschow, der die Weltmacht Sowjetunion zur Regionalmacht Russland machte. So einfach kann man es auch sehen. Die Wahrheit ist freilich viel komplizierter und vielschichtiger.

Gorbatschow ist tot, sein Nachfolger **Boris Jelzin**, dem die Welt Putin zu verdanken hat, schon seit 2007. In Deutschland wird ehrfürchtig an Gorbis gedacht, weil ohne ihn eine Wiedervereinigung nicht möglich gewesen wäre. „Ohne ihn“, so der in Ost-Berlin geborene Abendschau-Moderator **Sascha Hingst**, „stünde ich nicht hier.“ Das trifft nun, ohne das es wertend gemeint ist, fast auf die ganze Moderatoren-Crew der Abendschau zu. Ohne Gorbatschow müsste **Volker Wieprecht** jeden Tag die Abendschau allein moderieren. Lassen wir aber die Scherze und wenden uns den Nachrufen auf Gorbatschow zu. Diese waren weitgehend überschwänglich. Es gibt Journalisten, die es kritischer sehen.

Eric Gujer, seit März 2015 Chefredaktor der **Neuen Zürcher Zeitung**, leitet einen Artikel in der Rubrik „Der andere Blick“ mit den Worten ein: „Wer sich blenden lässt, den bestraft das Leben – Die fatale Beziehung der Deutschen zu Gorbatschow und Russland. Die unkritische Begeisterung für Gorbatschow hat viel zum naiven Russlandbild in Deutschland beigetragen. Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise zerstören jetzt manche Illusionen. Ob es den Deutschen gelingt, ihre Russland-Romantik zu überwinden?“ Den ganzen Beitrag lesen Sie bitte unter:

<https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/gorbatschow-russland-und-deutschland-eine-fatale-beziehung-ld.1695671>

Mit Gorbatschow kam die „Romantisierung“ der Beziehungen zur Sowjetunion. „Zusammen mit **Ronald Reagan** befreite er die Deutschen von ihrer Atom-

krieg-Paranoia. Mit Perestroika und Glasnost zog er den spätstalinistischen Satrapen in Ostberlin, Prag und andernorts den Boden unter den Füßen weg und trug so zum Fall der Mauer bei.“

„Dank Gorbatschows Großzügigkeit (und Helmut Kohls Weitsicht) nahm schließlich das Wunder der Wiedervereinigung Gestalt an.“ „Nüchtern“ sei der „Blick im Umgang der Deutschen mit Russland bis heute nicht“, schreibt Gujer. Dass sich die Deutschen so abhängig machten von russischen Energielieferungen, läge „nicht zuletzt an der noch immer nicht kurierten «Gorbi-Mania»“.

Die Deutschen haben nach Ansicht des Chefredaktors der NZZ nicht wahrhaben wollen, „dass Gorbatschow die Reformen eines sklerotischen Systems nur anstieß, um die Herrschaft der Kommunistischen Partei auf Dauer zu sichern.“ Als Politiker scheiterte Gorbatschow und wurde „zur Geisel dilettantisch agierender Putschisten.“

Wir Deutschen hätten nie verstanden, teilt uns der Schweizer mit, „dass der charismatische Generalsekretär zwar eine starke Persönlichkeit war, seine Politik aber aus Schwäche entstand. Wäre er der Führer einer wirtschaftlich starken und innenpolitisch stabilen Sowjetunion gewesen, hätte er sich nie auf den Umbau der Gesellschaft eingelassen.“ Fälschlicher Weise interpretierte der Westen „Gorbatschows Vorstellung von einer besseren Sowjetunion als das Streben nach Demokratie und einem echten Pluralismus.“

Das war offenbar ein Missverständnis. „Auf dieser Grundlage entwickelte der damalige Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** seine Vision einer «Modernisierungspartnerschaft». Berlin sollte Moskau helfen, sich zu modernisieren. Steinmeier begriff nie, dass die russischen Eliten keine umfassende Modernisierung anstrebten.“ Gujer behauptet: „Gorbatschow und Putin verbindet der Imperialismus.“ Was in der Nachfolge von Gorbatschow und Jelzin aus Russland geworden ist, sehen wir heute deutlicher denn je. Putin strebt eine Wiederbelebung des Sowjetreiches an, um endlich wieder als Weltmacht wahrgenommen zu werden, koste es, was es wolle. Geld und vor allem Menschenleben sind Putin vollkommen egal.

Und wie drückte es der russische Botschafter in Schweden **Viktor Tatarinzew** zehn Tage vor dem Überfall auf die Ukraine und angesichts der vom Westen angekündigten Sanktionen in diesem Falle aus: „Entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise, aber wir schießen auf ihre ganzen Sanktionen.“ Ob durch



Nord Stream 1 jemals wieder Gas strömen wird, bleibt vorerst unbeantwortet. Während Putin überschüssiges Gas verbrennt und vermutlich wohligh in seiner Sauna sitzt, gehen bei uns die Lichter aus und die Heizungen erst gar nicht an.

„Die Verehrung Gorbatschows trug viel dazu bei, dass der deutsche Blick auf Russland zunehmend von Wunschenken bestimmt wurde. Mauerfall und Wiedervereinigung machten blind für eine schon sehr bald wieder besorgniserregende Entwicklung.“

„Wo hört Dankbarkeit auf, und wo beginnt Naivität?“, fragt Eric Gujer zu Recht.

Auch **Richard Herzinger** beschäftigt sich in einem Artikel mit „Gorbatschow und die deutsche Russland-Verklärung“. Nachzulesen unter:

<https://herzinger.org/gorbatschow-und-die-deutsche-russland-verklaerung>

„Der zur Inkarnation friedfertiger Menschlichkeit glorifizierte „Gorbi“ steht für die unverwüsthliche deutsche Projektion, hinter Putins Gewaltregime verberge sich ein „wahres“, gutherziges Russland, mit dem man baldmöglichst wieder zu „normalen“, konstruktiven Beziehungen zurückkehren müsse und könne.“

„Dass Bundeskanzler Scholz ein ums andere Mal betont, der Vernichtungsfeldzug gegen die Ukraine sei „Putins Krieg“, für den Russland im Ganzen nicht verantwortlich gemacht werden dürfe, stellt einen Wiederhall dieses illusionären Konstrukts dar. Dies alles passt in die aktuelle Stimmungslage, da die Unterstützung für die Ukraine im Bröckeln begriffen ist und die Forderungen aus verschiedenen politischen Lagern massiver werden, der Krieg solle schleunigst „eingefroren“ und dem Aggressor ein „gesichtswahrender“ Ausweg daraus gewährt werden – werde man doch nach dem Krieg wieder möglichst gut mit ihm auskommen müssen.“

War Gorbatschow „tatsächlich jene makellose Lichtgestalt, zu der er hierzulande hymnisch verklärt wird?“, fragt Herzinger. „Kaum präsent sind im deutschen öffentlichen Bewusstsein alle Tatsachen, die dieses strahlende Bild verdunkeln könnten – etwa, dass Gorbatschows die „Erneuerung“ des Kommunismus durch die Rückkehr zur ursprünglichen Lehre Lenins angestrebt hatte und sich von diesem Ziel nie ganz verabschiedet hat. Oder dass er, wie im Baltikum im Januar 1991, auch vor dem Einsatz tödlicher Gewalt gegen friedliche Demonstranten nicht zurückschreckte, wenn es um die Sicherung des Fortbestands der Sowjetunion ging.“

Herzinger weist darauf hin, dass Gorbatschow bei einem Besuch in Deutschland im November 2014 erklärt habe, im Falle der Krim-Annexion nicht anders gehandelt hätte als Putin. *„Das zeigt, dass die hierzulande gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, Putin repräsentiere das genaue Gegenteil dessen, wofür Gorbatschow stand, eine grobe Simplifizierung der tatsächlichen Verhältnisse darstellt.“*

Der hat uns gerade noch gefehlt

Oskar Lafontaine meldet sich mal wieder zu Wort. In einem in der **Berliner Zeitung** am 31. August veröffentlichten Gast-Beitrag schreibt Lafontaine: *„Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA“.*

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/oskar-lafontaine-deutschland-handelt-im-ukraine-krieg-als-vasall-der-usa-li.261471>

Nachfolgend ein paar Leseproben:

„Der Krieg in der Ukraine begann für die große Mehrheit der deutschen Politiker und Journalisten am 24. Februar 2022. Mit dieser Sichtweise, die die komplette Vorgeschichte des Einmarschs der russischen Armee in die Ukraine ausklammert, kann Deutschland keinen Beitrag zum Frieden leisten.“

„Die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges beginnt mit dem Selbstverständnis der USA, sie seien eine ausgewählte Nation mit dem Anspruch, die einzige Weltmacht zu sein und zu bleiben. Daher müsse die USA alles unternehmen, um das Aufkommen einer anderen Weltmacht zu verhindern. Das gilt nicht nur für China und Russland, sondern ebenso für die EU oder in Zukunft vielleicht für Indien oder andere Staaten. Wenn man diesen Anspruch akzeptiert und gleichzeitig weiß, dass die USA den mit Abstand größten Militärapparat der Welt haben, dann kann man zu dem Schluss kommen, dass es das Beste ist, sich unter die Fittiche dieser einzigen Weltmacht zu flüchten.“

Deutschland sei kein souveränes Land, behauptet der einstige SPD-Vorsitzende (1995-1999) und Vorsitzender der Linken (2007-2010).

*„Der Flughafen Ramstein ... war und ist für die Kriegsführung der USA im Vorderen Orient, in Afrika und in der Ukraine unverzichtbar. Daher ist Deutschland, wenn die Amerikaner Kriege führen, immer Kriegspartei, ob es will oder nicht. Weil er diesen Zusammenhang gesehen hatte, wollte beispielsweise **Charles de Gaulle** keine Nato-, sprich US-Einrichtungen auf französischem Boden.“*

*Dass Deutschland kein souveränes Land ist, wurde wieder deutlich, als US-Kriegsminister **Lloyd Austin***



in Ramstein zu einer Konferenz einlad, in der die Vasallenstaaten ihren Beitrag zum Ukraine-Krieg liefern mussten. Selbstverständlich beanspruchen die USA auch die Entscheidung darüber, ob ein Land wie Deutschland eine Energieversorgungsleitung wie Nord Stream 2 in Betrieb nehmen darf."

Lafontaine beton in seinem Artikel die Sicherheitsinteressen Russlands. „Die Präsidenten Clinton, Bush, Obama, Trump und Biden trieben die Nato-Osterweiterung und die Aufrüstung der Ukraine immer weiter voran, obwohl Russland seit mehr als 20 Jahren darauf hinwies, dass es US-Truppen und Raketen an seiner ukrainischen Grenze nicht akzeptieren werde."

„Spätestens mit dem Putsch auf dem Maidan 2014 zeigten die USA, dass sie nicht bereit waren, auf die Sicherheitsinteressen Russlands Rücksicht zu nehmen. Sie setzten eine US-Marionettenregierung ein und taten alles, um die Streitkräfte der Ukraine in die Nato-Strukturen einzubinden. Gemeinsame Manöver wurden abgehalten und die ständigen Einwände der russischen Regierung wurden überhört. Kein Staat sollte an der Grenze einer Atommacht Raketen einer rivalisierenden Macht ohne Vorwarnzeiten aufstellen und das blauäugig mit der freien Bündniswahl begründen."

„Es gab deutsche Politiker, die die von der US-Politik ausgehende Gefahr sahen und eine eigenständige deutsche Außenpolitik versuchten. **Willy Brandt** beispielsweise wusste, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Frieden mit Russland und den osteuropäischen Nachbarn gefunden werden muss. Er forderte Abrüstung und Entspannung und war überzeugt, dass Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam erreicht werden kann. **Helmut Kohl** verhandelte mit Gorbatschow die deutsche Einheit und erkannte, dass Frieden und Zusammenarbeit mit Russland Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung waren."

„Aktuell ist eine die Interessen Deutschlands in den Vordergrund rückende Außenpolitik noch nicht mal im Ansatz zu erkennen. Die führenden Politiker der Ampel, Scholz, Baerbock, Habeck und Lindner, sind treue US-Vasallen. Scholz befürwortet Aufrüstung und ist stolz, in immer kürzeren Abständen Waffenlieferungen an die Ukraine ankündigen zu können. Er handelt, als habe er von der Ost- und Entspannungspolitik **Willy Brandts** nie etwas gehört. Die Außenpolitik der FDP wird von der Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann dominiert, die jeden zweiten Tag neue Waffen für die Ukraine fordert."

„Die Grünen haben sich von einer Partei, die aus der deutschen Friedensbewegung kam, zur schlimmsten Kriegspartei im deutschen Bundestag gewandelt. Die Äußerungen von **Annalena Baerbock**, wir sollten „Russland ruinieren“, muss man schon faschistoid nennen. Auch die größte Oppositionspartei fällt aus. Der CDU-Vorsitzende **Friedrich Merz** ist als ehemaliger Angestellter des US-Finanzgiganten Blackrock ein treuer Atlantiker, fordert noch mehr Waffenlieferungen und wollte sogar Nord Stream 1 abschalten."

Lafontaines Fazit:

- Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa.
- Europa muss sich von den Vereinigten Staaten abkoppeln und eine vermittelnde Funktion zwischen den rivalisierenden Weltmächten einnehmen. Deutschland und Frankreich zusammen haben das Potenzial, eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen.
- Wenn schon die USA nach eigenem Bekunden nicht bereit sind, auf einen Waffenstillstand und ein schnelles Ende des Krieges in der Ukraine hinzuwirken, so ist das doch das existenzielle Interesse der Europäer.
- Europa hat jetzt die höchsten Energiepreise. Europäische Industriebetriebe sind dabei, abzuwandern und neue Niederlassungen in den USA zu gründen. Auch die Riesenaufträge für die US-Rüstungsindustrie und die exorbitanten Gewinne, die die umweltschädliche US-Fracking-Industrie einfährt, zeigen überdeutlich, wem dieser Krieg und die Sanktionen nützen.
- Angesichts dieser Situation sollten auch die außenpolitisch unbedarften Ampelpolitiker begreifen, dass an der Selbstbehauptung Europas kein Weg vorbeiführt. Ein erster Schritt wäre das Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplanes und die **Inbetriebnahme von Nord Stream 2**.
- Die Fortsetzung der aktuellen Politik hingegen führt zu einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung, zerstört ganze Branchen der deutschen Industrie und setzt Deutschland der Gefahr aus, in einen Atomkrieg verwickelt zu werden.

Harter Tobak. Dennoch: Nichts, aber auch gar nichts, rechtfertigt Russlands Überfall auf die Ukraine.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quellen: NZZ, Herzinger, Berliner Zeitung

02) Eine multipolare Wirtschaftsordnung zur Überwindung der globalen Geldhegemonie

01. 09. 2022



Orkanartige Geldströme beherrschen und verwüsten heute die Welt Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/File:Low_pressure_system_over_Iceland.jpg#file; *Wikimedia Commons*

Multipolarität und globale Arbeitsteilung zum gegenseitigen Nutzen

Von HANS BIERI – Wenn wir die ehemaligen west- und mitteleuropäischen Auswanderungsländer wie etwa Deutschland oder die Schweiz betrachten, so stellt sich die Frage, was sich inzwischen ergeben hat, dass ehemalige Auswanderungsländer mit einer damals halb so grossen Bevölkerungszahl im Vergleich zu heute zu Einwanderungsländern geworden sind?

Um zuerst einmal einen Überblick zu erlangen, was wirtschaftlich überhaupt zu verteilen ist, muss geklärt werden, wovon jede Volksgemeinschaft lebt bzw. womit sie ihre Bedürfnisse decken kann? Seit alters sind dies die verfügbare Naturgrundlage in Form von Ackerböden und erneuerbare wie auch fossile Rohstofflager. Alles, was wir im Wirtschaftsprozess aufnehmen, bewegen und verarbeiten kommt aus dem Boden. Mit unserem Geist und unserer Intelligenz und körperlicher Arbeit betreiben so den wirtschaftlichen Stoffwechsel mit der Naturgrundlage im Kreislauf von Produktion und Konsum.

Ist die Bodengrundlage im Vergleich zur Bevölkerungszahl nicht ergiebig genug, so fördert dies die Auswanderung. Diese erfolgte überwiegend nach Amerika oder nach Russland, wo reichlich Ackerboden verfügbar war.

Will ein Land trotz Bodenknappheit seine Bevölkerungszahl ausreichend ernähren, dann muss es fehlende Lebensmittel importieren und dafür Industrieprodukte oder Dienstleistungen exportieren. Der Tausch zwischen Ländern muss folglich wertmässig ausgeglichen sein. Wie aber bewerten sich die getauschten Güter?

Was unterscheidet Industrie von Landwirtschaft?

Bezüglich Industrie und Landwirtschaft als Teile der ganzen Volkswirtschaft zeigt sich beispielsweise, dass die an die Fläche gebundene Bodenproduktion anderen Produktionsbedingungen unterliegt als die gewissermassen standortunabhängige Industrie. Letztere kann sich arbeitsorganisatorisch viel freier entwickeln als die an den Boden und an zu berücksichtigende Naturprozesse gebundene Landwirtschaft. Die Industrie kann ihre Fabrikationsprozesse rationalisieren, das heisst beispielsweise mit gleichbleibendem Arbeitstaufwand und Stoffdurchsatz den Leistungsertrag steigern. Das kann die mit biologischen Prozessen arbeitende Landwirtschaft nicht gleichermaßen. Dies bedeutet, bei steigender Zahl der Industrieprodukte, sich der konstante Arbeits- und Stoffaufwand im Vergleich zur Landwirtschaft im Preis deutlich sinken müssten. In Wirklichkeit liegt der Anteil der Landwirtschaft am BIP jedoch weit unterhalb des Anteils der Beschäftigten. Dabei liegt schon dieser Anteil im Hinblick auf die Bodenverschlechterung durch hilfsstoffbedingte Industrialisierung der Landwirtschaft an sich schon zu tief. Somit liegt der Preis der Lebensmittel ab Feld und Stall weit unterhalb von Waren und Dienstleistungen, die einen viel geringeren Gebrauchswert haben.

Dies zeigt sich dann in einer systematischen Unterbezahlung der Landwirtschaft, was sich rückwirkend wegen zu hohem Rationalisierungsdruck auch nachteilig auf die Naturgrundlage auswirkt. Dazu kommt, dass die Landwirtschaft in Industriestaaten ohne ausgedehnte Agrargebiete in einem höheren Kostenumfeld agieren muss als die Agrarproduktion in grossen, zusammenhängenden und meist noch klimatisch begünstigten Agrargebieten. Dies setzt die Landwirtschaft einem zusätzlichen Kostendruck aus. Mit Grenzschutz und Agrarsubventionen wird teilweise unterstützend eingegriffen, soweit die WTO hier einen Spielraum offenlässt. Das vermag jedoch die global verbreitete Unterbezahlung der Landwirtschaft trotz Subventionen nicht auszugleichen. Bei der Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie gelingt es offensichtlich nicht, den Nutzen zwischen den Teilnehmern so zu verteilen, dass jeder für seine Leistung so viel erhält, dass er mit den Einkünften seine Produktionskosten decken kann. Oder mit anderen Worten, dass er die Leistungen anderer, die er für seine Produktion benötigt, ebenfalls aus dem Ertrag seiner Leistung entschädigen kann.

Wie bilden sich wirtschaftliche Werte?

Diese naheliegende gegenseitige Bewertung der Leistungen findet in der wirtschaftlichen Praxis jedoch nicht statt. Aber auch in der Industriegesellschaft selbst wirkt sich der ausgedehnte Rohstofffluss billiger und leicht verfügbarer fossiler Energie nicht ausschliesslich Aufwand und Entropie senkend aus, sondern er fliesst in die ständige Ausweitung der Produktion.

Parallel dazu wachsen aber auch die reinen Geldkapitalvermögen in ihrer Gesamtheit weit über die Tauschwerte der Realwirtschaft hinaus.

Gemäss der Weltbank beträgt der Wert von realen Gütern und Dienstleistungen weltweit 90 Billionen Dollar. Demgegenüber beträgt die Blase der Finanzwirtschaft bereits mehr als 500 Billionen Dollar, die ausserhalb der Realwirtschaft von den Black Rocks und Konsorten im Kreis herumgeschoben und die mit Milliarden von aus dem Nichts ins Finanzsystem gepumpten Dollars durch die Banken und Zentralbanken gemästet werden.

Diese Fehlentwicklungen beruhen auf einer althergebrachten historischen Geldbegriff, der davon ausgeht, dass Geldkapital aus sich heraus, wie ein Samenkorn, Ertrag bringe. Die Gewichtseinheit beruhte im historischen Babylon auf dem Samenkorn. 180 Samenkörner mit einem Gewicht von 8 Gramm entsprachen einer Silbermünze, dem Schekel. Dass das Verleihen von Geld zum Kauf von Samen einen Ertrag/Ernte abwirft, der grösser ist als die Aussaat, leuchtet in der Vorstellungswelt der Geldhändler auf Anhieb ein. Doch liegt hier der folgenschwere Irrtum, auf den Aristoteles in der nikomachischen Ethik hingewiesen hat. Geld kann keine Jungen bekommen. Geld ist nicht dinglich, ist kein «goldenes Kalb», sondern reine Verrechnungsgrösse zum Ausgleich der in der Gesellschaft gegenseitig erbrachten Leistungen. Dass ein Samenkorn ein Mehrfaches an Ertrag abwirft, ist wie die Physiokraten betont haben, eine unentgeltliche Leistung der Natur. Woher soll dann der Gewinn für das vorgeschossene Kapital kommen? Er könnte also nur aus einem Preisabzug stammen, der den Produzenten ausbeutet, ihm also die Wiederholung der Produktion bei gleichbleibenden Standards von Produktion und Reproduktion verhindert, wie das in der römischen Sklavenhaltergesellschaft der Fall war.

Das Zinsverbot durch Christentum und Islam

In der Folge galt mit dem Aufkommen des Christentums und des Islam das Zinsverbot.

Damit hat die christliche europäische Gemeinde des Hochmittelalters eine Art der direkten gegenseitigen Leistungsverrechnung entwickelt, welche das Geld zinslos und somit ausschliesslich zur gegenseitigen Leistungsbewertung und -entschädigung verwendete. Dieses führte im europäischen Mittelalter zur Verbreitung des sogenannten Brakteaten-Geldes, das nicht der Hortung diente, sondern zu gegenseitig geschuldete Leistungsverrechnung der Haushalte im Alltag von Produktion und Konsum. Dieses Geld für den kurzfristigen Gebrauch benutzte in Anlehnung an die werthaltigen Gold- und Silbermünzen lediglich wenig haltbare Metallfolien oder auch Holzschindeln zur Aufzeichnung der erbrachten oder geschuldeten Leistungsbeträge.

Dabei ist das zünftische Bodennutzungsrecht zu erwähnen, welches entgegen dem römischen Recht der Latifundien den Boden als Lehen und als Lebensgrundlage der ganzen Gemeinde zuordnete und in Nutzungsabschnitte für Wohn- und Ökonomie-Teile sowie auf der Flur nach dem Arbeitsmass des «Tagwerkes» parzellierten.

Das Zinsverbot wurde in der Folge seit der Renaissance und dem Aufschwung des Handels immer weniger eingehalten und im 19. Jahrhundert von der Kirche offiziell aufgehoben.

Konkreter Anlass zur Aufhebung des Zinsverbotes war die Einhegung und die Vertreibung der Häusler, Tagelöhner und 'überzähligen' Dorfbewohner und damit die Entstehung eines neuen bürgerlichen Bodenrechts vom 16. Jahrhundert in England bis zum 18./19. Jahrhundert auf dem Kontinent. Dabei wurde die Bodenparzelle als bisher ausschliesslicher Nutzungsanspruch neu als dinglicher, veräusserbarer Sachwert dem Eigentümer allein zur Herrschaft zugesprochen ohne die bisherigen Servitute und gemeinwohlorientierten Belastungen zu Gunsten der bisherigen Ansprüche der Gemeinde an den Boden als Existenzsicherung der ganzen Gemeinschaft.

Damit erhielt der Boden für den Eigentümer einen Sachwert, der nun als Sicherheit die Belehnung des Bodens *gegen Geldkredite* ermöglichte. Damit waren auch die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen für eine grundlegende Neuerung. Wurde der Zins nach dem römischen Recht der Latifundien aus dem Mehrprodukt, was die Natur hervorbringt und was die Niedrighaltung bzw. Ausbeutung der Lebenskosten der Sklaven hergibt, begründet, so wird auf der Basis der neuen Eigentumsordnung der Gewinn (Zins) aus der wirtschaftlichen Mehrleistung (Ertrag minus Kapitalkaufwand und Arbeitsleistung) auf vorgeschossenen Geldkapital begründet.

«Locke rechtfertigt diese Eigentumskonzentration, die dem aristotelisch-scholastischen Gerechtigkeitspostulat diametral zuwiderläuft, dadurch, dass die Früchte des Feldes vom Bodenbesitzer verkauft und somit in Geld verwandelt werden können, so dass die Feldfrüchte, die der Besitzer eines großen Landstückes nicht selber verzehren kann, nicht verderben, während er selber ein unverderbliches Gut – das Geld – anhäuft.

Das Geld, von dem hier die Rede ist, ist offensichtlich nicht das Geld, das dem bloßen gegenseitigen Austausch von Überschüssen dient (im Sinne der Oikono miké οικονομικε) [Bedarfwirtschaft], sondern das Geld, mit dem man auch Boden und andere Produktionsmittel kaufen kann (im Sinne der Kapeliké καπελικε) [Erwerbswirtschaft] und das somit den Boden bzw. die anderen Produktionsmittel in einen Geldwert (Kapital) verwandelt, aus dem ein Geldertrag (Gewinn) erzielt wird.

Der Geldwert des Bodens bzw. der Produktionsmittel ist dann der kapitalisierte Geldertrag. Das Vordringen der Geldwirtschaft führt zu *einer Umwertung des Eigentums im Sinne der Kapitalisierung desselben* und damit zu einer Änderung der Wertgesetze, die ja letztlich auf der Eigentumsordnung aufbauen. Die Folge ist eine Konzentration von Eigentum an nicht vermehrbaren Ressourcen wie dem Boden. ... Das Geld beeinflusst somit sowohl die Verteilung wie das Wachstum des Sozialprodukts. Dabei ist *entscheidend*, dass dieser Konzentrationstendenz bzw. dieser Tendenz zur Vermehrung des Besitzes als solcher *keine Grenzen gesetzt sind*.“ (Hans Christoph Binswanger, Geld & Natur, 1996, S. 133 f.).

Das Geld in neuer Funktion

Geld bekam damit die Funktion der «Vermehrung des Besitzes», des reinen Gelderwerbs. Es hat somit im Zusammenhang seiner eigentumsbesicherten Schöpfung eine dingliche Funktion nach antikem Muster zurückbekommen und dient nicht mehr wie im Hochmittelalter zum Zweck der reinen Leistungsverrechnung — auf einer Holzschindel festgehalten. Dass die so organisierten europäischen Gemeinden des Hochmittelalters ohne Sklavenwirtschaft sondern mit frei tätigen Bauhütten auf einer gegenüber heute beschränkten Ressourcenbasis die bis heute unübertroffene Kathedralen bauen konnten, weist auf die ökonomische und kreative Stärke der damaligen zinslosen Wirtschaftsorganisation der europäischen Gemeinschaftsordnung hin.



Saint-Chapelle des Palais de la Cité, Paris.-

Quelle: Oldmanisold, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Die Abbildung oben zeigt die noch heute sichtbaren Reste der geistig-kulturellen und wirtschaftlichen Hochblüte des europäischen Hochmittelalters — Geld war ausschliesslich gegenseitige Leistungsverrechnung innerhalb der arbeitsteiligen Gemeinde. Das Ergebnis war folglich nicht die gefüllte Schatztruhe der Banken, sondern die Kultur der Gemeinde. — Bisher nie erreichte Gebäude durch mehr Intelligenz und nicht durch mehr Steine.

Entgegen diesen Errungenschaften des Hochmittelalters wirft Geld — nach dem sich ab dem 18. Jahrhundert wieder durchsetzenden Verständnis — wie von selbst Ertrag ab, gleich wie ehemals der landwirtschaftliche Boden dem Latifundien Eigentümer nach dem Bankenslogan: «Das Geld arbeitet für Sie». Entsprechend bildet sich der Preis der Waren nicht nach der oben erwähnten gegenseitigen Wertbemessung, sondern nach klassischer Nationalökonomie aus dem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bzw. die Produktion richte sich nach dem sog. Grenznutzen.

Demgegenüber bindet der aristotelische oder mittelalterliche Geldbegriff die Funktion des Geldes an die reine gegenseitige Verrechnung der arbeitsteilig erbrachten Leistungen.

Jedem Produzenten muss für die Erbringung seiner Leistungen jener Wert gutgeschrieben werden, den er zum Bezug jener Drittleistungen benötigt, um seine eigene Leistung erbringen zu können. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, also die Rationalisierung und somit die Einsparung von Arbeit ist die Grundlage für die Kapitalbildung und den Fortschritt.

Reduktion gesellschaftlicher Arbeitsteilung als Quelle des Reichtums und reiner Kostenfaktor aus Sicht des Kreditgebers

Nun beseitigte Locke durch die neue Betrachtung des Bodenrechts das bisher gesellschaftliche Moment der Arbeit, die Quelle der Versorgung der arbeitsteiligen Gemeinschaft. Stattdessen wird nun die wirtschaftliche Tätigkeit auf drei voneinander strikt getrennte isolierte Produktionsfaktoren zurückgeführt, auf den Boden, die Arbeit und das Kapital. Arbeit wird nur noch als reiner Kostenfaktor betrachtet, der in Konkurrenz zum Kapitalertrag steht. Die gesellschaftliche Einbettung der Arbeit — als Zentrum den Stoffwechsel der Gesellschaft mit der Naturgrundlage — geht dabei verloren.

Die Realwirtschaft bringt einerseits dauernd Rationalisierungen hervor, welche mit der gleichen Rohstoff- und Arbeitskräfteausstattung den Ausstoss von Gütern und Dienstleistungen erhöht. Mit der zunehmenden Fülle der Konsumgüter und Dienstleistungen verlangsamt sich dieser Prozess auch mit Blick auf gewisse Grenzen der Naturgrundlage.

Das geldwirtschaftlich angetriebene Wachstum der Realwirtschaft erzwingt die Erweiterung der Produktionszyklen durch die Erweiterung des Ressourcenverbrauches. Auch diese Entwicklung stösst an die Grenzen der Natur, entweder durch die Verknappung endlicher Ressourcen oder durch steigende Abbaukosten oder durch die Grenzen der Dissipation.

Damit nimmt die Profitrate des Geldkapitals gesamthaft ab. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten sinken. Seit den 70er Jahren wird deshalb in der westlichen Wirtschaft ein zu geringes Wachstum beklagt, weil damit die Bedienung des Geldkapitals aus den Erträgen der Realwirtschaft immer mehr eingeschränkt wird.

Wachstum über Verschleisswirtschaft, Geldschöpfung & Verschuldung

Dem zu geringen Wachstum wird auf mehreren Ebenen begegnet. Zum einen wird die Verschleisswirtschaft gesteigert. In der sogenannten Wachstumsspirale treiben sich die zusätzliche Geldschöpfung und der zusätzlichen Rohstoffabbau wechselseitig voran.

Ebenso wird auf der Ebene des Geldes direkt durch Nullzinspolitik und Quantitative Easing — Ausweitung der Geldschöpfung — eingegriffen. Dadurch soll der Umsatz der wertschöpfungsschwachen Wirtschaft gestützt und das Immobilien- und Bauwesen bis zur Rüstungswirtschaft massiv vorangetrieben werden. Der Staat, der unter den sinkenden Erträgen leidet, kann zudem seine dadurch ebenfalls wachsenden Aufgaben nur noch durch zunehmende Verschuldung bewältigen. Durch eine Geldpolitik der billigen Anleihen, welche die Zentralbanken den Geschäftsbanken abkaufen, wird systematisch Geld ins System gepumpt: «Whatever it takes».

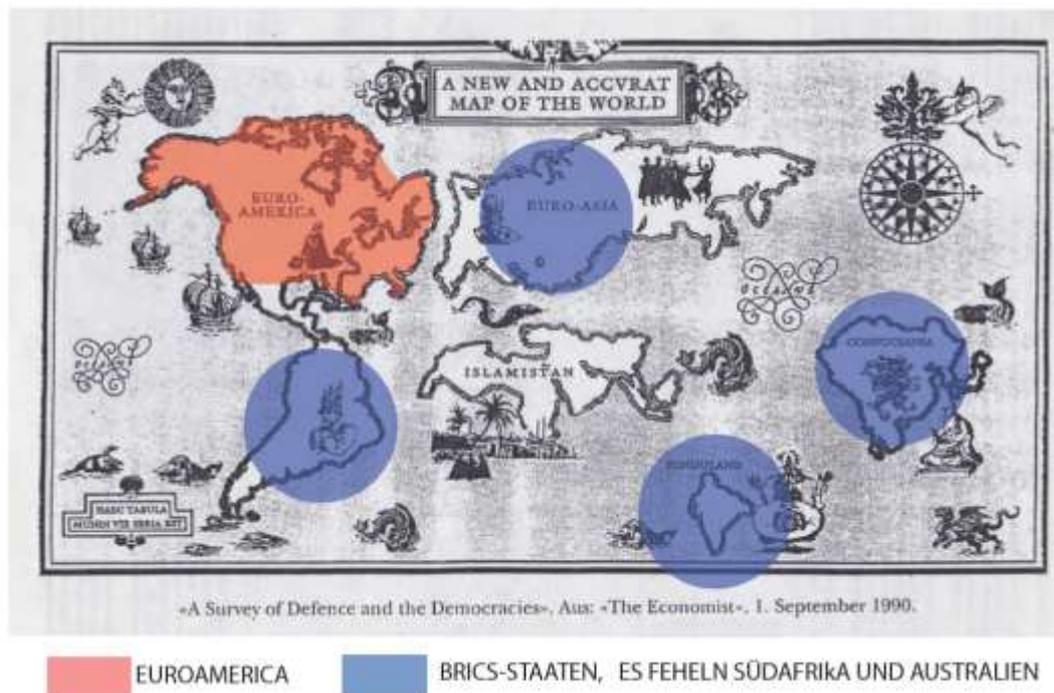
Mittels immer unübersichtlicheren Finanzkonstruktionen werden Kapitalerträge kreierte, Aktienkurse in die Höhe getrieben, die realwirtschaftlich nicht gedeckt bzw. überbewertet sind.

Am Ende muss diese Differenz zwischen den Geldvermögenswerten und den Werten der Realwirtschaft ausgeglichen werden. So stehen in Zukunft grosse Eigentumsverteilungen an, was auch Krieg bedeuten kann.

Ursachen der Kriege

Die Kriege der USA von den Irakkriegen bis zum Krieg in der Ukraine gehen aus diesem Grundkonflikt hervor, dass die Profitraten des Geldkapitals sinken. Diese Kriege haben in den betroffenen Ländern die offensichtliche Zerstörung der Wirtschaft zum Ziel. Damit wird die Möglichkeit beschränkt, die eigenen reichlichen Bodenressourcen für eine eigene industrielle Entwicklung zu nutzen.

Das heisst, die Ressourcen dieser Länder sollen nur in Verbindung mit dem westlichen Geldkapital im Rahmen der One-World-Order mit Euramerika als sich selbst setzendes Welt-Zentrum inmitten in der Vorstellungswelt der «Karte» der aufgeteilten eurasischen Landmasse genutzt werden dürfen. Denn eine multipolare Wirtschaftsentwicklung, die nur auf der Basis des gegenseitigen Vorteils beruhen kann, erhöht das Lebens- und Konsumniveau aller teilnehmenden Volkswirtschaften; aber es beschränkt das Wachstum des Geldkapitals und die Konzentration des Wachstums auf ein einziges unipolares Weltzentrum. Deshalb richtet sich die geldgetriebene Wirtschaftspolitik der USA klar gegen die BRICS-Staaten. Der ganze Bogen dieser globalen Wirtschaftspolitik spannt sich vom Abbruch des Industrieprojektes des Schahs von Persien durch die sogenannte iranisch-islamische Revolution bis zum Verbot der Nordstream 2 Pipeline von Russland nach Deutschland.



Die obige Karte aus dem Jahre 1990 im The Economist zeigt die anvisierte ‚Disruption‘ auf dem globalen Schachbrett. Die Karte zeigt Euramerika als Weltzentrum und die restliche Welt aufdividiert in einzelne isolierte ‚Inseln‘, gegen die heute Kriege vorbereitet und bereits geführt werden.

Diesem geostrategischen Konzept entspricht das monetäre Konzept des Geldwachstums im Weltzentrum Euramerika. Die One-World-Order will mit ihrer Geldwirtschaft eine globale Gliederung Zentrum-Peripherie, um mittels der global zirkulierende Geldwährung durch das Monopol der unbeschränkten Geldschöpfung die Erträge der globalen Peripherie abschöpfen zu können.

Multilateralismus und One-World-Order stehen sich unvereinbar gegenüber. Der Multilateralismus verfolgt die realwirtschaftliche Kooperation auf der Basis des gegenseitigen Vorteils an und will die kolonialen Abhängigkeiten vom Dollar als installierte Weltwährung ablösen. Denn durch die fortlaufende Flutung der Welt mit Dollar und Euro wird die Ressourcen liefernde globale Peripherie dadurch in der Unterbezahlung gehalten, dass Dollar und Euro sich die Rationalisierungsfortschritte der Peripherie monetär aneignen und die Ressourcenpreise unten halten.

Die One-World-Order mobilisiert gegen die multipolare Weltordnung

Seit 2014 ist klar, dass Euramerika den fortschreitenden Multilateralismus der BRICS-Staaten aufhalten will. Aktuell soll das durch Unterbrechung der Rohstoffflüsse und Lieferketten sowie durch Kriegsführung erreicht werden.

Damit wird der Einbruch der globalen Wohlstandsentwicklung riskiert und ein Klima zunehmender Konflikte geschaffen. Mittels Regimechange werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Umbau der Geld- und Eigentumsordnung der betroffenen Länder durchzusetzen, wie das in Russland in den 90er Jahren zum Teil auch umgesetzt wurde. In Zukunft soll die Wohlstandsentwicklung von der globalen Peripherie bzw. den BRICS-Staaten ins Weltzentrum Euramerika umgelenkt werden.

Worauf beruht das Wachstum des Geldkapitals?

Grundsätzlich müssen in einer den Bedürfnissen dienenden Wirtschaft Produktion und Konsum wertmässig gegeneinander aufgehen.

Kapitalgewinn bzw. ein Kapitaleinkommen aus dem Produktionsprozess gehen zu Lasten der Lohneinkommen. Das führt dazu, dass nicht der ganze erzeugte Produktionswert konsumiert werden kann und die Konjunktur gerät ins Stocken. Um dies zu umgehen, muss deshalb zwingend zusätzliches Geld geschöpft und mit zusätzlich steigendem Ressourcenverzehr die Produktion erweitert werden. Dadurch werden die zur Bedienung der Aktienvermögen reduzierten Lohneinkommen ergänzt. Auf diese Weise bleibt die Kaufkraft trotz Kapitalbezug erhalten, sodass der Konsum der bisherigen Produktion gewährleistet bleibt, (dadurch, dass bereits der mit neu geschöpftem Geld erweiterte Produktionszyklus läuft). Es ist somit der Gewinnanspruch auf Geldkapital, welcher den Wachstumszwang verursacht. Der Wachstumszwang verhindert aber die Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse wie zum Beispiel eine Reduktion des Rohstoffverbrauches bei unverändertem Niveau der Konsumgüterversorgung. Diese naheliegende nachhaltige Fortschrittsentwicklung macht jedoch in der bestehenden Geld- und Eigentumsordnung grösste Mühe.

Die Lösung muss deshalb darin liegen, den Rationalisierungsgewinn der Wirtschaft innerhalb der Realwirtschaft zur Stärkung der Kaufkraft zu nutzen und nicht zur mehrheitlich ausserhalb der Realwirtschaft stehenden Geldvermögen zu benutzen.

Die echte wirtschaftliche Kapitalbildung der Realwirtschaft

Energielager und Ackerböden sind die materiellen Grundlagen des volkswirtschaftlichen Reichtums. Die ebenso lebenswichtigen geistigen Grundlagen beruhen auf Intelligenz, Bildung und Wissen, welche ihrerseits die Voraussetzung schaffen, die stofflich/materielle Grundlage zu entwickeln. Die so erweiterte und entwickelte materielle Grundlage ist wiederum die Voraussetzung für die geistig kulturelle Entwicklung der Gesellschaft.

Kleine und rohstoffarme Länder wie die Schweiz, welche keine eigenen Ressourcen zum kostengünstigen Verbrauch zur Verfügung haben, waren deswegen frühzeitig darauf angewiesen, mit der anderen, der geistigen Ressource nämlich, mit Arbeit und Intelligenz Leistungen im Verarbeitungs- und Dienstleistungsbereich zu erbringen, welche im Gegenzug den Erwerb fehlender Rohstoffe von außen ermöglichen.

Arbeit und Intelligenz können deshalb nur zusammen mit verfügbaren Rohstoffen Reichtum schaffen. Im Falle der Schweiz liegen die Rohstoffquellen zum großen Teil außerhalb des Landes.

Führt solch krisenanfällige Entwicklung zum Verlust der Souveränität?

Wenn die wirtschaftlichen Beziehungen über die Landesgrenze hinaus auf der Basis des gegenseitigen Vorteils beruhen, dann sind diese Beziehungen stabil und bieten keine Angriffsflächen, um die Souveränität auszuhöhlen.

Die Voraussetzung bleibt jedoch, dass sich die Handelspartner im Interesse der gemeinsamen Wohlstandsentwicklung an die getroffenen Abmachungen halten. Es gibt deshalb ein wirtschaftliches Gemeininteresse, das über den privaten Interessen der reinen Geldvermögensbildung steht.

Das Problem ist, dass die inzwischen akkumulierten riesigen privaten Geldvermögen in Verbindung mit Strukturen des Tiefen Staates die internationalen bzw. zwischenstaatlichen Beziehungen im Interesse der privaten Vermögensmehrung und der angestrebten globalen Hegemonie gezielt zu stören und zu unterlaufen beginnen. Wladimir Putin hat in seiner Petersburger Rede vom Juni 2022 eindrücklich auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht.

Bricht eine Partei mittels Sanktionen und Embargo vertraglich vereinbarte Wirtschaftsbeziehungen, so ist die andere Partei berechtigt, ihre Lieferungen ebenfalls einzustellen.

Dass in einer internationalen Arbeitsteilung der Schaden gegenseitig ist, zeigt sich darin, dass der Handelskrieg Deutschlands gegen Russland auch Deutschland hart trifft. Was ist dann das Motiv des Handelskrieges aus deutscher Sicht?

Nach Auffassung des derzeitigen deutschen Wirtschaftsministers hat sich Deutschland durch die Handelsbeziehungen mit Russland insbesondere durch den Bezug des unter den fossilen Energien am wenigsten umweltschädlichen russischen Erdgases in eine wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht, die rückgängig gemacht werden müsse.

Interessant an dieser Begründung ist, dass hier die Argumente des Freihandels durch den Wirtschaftsminister grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Die daraus zwingend notwendige wirtschaftliche Autarkie Deutschlands sei zwar nicht ganz so einfach, aber mittels alternativer erneuerbarer Energien, die auf deutschem Territorium gewonnen werden könnten, sei dies machbar, so der Wirtschaftsminister.

Die Umstellung der Wirtschaft auf erneuerbare Energie, während gleichzeitig die fossile Energie reduziert wird, also der Verzicht auf fossile Energie, *bevor* die Umstellung auf stabile erneuerbare Energieversorgung erreicht ist, lässt jede Logik vermissen.

Wie in dieser Stresssituation der Wirtschaft ein Umsteigen auf erneuerbare Energie gelingen soll, ist mehr als fraglich.

Infrastrukturen sind in der Republik immer öffentlich: Privatisierung als Falle, wie z. B. bei Energieversorgung oder dem Hafen Piräus

Damit stehen wir heute vor einer Situation, dass ohne plausibles Konzept, die Wirtschaft angewiesen wird, sich auf die ausbleibende Versorgung mit eigenen Notstromaggregaten abzusichern. Hier werden Strukturen der Einflussnahme sichtbar, welche nationale Strukturen der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung umgehen.

Wem dient dieser angeordnete Rückschritt in die Ineffizienz und Ressourcenverschwendung? Vorschläge, mit z.B. Dieselmotor betriebenen Notstromaggregaten den eingetretenen Versorgungsengpass aufzufangen, belegen die Auflösung der Planung der Infrastrukturen, die eine öffentliche Aufgabe ist. Die Privatisierung dieser Versorgungsaufgaben wurde durchgesetzt, um auch die Infrastrukturen als neues Geschäftsfeld der privaten Kapitalverwertung zu öffnen. Die steigenden Energiepreise zeigen, wem diese Privatisierung nützt, und die Mangellage zeigt, wem sie schadet, nämlich derjenigen Wirtschaft, die von sicheren nationalen Versorgungskonzepten abhängig ist.

Damit wird der „Sinn“ des eingetretenen Versorgungsengpasses und der „Disruption“ deutlich.

Dass diese überstaatliche bzw. transnationale Regie unmittelbar den industriellen Wertschöpfungsprozess trifft und zwar genau in dem Masse der aktiv herbeigeführten Reduktion des Energieflusses, wird verschwiegen und stattdessen mit dem „Sachzwang“ begründet, der Energieexport Russlands nütze allein der russischen Wirtschaft und der militärischer Rüstung. In gleicher Weise werden die stark ansteigenden Energiepreise nicht der Privatisierung der Infrastrukturen, sondern Russland in die Schuhe geschoben.

Angesprochen darauf, dass der ökonomische Schaden in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland grösser sei als in einer Volkswirtschaft, welche unbeschränkt eigene Rohstoffe zur Verfügung hat, entgegnet der Wirtschaftsminister, Deutschland müsse zur Friedenssicherung in Europa halt eben Opfer bringen. Dies ist keine ökonomisch plausible Begründung.

Dass eine zerrüttete deutsche Wirtschaft und die daraus folgende Destabilisierung Europas keinen Beitrag zum Frieden leisten kann, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Anstatt Ressourcen gemeinsam zum gegenseitigen Vorteil zu nutzen, bestehen klare Absichten, eine solche Entwicklung zu unterbinden. Begleitet wird dieses Vorgehen durch das Vorrücken der NATO gegen Russland als begehrtes Rohstoffland, flankiert von vertragswidrig errichteten Raketenbasen in Polen und Rumänien, denen der Regimechange in der Ukraine im Jahre 2014 vorherging.

Nehmen wir an, es gelänge den USA in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland dort weiterzufahren, wo sie seit August 1999 ihr Ausgreifen nach den Erdgasressourcen Russlands abrechnen mussten, könnte dann die Krise des Dollar-Geldsystems gelöst werden? Die riesigen, die Realwirtschaft um ein Mehrfaches überragenden Finanzvermögen suchen Anlage. Soll ein Krieg diese Voraussetzungen schaffen? Und liegt hier die Erklärung für das offensive Vorgehen der NATO gegen die Sicherheitsinteressen Russlands, wobei ohne Rücksicht auch die Sicherheitsinteressen Westeuropas geopfert werden?

Kapital kann nur wachsen und somit Gewinn bzw. Zins abwerfen, wenn gleichzeitig die Produktion erweitert wird. Dies setzt den Verbrauch großer Energiemengen voraus. Dieser Energiebedarf kann mit alternativer Energie nicht abgedeckt werden. Die Einsparung von Rohstoffen durch Rationalisierung kann, wie wir gesehen haben, als Gewinn monetarisiert werden, wenn die Produktion ausgeweitet und dazu weiteres Geldkapital geschöpft wird. Für diese Ausweitung der materiellen Basis ist die Energiedichte der erneuerbaren Energie viel zu gering. Damit ist die Industrie Westeuropas, die von den bisherigen Erdgaszufuhr auf Drängen der USA abgeschnitten wird, gefährdet.

Anstelle des Kapitalgewinnes durch Wirtschaftswachstum auf der Grundlage des Verbrauches nichterneuerbarer fossiler Energie gibt es vor allem für die USA enorme Kapitalgewinne allein aus der Stellung des Dollars als Weltwährung. Durch die global vorherrschende Währung des Dollar findet durch die Geldschöpfung der USA ein dauernder Werttransfer von der Peripherie Eurasiens und der BRICS-Staaten nach Euramerika statt. Aufgrund der global zirkulierenden Dollarmasse konnten die USA ihren Konsum bisher mit Gelddrucken finanzieren.

Jetzt allerdings ist die Inflation in den USA angesprungen nach gut dreissig Jahren dieser ungestörten Entwicklung. Damit verengen sich auch auf der rein monetären Ebene die bisherigen Kapitalerträge.

Wie wollen die USA ihre Vormachtstellung behalten? Dieses System des Dollar als Weltwährung hat bisher die BRICS-Staaten mit Ausnahme von China daran hindert, ihren ökonomischen Rückstand gegenüber Euramerika aufzuholen. Eine Reihe von Interventionen, welche die fossile Energie weltweit verteuern, könnte ein Versuch sein, die wirtschaftliche Entwicklung der BRICS-Staaten zu bremsen oder möglicherweise mit militärischen Mitteln nachzuhelfen. Ziel bleibt es, die wirtschaftliche Dominanz monetär zu erhalten.

Notwendiger Interessenausgleich durch Multipolarität — Zur Funktion des Geldes in einer arbeitsteiligen Wirtschaft

Die unipolare Welt und der dingliche Geldbegriff mit Zins- bzw. Ertragsanspruch auf Geldkapital bedingen einander. Denn das Inkrement des Geldkapitals beruht zwingend auf einer ständigen Ausweitung der Kapitalverwertungssphäre. Das sich ständig ausweitende Kapital verlangt zusätzlichen Geldertrag. Damit sind die heutigen Konflikte vorprogrammiert.

Dieser aktuelle, sich maßlos steigernde Prozess gerät inzwischen an eine *monetäre* und an eine *geographische* Grenze.

Die *monetäre Grenze* äußert sich darin, dass eine ständig wachsende Geldmenge weit über den realwirtschaftlichen Geldwert zwingend zu schweren Krisen führen muss.

Die *geographische Grenze* zeigt sich darin, dass die One-World-Hegemonie zunehmend in Konflikt gerät mit der Diversität und dem Anspruch auf Souveränität der BRICS-Staaten und weiterer Länder und auf die geforderte Entkolonialisierung.

Die internationale Entwicklung der Arbeitsteilung beruht auf der Multipolarität der Welt und der Beziehungen zwischen den Ländern auf der Basis des gegenseitigen Vorteils. Eine solche wirtschaftliche Entwicklung durch fortschreitende internationale Arbeitsteilung nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils liegt im Interesse der Handelspartner, sich gegenseitig frei zu entwickeln. Eine solche Entwicklung begründet internationale Stabilität

zwischen den Handelspartnern. Aktuell stört die Hegemonie eine solche sich selbst stabilisierende Entwicklung, da sie ihre ökonomische Macht laufend dazu benutzt, ungleiche Handelsbeziehungen zu erzwingen.

Zur zukünftigen Funktion des Geldes

Nach neuem Verständnis wird Kapital von der bestehenden Wirtschaft geschaffen und *nicht durch den Kredit aus dem Nichts*. Die Kapitalbildung erfolgt durch organisatorisch/industrielle Maßnahmen, welche Stoff- und Energiedurchsatz sowie Arbeitsaufwand senken und dadurch real Kapital für die Erweiterung des Wirtschaftsprozesses schaffen.

Diese *Vorleistung bzw. dieses Kapital* kann je nach den Bedürfnissen eingesetzt werden: für die Erweiterung bisheriger Produktion oder neuer Produkte, für Forschung, Entwicklung, Bildung oder Kunst, Kultur und Soziales. Dadurch erhöht sich die Kaufkraft im nationalen Währungsraum. Dabei bleibt die gesamte Währungssumme an die Bevölkerungszahl gebunden. Der Preis der Leistungen muss sich daher innerhalb der Währungssumme aufteilen, wodurch die Preise bei steigendem wirtschaftlichem Angebot entsprechend sinken und die Kaufkraft steigt. Die einzelnen Leistungen teilen sich innerhalb dem Gesamtwert der Währung. Dadurch ist jederzeit transparent, wie viel in der Volkswirtschaft investiert, verteilt und konsumiert werden kann. Der Währungsraum und die Nation sind deckungsgleich. Die Währung ist stabil an die jeweilige Zahl der Bevölkerung gebunden.

Die internationalen Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil sichern zwischen den Staaten eine ausgeglichene Handelsbilanz.

Die internationale Arbeitsteilung schafft nicht politische Abhängigkeiten, wie sie der deutsche Wirtschaftsminister dem deutsch-russischen Gasgeschäft unterstellte. Er folgt dabei der Sicht der One Word Hegemonie, welche davon ausgeht, dass grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen allein dem eigenen Vorteil zu dienen hätten und die internationale Politik der Ort sei, diese Interessen einseitig durchzusetzen.

Die Erkenntnis der Multipolarität der Welt und in der Folge die Reform der Geldordnung sind dringend erforderlich, um diesen gefährlichen Krisenprozess noch aufzufangen.

Zum Autor: Dipl. Arch. ETH/SIA, Raumplaner. Hans Bieri ist seit 1988 Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL). Die Vereinigung verfolgt seit 1918 in Folge des damaligen Generalstreiks und der Ernährungskrise wichtige stabilitätspolitische Ziele wie die Versorgungssicherheit in einem stark mit dem Außenhandel verflochtenen Land.

HB 31. August 2022

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Gorbi et mundi. Von Ed Koch



Gorbi et mundi

Nr. 395 / 16. Januar 2005

Gorbatschow?



Foto: Lohar-Bucke

Ein gern gesehener Gast in Berlin ist immer wieder Michail Gorbatschow, hier bei seinem Besuch kurz vor Weihnachten bei Klem Wiesebeck im Roten Rathaus. Doch wer ist dieser symbolische Mann?

Michail Gorbatschow unternahm als Staatspräsident der UdSSR und als Generalsekretär der KPdSU die in seinen großen Reformversuche der Sowjetunion. Verdient machte er sich hinterpfeilsch durch seine umfassenden Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung "Perestroika" sowie durch die Herstellung einer demokratischen Struktur "Glasnost". Für seinen Einsatz zur weltweiten Friedenssicherung wurde er mit dem Friedensnobelpreis bedacht.

Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 2. März 1931 in Privotnyje, Staropogonowo, geboren. Nach Abschluss der Schule mit Abitur studierte er von 1950 bis 1955 Jura in Sankt-Petersburg. Im Jahr 1952 trat er in die KPdSU ein und heiratete 1956 Raisa Maksimowna. 1962 wurde Gorbatschow zum Abteilungsleiter des Gebietskomitees der KPdSU ernannt. 1971 wurde der Funktionär Mitglied im ZK der KPdSU in Moskau und 1980 Mitglied des Politbüros. Hier erwartete sich Gorbatschow so große politische Verdienste, dass er im März 1985 zum Generalsekretär der KPdSU ernannt wurde. Nach dem einseitigen Mandat für Atomtests traf er erstmals im Dezember 1985 zu Gesprächen mit US-Präsident Ronald Reagan in Genf zusammen. Die Gespräche schloßen zwar, 1987 wurde aber das INF-Abkommen unterschrieben und die DDR begann im Februar 1988 mit dem Abbau der Mauer. Die DDR wurde...

Es folgte der Abbau der sowjetischen Truppen aus dem seit 1975 besetzten Afghanistan. Im Moskauer wurde er am 25. Mai 1989 zum ersten Staatspräsidenten der UdSSR gewählt. Im Oktober 1989 besuchte Gorbatschow zum 40jährigen Jubiläum der DDR Erich Honecker. In der DDR wurde der sowjetische Staatspräsident von der Bevölkerung allgemein als Hoffnungsträger für Staatsreformen begrüßt. Am 10. November 1989 geschah das Unglaubliche: die innerdeutschen Grenzen öffneten sich. Am 10. Februar 1990 stimmte Gorbatschow der Deutschen Einheit zu.

Nach einem Putschversuch im August 1991 trat er von seinem Amt als Generalsekretär der KPdSU zurück und am 25. Dezember 1991 legte Gorbatschow auch die Amt als Staatspräsident nieder. Seit dem bereit er die Welt und mit Vorläufer...

Es war der 20. Dezember 2004, da besuchte **Michail Gorbatschow** Berlin und den Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** im Roten Rathaus. paperpress durfte dabei sein. Im Januar 2005 veröffentlichten wir einen Bericht über ihn. Seitdem ist viel passiert. Das Schlimmste, was der Welt nach Gorbatschow passieren konnte, heißt Putin.

Es fing doch alles so gut an, als Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU und damit Staatschef der Sowjetunion wurde. Nach Jahrzehnten des „Kalten Krieges“ und des „Eisernen Vorhangs“ kam die Geschichtsschreibung in Bewegung, in der Sowjetunion, in Europa und der ganzen Welt. Gorbi und die Welt. Keinem anderen ist es gelungen, die Welt so zu verändern wie er. Ohne ihn und US-Präsident **George Bush** sen. hätte es die Wiedervereinigung der nach dem Zweiten Weltkrieg übriggebliebenen West- und Osthälften Deutschlands nicht gegeben. Auch wenn die Probleme, viele davon hausgemacht, zwischen West

täter“ bis „Friedensengel“ reichen die Begriffe in den Nachrufen und Statements der Politiker.

Die Staaten des Warschauer Paktes hatten sich Dank Gorbatschow von der Sowjetunion befreit und den Weg in die Demokratie angetreten. Schade nur, dass einige, allen voran Ungarn, diesen Weg wieder verlassen und an den Grundpfeilern der Demokratie, freie Meinungsäußerung und Unabhängigkeit der Justiz, herumsägen. Auch die Sowjetunion ist zerfallen und die Staaten versuchten, den Weg in die Demokratie einzuschlagen. Von einer Erfolgsgeschichte kann man allerdings nicht sprechen, sieht man einmal von den baltischen Staaten ab, die heute als stabile Demokratien bezeichnet werden können.

Und was die Ukraine anbelangt, so war sie bestenfalls auf einem guten Wege, aber längst nicht am Ziel, um Mitglied der EU oder NATO werden zu können. Eines der größten Probleme ist die Korruption im Land, die gegenwärtig vom Krieg verschüttet wird.

Wladimir Putin hat den Zerfall der Sowjetunion nie verwunden. Das alte sowjetische Reich wieder herzustellen, wird ihm nicht gelingen. Im „Kalten Krieg“ waren die Fronten zwischen West und Ost klar, China spielte noch längst nicht die Rolle, die das Reich der Mitte heute einnimmt. West und Ost belauerten sich, provozierten auch mal, aber ließen sich ansonsten in Ruhe. Der größte Fehler des Westens war, Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht als Weltmacht anzuerkennen. Russland als Regionalmacht zu bezeichnen, wie es **Barak Obama** und **Joe Biden** ohne Not verkündeten, war ein schwerer Fehler, eine überflüssige Demütigung.

Die USA als einzig verbliebene Weltmacht? Der Schein trügt. Außer Waffen an die Ukraine zu liefern, haben die USA keinen Plan für den Weltfrieden. Und wenn sich eines Tages China Taiwan einverleibt, werden die USA auch nur am Spielfeldrand stehen und laut protestieren. Sanktionen gegen China in ähnlichem Umfang wie er für Russland gilt, wohl kaum. Dann würde die Weltwirtschaft zusammenbrechen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West waren eigentlich immer ein Stabilisator für den Weltfrieden. Es kann die Welt aber nicht in Frieden leben, wenn es immer wieder Despoten gibt, die die Grenzen auf der Weltkarte neu ziehen wollen. Seit Kain und Abel wissen wir, dass das größte Problem auf Erden der Mensch ist. Er kann einfach einen allumfassenden Frieden nicht ertragen. Nie gibt er sich zufrieden, immer wieder will er mehr, ohne Rücksicht auf seine Artgenossen. „Wir alle sind Passagiere an

und Ost noch längst nicht überwunden sind, ein Deutschland ist allemal besser als zwei.

Nun ist Gorbi gestorben und unsere Trauer und Anteilnahme ist groß. Vom „mutigen Überzeugungs-



Bord des Schiffes Erde, und wir dürfen nicht zulassen, dass es zerstört wird., sagte Gorbatschow. In Wahrheit bohrt der Mensch in die Planken und wird das Schiff Erde zum Sinken bringen. Die Umwelt hat der Mensch schon irreparabel geschädigt. Der Planet muss nicht warten, bis ihm die Sonne zu nahe kommt und alles verglühen lässt, das schafft der Mensch schon viel früher.

Was von Gorbatschow bleibt, ist eine Vision, die sich Tag für Tag weiter von der Realität entfernt. Gorbatschow vorzuwerfen, er habe die Sowjetunion zerstört, wie es viele in Russland und auch hierzulande tun, ist Blödsinn. Dieses Konstrukt wäre aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin eines Tages zusammengebrochen. Wohlstand und Freiheit gibt es nicht im Kommunismus.

Apropos Wohlstand. Der „Kessel Buntes“, die beliebte Unterhaltungssendung der DDR, brachte trotz Staatsaufsicht, etliche kritische Gags auf die Mattscheibe. Man müsse, angesichts von Versorgungsengpässen, den Gürtel halt enger schnallen, sagt die Parteileitung. Frage des Bürgers: Und wo gibt's Gürtel?

Die „freie westliche Welt“ befindet sich im Krieg mit Russland. Alle anderen Formulierungen des jetzigen Zustands sind unzutreffend. Militärisch und vor allem wirtschaftlich. Für Millionen Euro liefern wir und andere Waffen in die Ukraine, immer mehr und immer mehr. Die Sanktionen gegen Russland sitzt Putin aus. Einschränkungen für die Bevölkerung sind ihm egal, wie ihm ohnehin sein Volk egal ist, vor allem die jungen Männer, die er zum Töten und getötet werden in die Ukraine schickt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges spüren wir jeden Tag. Wie lange können wir uns das noch leisten? Wir sitzen in der Falle. Die Ukraine zu unterstützen, ist unsere moralische Pflicht, was mehr und mehr Leute anders sehen. Der Krieg kommt nicht voran, er scheint festgefahren zu sein. Die inzwischen russisch besetzten Gebiete zurückzuerobern, dürfte eine Illusion sein. Am Sonntag rechnete ein Journalist im Presseclub der ARD vor, dass das wirtschaftliche Potenzial der Ukraine, etwa 80 Prozent, genau in den südöstlichen Regionen liege, in denen sich Putin einnistet. Ohne diese Regionen wäre die Ukraine wirtschaftlich nicht lebensfähig. Keine Ahnung, wie die Welt jemals aus dieser Lage wieder herausfindet.

Michail Gorbatschow hat versucht, eine bessere Welt zu schaffen. Leider ist das Gegenteil eingetreten, was ihm nicht anzulasten ist.

Ed Koch

04) Welche Werte verteidigen wir in der Ukraine?

28. 08. 2022



Bild: screenshot atlantick-bruecke.org

Die Unterstützung des Krieges in der Ukraine wird damit begründet, dass wir in der Ukraine unsere Freiheit und unsere Werte verteidigen. Da fragt man sich sofort, welche Werte und wessen Freiheit wir in der Ukraine eigentlich verteidigen sollen?

Gibt es überhaupt so etwas wie westliche Werte, oder sind diese Werte situationsbedingt? Beispielsweise gibt man sich hierzulande stramm antinazistisch. Das Verbotsgesetz umfasst nicht nur nationalsozialistisches Gedankengut, sondern auch entsprechende

Symbolik. In der Ukraine wird jedoch ganz offen mit nationalsozialistischen Gedankengut zumindest kokettiert. Bekanntermaßen tätowieren sich die Mitglieder des Asow-Regiments mit Hakenkreuzen und anderer Nazisymbolik.

Diese Doppelstandards haben ja durchaus Tradition. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die USA ja keinerlei Hemmungen, tausende Nazi-Wissenschaftler nach Amerika zu schippern (Unternehmen Paperclip). Legendär ist dabei Wernher von Braun, der das amerikanische Raumprogramm entscheidend prägte.

Welche wertvollen Werte gibt es gegenüber Russland noch zu verteidigen?

Da fällt einem sofort gender mainstreaming, der Klimaschwindel, allgemeiner Meinungsterror, der Zwang zum Elektroauto, das Ruinieren des Bauernstandes, das Hereinschaulen von hunderttausenden Scheinasylanten unter dem Deckmäntelchen der Menschenrechte und neuerdings der immer schlimmer werdende Tierschutzterror ein. Das von Tierschützern erwirkte Verbot des Almbetriebs im Allgäu ist da kein Einzelfall. In Österreich dürfen Wölfe Schafe und sogar Rinder reißen. Eine Abschusserlaubnis gibt es

aber deshalb noch lange nicht. Zuerst muss gentechnisch untersucht werden, ob das Nutztier überhaupt von einem Wolf gerissen wurde (von wem denn eigentlich sonst, wurde etwa ein Wiedergänger von Graf Dracula gesichtet?) und ob es immer der gleiche Wolf war, usw. usf. Für die gerissenen Schafe und Rinder gilt der Tierschutz offenbar nicht. Hier zeigt sich wieder ein Doppelstandard, der scheinbar ein weiterer westlicher Wert an sich ist.

Demokratisch legitimiert sind all diese Torheiten natürlich nicht. Sie werden lediglich von irgend welchen NGOs betrieben, die auf wundersame Weise einen enormen Einfluss haben. Dieser zeigte sich auch unlängst bei der absurden Zurücknahme von Winnetou-Büchern durch den Ravensburger Verlag. Dieser Vorfall offenbart wieder einmal, dass hinter der „Kritik im Netz“, die zu dieser Rücknahme führte, extrem mächtige Akteure stecken, die nicht offen auftreten wollen, um so ihre wahre Agenda nicht preisgeben zu müssen. Gewählte Politiker müssen sich diesem Meinungsdruck, der meist über die Mainstreammedien erzeugt wird beugen, ohne Rücksicht auf die Meinung ihrer Wähler. Tun sie das nicht droht Ungemach. Die Ibiza-Affäre als Beispiel, wie „Demokratie“ hierzulande funktioniert! Bestes Beispiel dafür war der Ibiza-Putsch, der in Österreich eine populäre Regierung bestehend aus ÖVP und FPÖ hinweggefegt hatte. Vizekanzler Strache wurde noch vor seinem Regierungsantritt in Ibiza durch eine angebliche russische Oligarchin in eine geschickt gelegten Falle gelockt, wo er offenbar unter Drogeneinfluss unsagbaren Unsinn absonderte. Der ganze Auftritt wurde natürlich gefilmt und von den Online-Medien Süddeutsche.de und Spiegel Online publiziert. Eine Regierung, die sich insbesondere die Eindämmung der schrankenlosen Einwanderung zum Ziel gesetzt hatte, war Geschichte.

Ein weiterer Aspekt unserer „Demokratie“: Justiz macht Politik!

Der populäre Kanzler Sebastian Kurz wurde in der Zwischenzeit durch die Untersuchungen der „Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“, eine Art linksradikales Femegericht, auch demontiert und zum Rücktritt gezwungen. Es wird ihm vorgeworfen, mit Budgetmitteln finanzierte, gefälschte Meinungsumfragen beauftragt zu haben, um so die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen. Tatsache ist, dass diese gefälschten Meinungsumfragen wohl nicht der Grund für seine Popularität waren, sondern seine Politik, die von der Anklagebehörde offensichtlich abgelehnt wurde. Besonders pikant an der ganzen Affäre ist die Tatsache, dass die „Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“ ursprünglich die Hintergründe der Ibizafalle untersuchen hätte sollen. Daraus wurde natürlich nichts. Stattdessen wurde dann auch noch die Regierung Kurz demontiert.

Die „Werte“ um die es wirklich geht!

An diesem Beispiel sieht man, wie Politik im Westen funktioniert. Die gewählten Politiker scheuen sich aus gutem Grund, gegen die im Hintergrund agierende Politmafia zu regieren. Die wahren Mächtigen in der westlichen Welt sind globale Kapitalsammelbecken, wie beispielsweise Blackrock mit derzeit 10 Billionen Anlagevermögen, die über NGOs und den von ihnen kontrollierten Medien die ganze Welt regieren wollen. Dieses System steht allerdings jetzt durch den Ukrainekrieg vor seiner Ablöse. Ziel Russlands und auch Chinas ist ein multipolares politisches System, das naturgemäß die Macht der westlichen Hochfinanz einschränken wird. Insbesondere steht die Ablöse des Dollars als Weltleitwährung durch die BRICS- Staaten bevor. Es ist gut vorstellbar, dass sich dadurch die Vermögen der westlichen Kapitalsammelbecken buchstäblich in Luft auflösen. Das sind die wahren „Werte“, für die wir im nächsten Winter frieren sollen!

Ein neuer Weltkrieg soll das westliche Fiatmoney retten!

Die Politgangster im Hintergrund schrecken natürlich nicht davor zurück, einen Weltkrieg zu riskieren. Das zeigen insbesondere die scheinbar überflüssigen Provokationen Chinas in der Taiwanfrage. Das westliche Imperium mit der USA an der Spitze hat offenbar erkannt, dass es den Zenit seiner Macht überschritten hat. Von nun an kann es nur noch bergab gehen. Ein provoziertes Weltkrieg wäre daher für diese Verbrecher die einzige Chance den unvermeidlichen Abstieg aufzuhalten.

Für uns Bürger der EU ist jedoch der Untergang dieser Politgangster eine frohe Botschaft, da wir dadurch endlich von dem gutmenschlichen Gesinnungsterror befreit werden!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Papst will Frieden – „Die NATO hat Putin die Tür eingetreten.“

28. 08. 2022



Bild: Vatican News

Papst Franziskus betete für ein Ende des Krieges in der Ukraine am Ende der Audiencia: „Ich vertraue dem Wirken der Jungfrau Maria und dem Gewissen der Politiker jeglichen Einsatz für Frieden an.“ Er erinnerte auch daran, dass seit Kriegsbeginn sechs Monate vergangen sind. 6NBSP, „**Friede ist notwendig.**“

Denn für den Krieg würden die Unschuldigen bezahlen: „Ich denke an die vielen Grausamkeiten, die vielen Unschuldigen, die für den Wahnsinn, den Wahnsinn aller Parteien bezahlen müssen. Denn Krieg ist Wahnsinn“, sagte Papst Franziskus. Und weiters: Niemand im Krieg könne sagen, dass er nicht zu den Verrückten gehöre.

Attentat auf russische Journalistin Dugina erwähnt

Der Paps erwähnte auch die Ermordung der Journalistin und Aktivistin Darya Dugina von letztem Samstag, der Tochter des nationalistischen russischen öffentlichen Schriftstellers und politischen Denkers Alexander Dugin: „Ich denke auch an das arme Mädchen, das von einer Bombe getötet wurde. Die Unschuldigen zahlen für den Krieg“, erklärte er.

Verantwortung der NATO

Mit seiner harschen Kritik: „Die NATO hat Putin die Tür aufgebrochen.“ – löste das katholische Kirchenoberhaupt Widerspruch aus, ein Teil der westlichen Presse warf ihm Unwissenheit vor.

Plädoyer für Freilassung von Kriegsgefangenen – Kritik an Kriegsprofiteuren

Der Papst kümmere sich auch um das Schicksal der Gefangenen, insbesondere von Verletzten. Und er forderte die Behörden auf, Maßnahmen für deren Freilassung zu ergreifen. Er fügte hinzu: Diejenigen, die sich durch Krieg und Waffenhandel bereichern, sind Kriminelle sind, weil sie die Menschheit töten.

In diesem Zusammenhang erinnerte Franziskus auch an lange vom Krieg zerrüttete Länder wie Syrien und Jemen, in denen auch Kinder hungern.

Quelle: mandiner.hu unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

30 stk.  **€ 19,⁹⁰** inkl. Porto

Jetzt mit einem **Klick** bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Limitierte Auflage

Keine Berichte



Seit 01.08.2022 keine Berichte! Zu wenig putin-freundlich?

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seite E 26)

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 26 – E 31)

01) EU-Kommission bereitet Notstandsgesetze samt „militärischen Management-rechten“ vor

06. 09. 2022



1968er-Demo gegen Notstandsgesetze - wie werden sich Linke heute verhalten?

Die Europäische Kommission möchte außerordentliche Befugnisse erlangen

Die EU-Kommission plant im Falle einer Krise die Einführung von Notstandsbefugnissen, nämlich effektive militärische Managementrechte – wie [Reuters](#) unter Berufung auf eingesehene Dokumente in Erfahrung brachte. Außerdem will sie außergewöhnliche Befugnisse für sich selbst.

Diese militärischen Managementrechte sehen so aus: Die EU-Kommission könnte bestimmte Unternehmen dazu zwingen, lebenswichtige Produkte herzustellen, oder könnte im Krisenfall gewisse Waren anhäufen. Zuwiderhandelnde würden dann mit Geldbußen belegt.

Der Plan, das „Common Market Emergency Instrument“, soll laut Reuters am 13. September vorgestellt werden. Damit soll auf Versorgungskrisen aufgrund der „Covid-Pandemie“ und des Ukraine-Krieges reagiert werden.

Massive Eingriffe in die Wirtschaft

Die Kommission könnte die EU-Mitgliedstaaten auffordern, ihre Lieferketten umzustrukturieren, sowie die Beschaffung oder Produktion, von in einer Krise benötigten Produkte so schnell wie möglich zu erhöhen. Dazu könnte sie auch den Umbau oder die Erweiterung bestehender Produktionskapazitäten vorschreiben oder gewisse Produkte priorisieren.

Hohe Geldstrafen bei Nichtbefolgen der Anweisungen

Unternehmen, die falsche oder irreführende Informationen gäben, könnten mit einer Geldstrafe von bis zu 300.000 Euro belegt werden. Diejenigen, die den Anweisungen nicht nachkommen, würden täglich mit einer Geldstrafe in Höhe von 1,5 Prozent des Tagesumsatzes belegt.

„Besorgte EU-Länder sprechen von Machtergreifung“

Laut Reuters sind mehrere EU-Länder über diese Pläne besorgt, die sie als Machtergreifung beschreiben, in Anspielung auf die Nazi Herrschaft in Deutschland. Andere schreiben über die Einführung eines Staatskapitalismus ähnlich wie in China. In der Tat aber wäre es ein weiterer Schritt zur Abschaffung der Souveränität der Nationalstaaten.

Reuters geht davon aus, dass die Kommission die Details mit den EU-Mitgliedstaaten und den EU-Gesetzgebern besprechen würde, bevor eine Entscheidung über den Vorschlag getroffen wird.

Die EU-Kommission teilte Reuters mit, dass sie sich nicht zu durchgesickerten Dokumenten äußern werde.

„Die europäische Linke ist zum Vorkämpfer der Spekulanten, der Weltregierung, und schließlich der Weltmigration, zum Totengräber der Nationen, der Familie und der christlichen Lebensform geworden.“ (Viktor Orban)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Joachim Kuhs: Christenverfolgung ächten – EU-Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit jetzt!

01. 09. 2022



Bild: Pressefoto Joachim Kuhs

Joachim Kuhs, AfD-Sprecher für Religions- und Gewissensfreiheit im EU-Parlament, fordert ein **entschlosseneres Vorgehen der EU-Kommission** gegen die Diskriminierung und Verfolgung religiöser Minderheiten. Vor allem müsse der Posten des **EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit** zügig besetzt werden:

*„Auf der ganzen Welt werden Menschen wegen ihres Glaubens unterdrückt, verfolgt und sogar getötet. Christen stellen mit über **360 Millionen Betroffenen** die größte Gruppe der aus religiösen Gründen Verfolgten dar.“*

Die EU müsse die Diskriminierung und Verfolgung entschlossener ächten und dürfe sich dabei nicht scheuen, Ross und Reiter beim Namen zu nennen:

*„Wir dürfen die Tatsache nicht verschweigen, dass unter den Staaten, in denen die **größte religiöse Intoleranz** herrscht, besonders viele muslimische Staaten sind. Das muss auch bei Begegnungen mit Vertretern des Islam immer wieder angesprochen werden“, fordert der AfD-Politiker.*

Eine wichtige Maßnahme sei, nach einem Jahr Vakanz, endlich die Stelle des **EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit** neu zu besetzen. Berichten zufolge soll der italienische Christdemokrat Josep Borrell neuer EU-Sonderbeauftragter werden, eine offizielle Bestätigung steht aber noch aus. Dass dieser erst 2016 geschaffene Posten von

den sechs Jahren seines Bestehens insgesamt **zweieinhalb Jahre nicht besetzt** wurde [von Herbst 2019 bis Mai 2021 und wieder seit September 2021 bis jetzt, Anm.], zeige die geringe Bedeutung, welche die EU-Kommission dem **Problem der religiösen Verfolgung** beimesse, so Joachim Kuhs.

Ausdrücklich begrüßt Joachim Kuhs die **Verurteilung der religiös motivierten Verfolgung durch den EU-Außenbeauftragten** Josep Borrell. Anlässlich des internationalen Gedenktages für die Opfer von Gewalt aufgrund von Religion oder Weltanschauung meinte Borrell am 22. August 2022:

„Jedem Menschen sollte ohne Diskriminierung und Zwang das Recht eingeräumt werden, frei zu entscheiden, ob er eine Religion oder Weltanschauung annimmt oder nicht, sie zu wählen oder zu wechseln, sie auszuüben oder sich zu ihr zu bekennen.“

An die EU-Kommission appelliert Joachim Kuhs: **„Diesen Worten müssen endlich Taten folgen!“**

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen arbeitet an europaweitem Einreiseverbot für Russen

24. 08. 2022



Polen erstellt Konzept für EU-weites Visaverbot für Russen

Warschau kündigt ein neues europaweites „Konzept“ zur Einstellung der Visa-Vergabe an russische Staatsbürger an. Polen hatte ja bereits das Ausstellen von touristischen Visa für russische Bürger seit einigen Monaten eingestellt. Aber das sei in Anbetracht des eher trägen europäischen Nachahmungseffekts nicht genug.

Jetzt verspricht Warschau in wieder einmal „übereifrigem“ EU-Gehorsam, ein neues „Konzept“ für ganz Europa.

Polen will an „vorderster europäischer Front“ sein

Am vergangenen Sonntag [berichteten polnische Medien](#), dass Polens Vize-Chefdiplomat Piotr Wawrzyk versicherte, das Land sei an vorderster Front, um ein gesamteuropäisches „Konzept“ der Visa-Verweigerung für russische Bürger zu entwickeln.

„Polen arbeitet an der Entwicklung eines Konzepts, das es ermöglicht, keine Visa an Russen zu erteilen“, so Wawrzyk.

Der Stabschef des ukrainischen Präsidenten, Andrei Jermak, reagierte noch am selben Tag befürwortend via Twitter, obwohl er allem Anschein nach das Geäußerte etwas missverstand.

„Polen wird keine Visa für Bürger der Russischen Föderation ausstellen. Damit schließt sich Polen Finnland, Estland, Lettland und Dänemark an, um ein europaweites Verbot der Ausstellung von Touristenvisa für Staatsangehörige von Terrorstaaten einzuführen“.

„Herzlichen Glückwunsch, Russland. Das Visumverbot wird kommen“, twitterte Jermak, ohne offenbar verstanden zu haben was „tatsächlich Sache ist“.

Zur Position Polens kursieren verwirrender Weise zwei verschiedene Annahmen. Zum einen soll Polen sich erst jetzt zu den Ländern Finnland, Estland, Lettland und Dänemark dazugesellt haben, wie auch das Frohlocken Jermaks vermuten lässt. Das stimmt aber so auch nicht.

Warschau hat bereits seit einigen Monaten die Ausgabe von Touristenvisa für Russen eingestellt, wie Wawrzyk selbst noch einmal am 14. August unterstrich. Ausnahmen betrafen bisher Personen aus Diplomatie sowie Logistik, die mit Lastkraftfahrern, die die Grenze aus beruflichen Gründen überqueren, verbunden waren. Wawrzyk hat sogar einen leichten Vorwurf an Estland und Lettland gerichtet, dass diese Reiseblockaden verhältnismäßig spät kamen. „Aber besser spät als nie“, so Wawrzyk weiter.

In Finnland läuft zusätzlich eine Debatte, obwohl die dortige Premierministerin Sanna Marin gleichzeitig die EU in ihrer Gesamtheit, aufrief das Ausstellen von Visa für Russen zu blockieren. Dass Finnland jedoch mit diesem Beispiel vorangeht, blieb bisher aus. Helsinki hat dieses Jahr bereits 13.000 Visa an Russen vergeben.

Estlands Blockade von selbst ausgestellten Schengen-Visa für Russen soll am 18. August 2022 in Kraft treten.

Willkürliche Änderungen jahrzehntealter Beschlüsse

Geriet ein russischer Staatsbürger in den Besitz eines Schengen-Visums von einem europäischen Land, so konnte er in jedes andere Land des Abkommens reisen. So war das zumindest bisher. Somit wird hier willkürlich geändert, was seit 1985/1990 beschlossene Sache war. Es geht also um das Schengener Abkommen, das in der gleichnamigen Stadt in Luxemburg im Jahr 1985 unterzeichnet und im Juni 1990 zeitgleich von allen fünf Erstländern ratifiziert wurde.

Luxemburg, die Niederlande, Frankreich, Deutschland und Belgien waren damals die Erstunterzeichner des Abkommens und so auch Gründungsmitglieder des Schengen Raumes. Die drei letztgenannten Länder sind bisher alles andere als „fügsam“ bei dem viel diskutierten Projekt eines EU-weiten Einreiseverbots für russische Bürger.

Der Vize-Chef des polnischen Außenministeriums ist sich dessen bewusst, zeigt sich dennoch zuversichtlich, „... *da der Widerstand dieser Länder gegen die Aussetzung des Abkommens über Visaerleichterungen für Bürger der Russischen Föderation nicht überwunden werden kann, arbeitet Polen an einer neuen Lösung.*“

Polen müsste einen juristischen Weg finden, das Schengener Abkommen mit einem Vertragszusatz zu versehen, der bindend für alle Teilnehmer eine explizite Diskriminierung russischer Bürger erreicht.

Das könnte so aussehen, dass wenn ein Land doch ein Visum ausstellt, dieses einzig für das Land selbst gilt, der reisende Bürger aus der Russischen Föderation aber vom Schengener Raum nicht profitieren kann.

Im Extremfall könnte das Abkommen auch vollkommen aufgelöst werden und Spielraum schaffen für Alternativen, die kompatibler wären für eine effektivere Einreise-Diskriminierung von Menschen aus Russland.

Wawrzyk erklärte, dass auch Litauen, Lettland und Estland sowie die Slowakei und die Tschechische Republik sehr motiviert seien, Polen bei der baldigen Ausarbeitung des Konzepts behilflich zu sein. Die Prager Führung hat hier besonderes Gewicht, da sie zurzeit auch den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Laut dem polnischen Staatsvertreter sollen „in ein paar Wochen“ bereits die ersten „gewichtigen Entwicklungen“ dazu erfolgen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 33 – E 70

BENELUX-LÄNDER (Seite E 33)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (Seiten E 34 – E 56)
(siehe auch nächsten Abschnitt für Berlin und Brandenburg)

01) Entlastungspaket

04. September 2022

Entlastungspaket

Viele Fragen sind noch offen, zum Beispiel die Nachfolge des 9-Euro-Tickets, das natürlich erst einmal mit den Bundesländern beraten werden muss. Zum 1. Oktober, wie es sich die Berliner SPD wünscht, wird das wohl kaum möglich sein.

Freuen können sich hingegen die Rentner, denn die erhalten zum 1. Dezember 2022 jetzt auch die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, die die Arbeitnehmer bereits in diesem Monat bekommen haben. „Die Auszahlung für die Rentnerinnen und Rentner erfolgt über die Deutsche Rentenversicherung.“

Alle weiteren Entlastungen stehen in der beigefügten Datei.

Mit freundlichen Grüßen

paperpress
seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin
Textarchiv: www.paperpress.org
Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de
Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Träger: Paper Press e.V.
Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. September 2022

Deutschland steht zusammen.

**Maßnahmenpaket des Bundes zur Sicherung einer bezahlbaren
Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen.**

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt weltweit für steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise. Die damit verbundene Erhöhung der Lebenshaltungskosten wird für viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zunehmend zu einer großen Belastung. Niemand wird allein gelassen: Die bereits beschlossenen Entlastungsmaßnahmen in Höhe von 30 Milliarden Euro können einen Teil der steigenden Energiekosten abfedern. Die bisherigen Maßnahmen umfassen beispielsweise einen 100-Euro-Bonus pro Kind sowie den Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich für Kinder in der Grundsicherung, eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, die Abschaffung der EEG-Umlage im Strombereich, einen höheren Arbeitnehmerpauschbetrag in der Steuer, eine höhere Fernpendlerpauschale, Heizkostenzuschüsse sowie das 9-Euro-Ticket und die niedrigere Energiesteuer auf Kraftstoffe.

Mittel- und langfristig wird sich die Lage auf den Energiemärkten entspannen, wenn mehr Alternativen zu russischem Gas zur Verfügung stehen. Daran arbeitet die Bundesregierung seit Übernahme der Amtsgeschäfte Anfang Dezember 2021. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere Wind- und Sonnenenergie) und der dafür benötigten Stromnetze gehören ebenso dazu, wie der Import von Flüssigerdgas, der zügig durch den Bau neuer Terminals ermöglicht wird. Außerdem wurde Gas eingespeichert und Gas eingespart durch den Einsatz von Kohlekraftwerken. Der Fuel-Switch in Unternehmen wurde erleichtert. In den nächsten Monaten werden viele Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe dennoch von den gestiegenen Energiepreisen getroffen, wenn Energieversorger ihre Preise für Gas und Strom teilweise stark erhöhen werden.

Es bleibt wichtig, Energie zu sparen. So kommen wir als Land gemeinsam durch diese schwierige Zeit. Und es hilft für jede Einzelne und jeden Einzelnen, die Preissteigerung zu begrenzen.

Die Koalition hat sich daher auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen verständigt. Die erwarteten hohen Preissteigerungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen im Bereich des Energieverbrauchs sollen abgefedert werden. Das stützt auch die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, weil Bürgerinnen und Bürger weiter konsumieren und Unternehmen weiter investieren.

Die neuen Maßnahmen werden ein Gesamtvolumen von über 65 Milliarden Euro umfassen. Sie entlasten alle Haushalte – auch Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Fachschülerinnen und Fachschüler sowie Auszubildende. Die Bewältigung der Krise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bund, Länder und Gemeinden tragen die Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen gemeinsam.

Die schnelle und angemessene Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wie der Wirtschaft ist aufgrund der stark steigenden Belastung durch die hohen Energiepreise nötig. Die wegen der Energiepreiskrise vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen führen zu deutlichen Mehrausgaben im Bundeshaushalt. Die zwei bisherigen Entlastungspakete und die neuen Maßnahmen im Entlastungspaket III zusammen haben ein Gesamtvolumen von über 95 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat einen Haushaltsentwurf und einen Finanzplan in das parlamentarische Verfahren gegeben, die für die Jahre ab 2023 ohne die Nutzung der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse auskommen. Die begrenzten finanziellen Spielräume des Bundeshaushalts und des geltenden Finanzplans erfordern erhebliche Anstrengungen aller drei Koalitionspartner und aller Ressorts.

Das dritte Entlastungspaket umfasst die folgenden Maßnahmen:

1. Maßnahmen auf dem Energiemarkt

Die Energieunternehmen haben für viele ihrer Kraftwerke weitgehend gleichbleibende Produktionskosten. Trotzdem erhalten sie aufgrund des sogenannten Strommarktdesigns für ihren günstig produzierten Strom den aktuell sehr hohen Marktpreis. Die hohen Gaspreise treiben auch die Strompreise. Denn der jeweils höchste erzielbare Preis bestimmt den Preis für alle Erzeugungsarten. Dadurch fallen bei vielen Energieunternehmen derzeit erhebliche Mehreinnahmen als „Zufallsgewinne“ an. Die für die Soziale Marktwirtschaft wichtige Balance zwischen Chancen und Risiken stimmt hier nicht mehr.

Auf europäischer Ebene werden kurzfristige Notfallmaßnahmen diskutiert, um die aktuellen Schief lagen im europäischen Strommarkt zu korrigieren, Preise zu dämpfen und damit Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen – dann kann der europäische Strommarkt, wie in den vergangenen Jahrzehnten lange Zeit der Fall, zuverlässig funktionieren. Die derzeit in der EU diskutierten Instrumente sollen europaweit zur Senkung der Energiepreise beitragen. Sie umfassen konkrete Maßnahmen zur europaweiten Einsparung von Gas und Strom in Privathaushalten und in der Industrie.

Zudem werden auf europäischer Ebene Möglichkeiten der Abschöpfung von Zufallsgewinnen von Energieunternehmen diskutiert, die in der aktuellen Marktlage aufgrund des europäischen Strommarktdesigns deutlich über die üblichen Renditen hinaus gehen. Dazu gehören insbesondere Erlös- bzw. Preisobergrenzen für besonders profitable Stromerzeuger. Denn im europäischen Strommarktdesign („Merit Order“) bestimmt das teuerste für die aktuelle Stromerzeugung benötigte Kraftwerk den Preis für Strom – aktuell sind das Gaskraftwerke. Die Produktionskosten ändern sich jedoch für die meisten Stromproduzenten – etwa die Erneuerbaren, Kohle- oder Atomstrom – nicht. Deren kurzfristige Produktionskosten liegen deutlich unterhalb des sich ergebenden Marktpreises, sodass für sie derzeit enorme Gewinne entstehen, die weitgehend unerwartet waren.

Durch die teilweise Abschöpfung von Zufallsgewinnen entstehen finanzielle Spielräume, die gezielt für die Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa genutzt werden sollen. In Deutschland kann dabei auf die Infrastruktur der EEG-Umlage aufgebaut werden. Dazu wird ein Höchstwert für die Erlöse am Spotmarkt festgelegt. Der Differenzbetrag zwischen Großhandelspreis und Erlösobergrenze wird an den Verteilnetzbetreiber abgeführt. Dies begrenzt Zufallsgewinne. Zur administrativen Abwicklung kann auf etablierte Zahlungswege aus der EEG-Förderung zurückgegriffen werden (quasi „umgekehrter Weg der EEG-Umlage“).

Die Bundesregierung wird sich in der Europäischen Union mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es schnell zu Verabredungen kommt. Dies gilt insbesondere für die angedachte Erlösobergrenze für Anlagen der Stromerzeugung mit geringer Kostenbasis. Dabei sollen die Bedingungen und Voraussetzungen auf Terminmärkten angemessen berücksichtigt werden, damit diese Märkte auch weiterhin funktionieren. Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Abschöpfung von Zufallsgewinnen auch für Energieunternehmen außerhalb des Strommarktes entwickelt.

Sollten die in Europa derzeit diskutierten Maßnahmen im Strommarkt nicht zeitnah verabredet und umgesetzt werden können, wird die Bundesregierung diese Anpassungen im Strommarktdesign zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher selbst umsetzen.

Um die Haushalte bei den Strompreisen zu entlasten, wird eine Strompreisbremse eingeführt und der Anstieg der Netzentgelte gedämpft.

Strompreisbremse mit Entlastungswirkung

Nach Einführung der Erlösbergrenze wird aus deren Einnahmen eine Strompreisbremse für den Basisverbrauch eingeführt. Den Privathaushalten kann so eine gewisse Menge Strom zu einem vergünstigten Preis gutgeschrieben werden (Basisverbrauch). Die Haushalte werden so finanziell spürbar entlastet und gleichzeitig bleibt ein Anreiz zum Energiesparen erhalten. Für kleine und mittelständische Unternehmen mit Versorgertarif greift dieselbe Abwicklung wie für Haushalte.

Dämpfung der steigenden Netzentgelte

Aufgrund der hohen Gaspreise werden die sog. Redispatch-Kosten zum 15. Oktober 2022 stark steigen. Redispatch-Kosten fallen für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im deutschen Stromnetz an, deren Kosten über die Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt werden und so am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich belasten. Die steigenden Redispatch-Kosten werden zu stark steigenden Übertragungsnetzentgelten führen, die ab dem 1. Januar 2023 greifen würden. Die Netzentgelte sind Bestandteil der Strompreise und werden somit von den Stromkundinnen und -kunden getragen. Um die angekündigte Steigerung der Übertragungsnetzentgelte durch die Redispatch-Kosten zu verhindern, werden die Stromnetzentgelte aus den abgeschöpften Strommarkt-Zufallseinnahmen bezuschusst.

Entlastung beim CO₂-Preis

Um die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen angesichts der stark angestiegenen Energiepreise nicht zusätzlich zu belasten, wird die für den 1. Januar 2023 anstehende Erhöhung des CO₂-Preises um fünf Euro pro Tonne im Brennstoffemissionshandel um ein

Jahr auf den 1. Januar 2024 verschoben. Damit verschieben sich auch die bisher vorgesehenen Folgeschritte 2024 und 2025 entsprechend um ein Jahr.

Um weitere Einsparungen von CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich zu ermöglichen, werden im Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr für die Schiene im Haushalt 2023 zusätzliche 500 Millionen und eine Milliarde Euro an Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung gestellt.

2. Einmalzahlung für Rentnerinnen und Rentner

Rentnerinnen und Rentner erhalten zum 1. Dezember 2022 eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro. Das entspricht einer Entlastung von rund sechs Milliarden Euro brutto. Die Energiepreispauschale wird einmalig ausgezahlt und ist einkommensteuerpflichtig – je niedrigerer die Rente, umso wirksamer ist die absolute Entlastung der Rentnerinnen und Rentner. Die Auszahlung für die Rentnerinnen und Rentner erfolgt über die Deutsche Rentenversicherung. Es wird sichergestellt, dass keine Doppelzahlung erfolgt. Der Bund wird eine entsprechende Einmalzahlung auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes leisten.

3. Entlastung Studierende

Auch Studierende und sowie Fachschülerinnen und Fachschüler sind von den steigenden Energiekosten betroffen. Nach dem Heizkostenzuschuss für Bafög-Empfängerinnen und -empfänger sollen nunmehr alle Studentinnen und Studenten sowie Fachschülerinnen und Fachschüler eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro erhalten. Der Bund trägt die Kosten. Er wird mit den Ländern beraten, wie die Auszahlung schnell und unbürokratisch vor Ort erfolgen kann.

4. Weitere Preisdämpfungen

Die stark gestiegenen Gaspreise belasten die privaten Haushalte und die Unternehmen gleichermaßen. Auch die öffentlichen Haushalte sind nicht in der Lage, die hohen Marktpreise für die Gasverbraucher zu kompensieren. Die gestiegenen Preise sind Ausdruck eines durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Knappheitssignals. Die Bundesregierung wird daher ihren Weg fortsetzen, weggefallene Gasmengen durch neue Quellen zu ersetzen. In Europa werden aktuell verschiedene Preisdämpfungsmodelle für den Wärmemarkt etabliert oder diskutiert. Auch in

Deutschland gibt es diese Diskussion, etwa zu einem Grundkontingent im Wärmebereich. Es wird daher eine Expertenkommission mit Vertreterinnen und Vertretern u.a. aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbraucherschutz eingesetzt, die zeitnah klären soll, ob und wenn ja wie ein solches Modell in Deutschland oder Europa realisierbar ist.

5. Ausweitung des Wohngeldanspruchs, Einführung einer Heizkosten- und Klimakomponente

Zum 1. Januar 2023 wird das Wohngeld reformiert. Es wird eine dauerhafte Klimakomponente und eine dauerhafte Heizkostenkomponente enthalten, um die steigenden Energiepreise stärker abzufedern. Zudem wird der Kreis der Wohngeldberechtigten auf zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger erweitert, sodass mehr Bürgerinnen und Bürger in Zeiten stark steigender Energiekosten anspruchsberechtigt werden.

Darüber hinaus soll als kurzfristige Maßnahme für die Heizperiode September 2022 bis Dezember 2022 einmalig ein Heizkostenzuschuss II an die Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld gezahlt werden – danach wird er für die Wohngeldberechtigten dauerhaft in das Wohngeld integriert. Er beträgt einmalig 415 Euro für einen 1-Personen-Haushalt (540 Euro für zwei Personen; für jede weitere Person zusätzliche 100 Euro). Die anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger benötigen das Wohngeld angesichts der stark gestiegenen Preise schnell. Bereits jetzt haben viele Kommunen eine hohe Anzahl an Anträgen abzuarbeiten, sodass die Reform zügig umgesetzt und alle Möglichkeiten der Beschleunigung von Durchführungswegen bei der Antragstellung ausgeschöpft werden sollen. Dazu können auch unbürokratische Abschlagszahlungen beitragen.

6. Einführung Bürgergeld

Das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden zum 1. Januar 2023 durch das moderne Bürgergeld abgelöst, das die Würde des Einzelnen achtet und gesellschaftliche Teilhabe besser fördert. Die anhaltenden Preissteigerungen insbesondere in den Bereichen Strom und Lebensmittel stellen für Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger, eine existenzielle Belastung dar. Gerade in Zeiten hoher Teuerung ist es wichtig, das Existenzminimum abzusichern und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Der Anpassungszeitraum der jährlichen Erhöhung beim Bürgergeld wird bei im Übrigen unveränderter Systematik so geändert, dass jeweils bereits die zu erwartende regel-

bedarfsrelevante Inflation im Jahr der Anpassung miteinbezogen wird. So wird die Inflation künftig besser und schneller berücksichtigt. Dies beginnt am 1. Januar 2023 zum Start des Bürgergelds und führt zu einem Erhöhungsschritt auf etwa 500 Euro.

7. Midi-Job: Anhebung der Grenze auf 2.000 Euro

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen monatlichen Einkommen ist eine Entlastung bei den Beiträgen zur Sozialversicherung (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) besonders hilfreich. Schon bisher ist gesetzlich geregelt, dass zum 1. Oktober 2022 die Höchstgrenze für eine Beschäftigung im Übergangsbereich (Midi-Job) von 1.300 Euro auf 1.600 Euro angehoben wird. Diese Höchstgrenze soll nunmehr auf monatlich 2.000 Euro angehoben werden ab dem 1. Januar 2023. Dadurch werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lohnbereich um rund 1,3 Milliarden Euro jährlich entlastet, da sie deutlich weniger Beiträge für ihre Sozialversicherung zahlen.

8. Abbau der Kalten Progression

Um eine Steuererhöhung aufgrund der Inflation zu verhindern („kalte Progression“), werden die Tarifeckwerte im Einkommenssteuertarif angepasst. Davon profitieren ab dem 1. Januar 2023 rund 48 Millionen steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Selbstständige sowie Unternehmerinnen und Unternehmer. Wenn im Herbst Progressionsbericht und Existenzminimumbericht vorliegen, werden die Werte angepasst.

9. Kindergeld

Um Familien besonders zu unterstützen, wird das Kindergeld über das verfassungsrechtlich erforderliche Maß hinaus erhöht. Die Erhöhung erfolgt bereits zum 1. Januar 2023 in einem Schritt für die Jahre 2023 und 2024. Damit wird das Kindergeld ab dem 1. Januar 2023 um 18 Euro monatlich für das erste und zweite Kind angehoben. Für eine Familie mit zwei Kindern bedeutet das für 432 Euro jährlich mehr für die kommenden zwei Jahre. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten ist dies gerade für Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen wichtig.

Der Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz unterstützt zielgerichtet Familien mit niedrigen Einkommen. Durch den Kinderzuschlag sind diese Familien nicht auf

ergänzende Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Der Höchstbetrag des Kinderzuschlages wurde zum 1. Juli 2022 auf 229 Euro monatlich je Kind erhöht. Um die zusätzlichen Belastungen dieser Familien aufgrund der Inflation abzumildern, wird der Höchstbetrag des Kinderzuschlages ab dem 1. Januar 2023 nochmals erhöht und auf 250 Euro monatlich angehoben. Dies gilt bis zur Einführung der Kindergrundsicherung.

10. Konzertierte Aktion und Unterstützung der Tarifpolitik

Die Bundesregierung diskutiert im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ gemeinsam mit den Sozialpartnern, wie mit den gestiegenen Preisen und den damit einhergehenden realen Einkommensverlusten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgegangen werden kann. Die Sozialpartner entwickeln praxisnahe Lösungen. Der Bund ist bereit, bei zusätzlichen Zahlungen der Unternehmen an ihre Beschäftigten einen Betrag von bis zu 3.000 Euro von der Steuer und den Sozialversicherungsabgaben zu befreien.

11. Unternehmenshilfen

Viele Unternehmen und Betriebe leiden unter den hohen Energiekosten. Sie benötigen Unterstützung. Daher wird ein Programm für energieintensive Unternehmen aufgelegt, die die Steigerung ihrer Energiekosten nicht weitergeben können. Zudem sollen Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen unterstützt werden. So kann die deutsche Wirtschaft unabhängig von russischen Gaslieferungen werden.

Die bestehenden Hilfsprogramme für Unternehmen werden bis zum 31. Dezember 2022 verlängert, der momentanen Laufzeit des beihilferechtlichen Rahmens der Europäischen Kommission. Dazu gehören das KfW Sonderprogramm Ukraine, Belarus, Russland (UBR) mit zinsgünstigen Krediten und die bereits während der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme zur kurzfristigen Sicherstellung von Liquidität, das Energiekostendämpfungsprogramm zur Entlastung von besonders energie- und handelsintensiven Unternehmen, das Margining-Finanzierungsinstrument, mit dem die Liquidität von Unternehmen sichergestellt wird, die an Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln und im begründeten Einzelfall die Unterstützung von Unternehmen mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung durch Eigenkapitalmaßnahmen.

Um mehr Unternehmen zu erreichen und den Zugang zu erleichtern, wird beim KfW Sonderprogramm die Haftungsfreistellung verbessert. Das Energiekostendämpfungs-

programm soll für weitere Unternehmen, die nicht auf der KUEBLL-Liste stehen, mithilfe erweiterter Kriterien, die die Belastung durch hohe Energiepreise zur Grundlage haben, Unterstützung gewähren. Das 100-Milliarden-Euro-Programm der KfW, das Anfang des Jahres dazu konzipiert wurde, Liquidität in den Terminmärkten für Gas sicherzustellen, wird spezifisch auf Elektrizitätsmärkte ausgedehnt. Es soll ermöglichen, zusätzliches zukünftiges Produktionsvolumen schon heute an die Märkte zu bringen und damit die Preise und die Schwankungsbreiten der Preise zu reduzieren. Die Bundesregierung wird prüfen, inwieweit zukunftsfähige Unternehmen stabilisiert werden können, die aufgrund von Gasmangellage bzw. nicht tragfähiger Energiepreise temporär ihre Produktion einstellen müssen. Die Unternehmenshilfen werden im Lichte der Entwicklungen fortlaufend auf ihre Effektivität überprüft und im engen Austausch mit der Wissenschaft sowie den Handelspartnern angepasst.

Um die kommunalen und sozialen Wohnungsunternehmen bei steigenden Energiekosten zu unterstützen, wird die befristete Förderung von Betriebsmitteln im KfW-Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Private Wohnungsunternehmen können darüber hinaus die regulären ERP-/KfW-Förderkreditprogramme und bei vorübergehenden Liquiditätsengpässen außerdem die regulären Bürgschaftsprogramme von Bund und Ländern zur Liquiditätssicherung in Anspruch nehmen.

Im Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen vorhandenen Restmittel werden genutzt, um gezielte Hilfen für Kultureinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

12. Spitzenausgleich energieintensive Unternehmen

Um die energieintensiven Unternehmen angesichts der hohen Preise zu unterstützen, wird der sogenannte Spitzenausgleich bei den Strom- und Energiesteuern um ein weiteres Jahr verlängert. Damit werden rund 9.000 energieintensive Unternehmen in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro entlastet. Unternehmen, die von diesem Spitzenausgleich profitieren, sollen Maßnahmen ergreifen, um den Verbrauch der Energie zu reduzieren.

13. Bundesweites Ticket im Öffentlichen Nahverkehr

Das zeitlich befristete 9-Euro-Ticket für die Monate Juni bis September war ein großer Erfolg. Es wurde von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen und hat ihre

Ausgaben für Mobilität deutlich gedämpft. Daher soll ein bundesweites Nahverkehrsticket eingeführt werden. Die Verantwortung für den Öffentlichen Nahverkehr liegt bei den Ländern und Kommunen. Der Bund unterstützt sie dabei u.a. über die Regionalisierungsmittel. Die Bundesregierung ist bereit, den Ländern für ein bundesweites Nahverkehrsticket jährlich 1,5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, wenn die Länder mindestens den gleichen Betrag zur Verfügung stellen. Die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister von Bund und Ländern erarbeiten zeitnah ein gemeinsames Konzept für ein bundesweit nutzbares, digital buchbares Abo-Ticket. Es werden dazu verschiedene Modelle diskutiert. Von verschiedenen Verbänden und aus der Wissenschaft sind Vorschläge gemacht worden, die bei einem entsprechenden Mitteleinsatz zu Preisen von 49 bis 69 Euro pro Monat führen würden. Ziel ist ein preislich attraktives Ticket in diesem Rahmen.

14. Verlängerung Kurzarbeitergeld

Die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld werden über den 30. September 2022 hinaus verlängert. Damit wird Sicherheit für Unternehmen und Beschäftigte geschaffen.

15. Umsatzsteuer in der Gastronomie

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie auf 7 Prozent wird verlängert, um die Gastronomiebranche zu entlasten und die Inflation nicht weiter zu befeuern.

16. Flankierende zivilrechtliche Maßnahmen

Die aktuelle Situation stellt Mieterinnen und Mieter sowie Unternehmen in Deutschland vor die große Herausforderung, sich schnell an die hohen Energiepreise anpassen zu müssen. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Mieterinnen und Mieter, die die Steigerungen ihrer Betriebskostenvorauszahlungen kurzfristig finanziell überfordern, durch die Regelungen des sozialen Mietrechts angemessen geschützt werden.

Wenn einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher trotz Inanspruchnahme aller Unterstützungsleistungen sowie vertraglichen Finanzierungsmöglichkeiten in der aktuellen Situation ihre Kosten nicht begleichen können, sollen Sperrungen von Strom und Gas durch Abwendungsvereinbarungen verhindert werden. Das Energierecht wird entsprechend angepasst.

Auch Unternehmen, die im Kern gesund und auch langfristig unter den geänderten Rahmenbedingungen überlebensfähig sind, sollten ihre Geschäftsmodelle anpassen können. Daher wird für Erleichterungen bei der Insolvenzantragspflicht gesorgt.

17. Einführung nationale Mindestbesteuerung

Die Bundesregierung wird die Umsetzung der international vereinbarten globalen Mindestbesteuerung bereits jetzt national beginnen. Sie führt langfristig zu Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

18. Globale Ernährungssicherheit

Die hohen Energiekosten haben unmittelbare Auswirkungen auch für die globale Ernährungssicherheit. Aus möglichen Haushaltsresten des Jahres 2022 werden daher prioritär weitere Mittel (bis zu eine Milliarde Euro) für die globale Ernährungssicherheit zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssen noch im Jahre 2022 verausgabt werden.

19. Weitere Maßnahmen zur finanziellen Entlastungen

Die folgenden Maßnahmen sorgen für eine weitere finanzielle Entlastung:

Abschaffung der sog. Doppelbesteuerung (Rente)

Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen sollen bereits ab dem 1. Januar 2023 ihre Rentenbeiträge voll absetzen können. Dies geschieht damit zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Künftig werden Renten in der Auszahlungsphase im Alter besteuert. Als Ausgleich können während der Erwerbstätigkeit die Aufwendungen für die Altersvorsorge steuerlich geltend gemacht werden. Sie reduzieren so die Steuerzahlungen der Beschäftigten. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Umstellung umfasst Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der landwirtschaftlichen Alterskasse, den berufsständischen Versorgungseinrichtungen und aus Basisrentenverträgen, sog. Rürup-Renten. Durch das Vorziehen der vollen Abziehbarkeit der Rentenbeiträge werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2023 um rund 3,2 Milliarden Euro und 2024 um 1,8 Milliarden Euro entlastet.

Senkung der Umsatzsteuer für Gas auf 7 Prozent

Als Ausgleich für die neue Gasbeschaffungsumlage wird zeitgleich die Umsatzsteuer auf den gesamten Gasverbrauch reduziert. Zeitlich bis Ende März 2024 befristet wird für den Gasverbrauch statt des normalen Steuersatzes von 19 Prozent der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent gelten. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar entlastet – und der Staat „bereichert“ sich nicht an den spürbar steigenden Gaspreisen. Geringere Einkommen zahlen einen relativ höheren Anteil an Heizkosten und werden durch diese Steuersenkung relativ zum Einkommen überproportional entlastet. Wenn die Senkung zum 1. Oktober 2022 in Kraft tritt, ist damit zu rechnen, dass sich diese Maßnahme direkt inflationshemmend auswirken wird.

Entfristen und Verbessern der Home-Office Pauschale

Die bis Ende 2022 bereits verlängerte Home-Office Pauschale wird entfristet und verbessert. Damit wird pro Homeoffice-Tag ein Werbungskostenabzug bei der Einkommensteuer von 5 Euro, maximal 600 Euro pro Jahr möglich. Die Modernisierung der bisherigen Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer entlastet gerade auch Familien mit kleineren Wohnungen, die nicht über ein separates Arbeitszimmer verfügen, das bisher Voraussetzung für einen Steuerabzug ist. Sie ist ein Beitrag zur Steuervereinfachung.

20. Weitergeltende Maßnahmen

Die jetzt vereinbarten Maßnahmen ergänzen die Maßnahmen der Entlastungspakete I und II, die auch in den nächsten Jahren wirken. Hierzu gehören insbesondere:

Abschaffung EEG-Umlage (Entlastung um 3,72 Cent pro Kilowattstunde)

Stromkundinnen und -kunden zahlen seit dem 1. Juli 2022 keine EEG-Umlage mehr. Ab Januar 2023 wird die EEG-Umlage dann auf Dauer abgeschafft. Stromlieferanten müssen den Wegfall der EEG-Umlage an die Stromkunden weitergeben, sodass alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar von dieser Maßnahme profitieren.

Anhebung Arbeitnehmerpauschbetrag

Der Arbeitnehmerpauschbetrag bei der Einkommensteuer ist um 200 Euro auf 1.200 Euro angehoben worden. Beschäftigte können also ihre Werbungskosten bei der Einkommensteuererklärung ohne Belege pauschal in Höhe von 1.200 Euro geltend machen.

Anhebung Fernpendlerpauschale um 3 Cent

Die Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) ist befristet bis 2026 von 35 auf 38 Cent erhöht worden. Über die Mobilitätsprämie wird die Entlastung auch auf Geringverdiener übertragen.

Kinder-Sofortzuschlag

Für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche wurde erstmalig im Juli 2022 der monatliche Sofortzuschlag von 20 Euro ausgezahlt. Dieser gilt auch für junge Erwachsene, die mit ihren leistungsberechtigten Eltern in einem Haushalt leben.

02) Politiker - präsent sein. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-04

4. September 2022

47. Jahrgang

Präsent sein



Facebook

Es den Medien recht zu machen, ist für Politiker so gut wie unmöglich. Zeigen sie sich zu oft, wird Ihnen „Omnipräsenz“ vorgeworfen, machen sie sich rar, wird sofort die Frage gestellt: „Wo ist eigentlich...?“

Das Problem, das heute viele Medien haben, ist, dass ihnen die Deutungshoheit immer mehr verlorengeht. Politiker verfügen inzwischen über eigene Möglichkeiten, sich darzustellen und Ihre Ansichten kundzutun. Die Plattformen der „sozialen“ Medien, die das möglich machen, müssen wir an dieser Stelle nicht einzeln aufzählen.

Franziska Giffey nimmt in ihrer Aufgabe als Regierende Bürgermeisterin sehr viele Termine wahr, protokollarisch vorgeschriebene, andere wichtige und auch weniger wichtige. Das war bei ihren Vorgängern **Michael Müller** und **Klaus Wowereit** nicht anders. Facebook und Twitter eroberten erst ab 2006 die Welt, da war Wowereit schon fünf Jahre im Amt. Müller näherte sich ab 2014, als er das Amt übernahm, erst langsam den neuen, von der Profipresse unabhängigen, Medien, postete dann aber im Wesentlichen Bilder von dienstlichen Ereignissen.

Franziska Giffey war schon als Familienministerin in den „sozialen“ Medien unterwegs und erst recht als Regierende Bürgermeisterin. Sie postet nicht nur Dienstliches, sondern auch Privates. Das Foto zeigt sie bei einem Urlaub an der Ostsee. Ob es sein muss, ein Foto zu veröffentlichen, wo sie im Liegestuhl sitzend den Tagesspiegel liest, ist auch fraglich. Ostsee-Urlaub Ja, Tagesspiegel Nein. Warum sollen Politiker nicht auch ihr Privatleben für die Menschen

öffnen? Zu trennen gilt dennoch Dienstliches von Privatem. Das klar abzutrennen und eine Vermischung zu vermeiden, ist Sache der Regierenden Bürgermeisterin selbst. „Social Media“ ist längst in der Senatskanzlei angekommen.

„Aufgebaut hat das Social-Media-Angebot der Senatskanzlei unter Giffey's SPD-Vorgänger **Michael Müller** ein Mitglied der Linkspartei, nämlich **Kathi Seefeld**, damals wie heute stellvertretende Senatssprecherin.“, schreibt **Joachim Fahrn** in einem Kommentar in der **Berliner Morgenpost**. Den Linken überlässt Giffey dieses Feld nicht mehr. Am 1. September veröffentlichte der Senat folgende Pressemitteilung:



„**Katrin Münch-Nebel** leitet ab heute die Abteilung IV Kommunikation und Information der Senatskanzlei. Die 42-jährige verantwortet damit fortan für die Regierende Bürgermeisterin unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, den Bereich Social Media und die Koordinie-

rung von berlin.de. Derzeit sind insgesamt rund 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung beschäftigt. Foto: de.linkedin.com

Zuletzt und seit Februar 2021 war Katrin Münch-Nebel als Strategie-Direktorin bei der Berliner Agentur ressourcenmangel tätig, wo sie im November 2019 zunächst als Senior Strategin begann. Davor arbeitete Münch-Nebel mehrere Jahre für den SPD-Parteivorstand, unter anderem als Leiterin des Büros der damaligen SPD-Vorsitzenden **Andrea Nahles** und als Leiterin der Abteilung Kommunikation.

Sprecherin des Senats bleibt **Lisa Frerichs**, mit der **Katrin Münch-Nebel** eng zusammenarbeiten wird. **Lisa Frerichs** berichtet direkt an die Regierende Bürgermeisterin, ist weiterhin erste Ansprechpartnerin für Presse- und Medienanfragen und verantwortet sowohl die kurzfristige, tagesaktuelle als auch die langfristige, strategische Pressearbeit der Regierenden Bürgermeisterin und des Senats.“

Klare Ansage. **Joachim Fahrn** kommentiert unter der Überschrift „Werbeagentur Franziska Giffey“: „Die Kommunikation der Regierungszentrale ist auf Social-Media-Aktivitäten der Chefin zugeschnitten. Die Neue besetzt im Roten Rathaus einen Posten, den es so nicht gab.“ Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, also die Abteilung IV der



Senatskanzlei, hat bislang immer die Sprecherin des Senats sozusagen mitgeleitet. Das war der Fall bei allen drei Sprecherinnen von **Michael Müller**, **Daniela Augenstein**, **Claudia Sünder** und **Melanie Reinsch**. Augenstein sogar im Range einer Staatssekretärin, was nach ihrem Ausscheiden verändert wurde, den Dienstwagen durften Sünder und Reinsch aber behalten.

Joachim Fahrún hat festgestellt, dass die Schaffung einer neuen Abteilungsleiterstelle „den Koalitionspartnern von Grünen und Linken“ „sauer aufgestoßen“ ist. Es sei offenbar eine „persönliche Angelegenheit“. „Verräterisch ist in dieser Hinsicht“, schreibt Fahrún, der Satz in der Pressemitteilung, dass Münch-Nebel „fortan für die Regierende Bürgermeisterin unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, den Bereich Social Media und die Koordinierung von berlin.de.“ verantwortete. „Für die Regierende Bürgermeisterin – also nicht für den Senat von Berlin, sondern für Giffey als Person, stellt Fahrún fest. Und: „Die PR-Fachfrau ergänzte ihren ersten Tweet aus der neuen Position mit dem von Giffey's SPD im Wahlkampf eingeführten Claim #Herzessache.“

Was machen eigentlich die beiden stellvertretenden Senatssprecher **Sebastian Brux** (Grüne) und **Kathi Seefeld** (Linke)? **Joachim Fahrún**: „Seinerzeit hatte der Müller-Senat entschieden, die von den Koalitionspartnern gestellten Senatssprecher mit echten Aufgaben im Roten Rathaus zu betrauen und sie in die Alltagsarbeit einzubinden. Seefeld machte Social Media, der Grüne Julian Mieth kümmerte sich um Veranstaltungen. Jetzt sind Seefeld und Mieths Nachfolger **Sebastian Brux** im SPD-roten Rathaus nur noch mehr oder weniger geduldet, haben in der Abteilung nichts zu tun und werden in die offizielle hausinterne Kommunikation kaum noch eingebunden.“

„Diese Weichenstellung passt ins Bild.“, so Fahrún weiter. „Seit Giffey's Amtsantritt, so berichten altgediente Rathaus-Leute, werde in der Regierungszentrale stärker als bislang eine SPD-Zelle installiert. Die von Münch-Nebel übernommene Abteilung zählt mittlerweile rund 25 Köpfe. Nicht wenige davon sind junge Menschen, die Giffey oft begleiten und sie für ihre Social-Media-Kanäle in Bild und Ton setzen. Das ist wie Giffey's Werbeagentur, sagen böse Zungen im Rathaus.“ Nun, diesen Vorwurf musste sich **Michael Müller** auch gefallen lassen, weil seine engsten Mitarbeiter **Robert Drewnicki** und **Andreas Schwager** auch SPD-Mitglieder waren bzw. sind. Na und? Jeder Regierungschef, Minister oder Senator schaut sich zuerst im Parteiapparat um, ob sich ein geeig-

netter Mitarbeiter finden lässt. Schließlich geht es um Vertrauenspositionen. Andererseits muss die Mitgliedschaft in der passenden Partei kein Qualitätsmerkmal sein. Es gibt auch Beispiele dafür, dass Externe zum Zuge kommen können

In früheren Jahren war es so, dass nicht nur der Regierende Bürgermeister, sondern auch die Senatoren vom Parlament gewählt wurden. Das verhalf ihnen zu einer besonderen Wertigkeit gegenüber dem Senatschef. Heute werden die Senatoren vom Regierenden Bürgermeister ernannt und können auch von ihm entlassen werden. Die Regierende Bürgermeisterin ist somit viel mehr Chefin als in früheren Jahren.

Franziska Giffey hat zu Beginn ihrer Amtszeit erklärt, dass die Bürger ein Recht darauf haben, von ihr direkt zu erfahren, was der Senat beschlossen hat und plant. Seitdem nimmt sie an jeder Pressekonferenz im Anschluss an die Senatsitzungen teil. Das war bei Wowerit und Müller anders. Wenn sie auftauchten, wussten die Journalisten, dass es etwas Besonderes zu berichten gibt.

Dass die anderen Senatoren, der eigenen und vor allem der anderen Parteien, lieber gern allein vor der Presse sitzen möchten, ist verständlich. „Rote und grüne Senatsmitglieder haben Giffey inzwischen zu verstehen gegeben, dass sie sie nicht unbedingt bei jedem Termin ‚Chefinnensache-mäßig‘ an ihrer Seite haben wollen.“, weiß Fahrún zu berichten. Giffey schaut sich alle Termine der Senatsmitglieder genau an und entscheidet dann, wo sie dabei sein will und wo nicht.

Wenn die für die Schulen und Kitas zuständige Senatorin irgendwo eine Kita einweihet, ist das Medieninteresse relativ gering, wenn die Regierende Bürgermeisterin dabei ist, sieht die Sache schon anders aus. Eigentlich eine Win-Win-Situation für das Thema. Die Senatoren der Grünen und Linken würden aber lieber gern allein ihre Projekte vorstellen, wie sollen sie und ihre Parteien sich sonst profilieren.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, was ihre Regierung vorhat und umsetzt. Und der Regierungschef ist das Aushängschild, also hat er auch präsent zu sein. Nichts wäre schlimmer, als wenn wir fragen müssten, „Wo ist eigentlich...?“

Ed Koch

03) Die Industriestandort-Vernichtung geht los: Europas größter Stahlkonzern schließt Produktionsanlagen in Deutschland

03. 09. 2022



Ein Stahlwerk in Indien: dort ist man nicht von der europäischen Politik der Selbstzerstörung betroffen.

Drastische Folgen der herbeigeführten „Energiekrise“: Europas größter Stahlkonzern Arcelormittal stoppt wegen der stark steigenden Energiepreise zwei Produktionsanlagen in Norddeutschland. Und auch andere Hamburger Industrien haben zu kämpfen. In einer Meldung heißt es:

„Arcelormittal zieht in Deutschland die Konsequenzen, da nicht mehr alle Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. [...] Die exorbitant gestiegenen Energiepreise beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlherstellung massiv“.

„Gasumlage“ wird zu weiterem Wirtschaftschaos führen

Hinzu kämen eine schwache Marktnachfrage, ein negativer Wirtschaftsausblick sowie anhaltend hohe CO₂-Kosten in der Stahlproduktion. Der Chef von Arcelormittal Deutschland, Reiner Blaschek dazu:

„Die hohen Kosten für Gas und Strom belasten unsere Wettbewerbsfähigkeit stark. Dazu kommt ab Oktober die geplante Gasumlage der Bundesregierung, die uns weiter belasten wird. [...] „Mit einer Verzehnfachung der Gas- und Strompreise, die wir innerhalb weniger Monate hinzunehmen hatten, sind wir nicht mehr wettbewerbsfähig in einem Markt, der zu 25 Prozent aus Importen versorgt wird.“

Auf Umweltschutz wird gepfiffen – Kampf gegen Putin geht vor

Die ganze Klimahysterie, mit der man uns die letzten Jahre förmlich zuschüttete entpuppt sich als das, was seriöse Medien stets behaupteten: Hier geht es nicht um die Umwelt, sondern nur darum, wie man Geld vom Steuerzahler und den Konsumenten zu Konzernen hinschaufelt.

Jetzt wo dieses Ziel dank der explodierenden Energiepreise erreicht ist, hat der „Klimaschutz“ als Vorwand, die Leute abzuzocken, ausgedient. Man hat jetzt den Schalter von „die Welt retten“ auf „Russland“ bekämpfen umgelegt.

Da ist es egal, wieviel Schadstoffe da im Zuge der Kriegshandlungen in der Ukraine hinausgeblasen werden.

Es spielt auch keine Rolle, wenn das preisgünstige Gas aus Russland durch teures Fracking-Gas aus den USA ersetzt wird. Die Gewinnung dieses Gases ist umweltfeindlich und der Transport über den Atlantik wird mit Tankern betrieben, die Schweröl verfeuern.

Auch, dass man wieder Kohlekraftwerke anwerfen will, wird mit dem Kampf gegen Putin gerechtfertigt. Ist Putin auch schuld, dass man Nordstream2 nicht endlich in Betrieb nimmt. Bereits vor dem Ukrainekrieg wurde das Deutschland von den USA untersagt.

Eines ist sicher: Die Leute werden nicht hinnehmen, dass ihr Lebensstandard wegen der Ukraine auf das Niveau eines rückständigen Landes heruntergefahren wird. Die Menschen werden mit Sicherheit auf die Straße gehen und das Regime wird diese anständigen Leute dann als „Rechtsextreme“ beschimpfen. Nur wird ihnen das keiner mehr abnehmen. Mal sehen was passiert. Das Militär wird für Einsätze im Inland bereits vorbereitet.

Wie UNSER MITTELEUROPA gerade exklusiv im deutschen Sprachraum berichtete, fanden in Prag heutige Groß-Demonstrationen gegen die Sanktionspolitik statt. Dort hat die Bevölkerung bereits von der Wohlstandsvernichtenden Politik genug.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Habeck und VdL verzweifelt: Energie-Preisgrenze und Orban als Vorbild für Kriegsgewinn-Sondersteuer

31. 08. 2022



Robert Habeck & Ursula von der Leyen brav maskiert vor der Kamera.-
Bild: Screenshot YouTube

Von ELMAR FORSTER | Die EU bereite sich wahrscheinlich auf die Einführung einer Gaspreis-Obergrenze vor – wie Nachrichtenagentur [Reuters](#) aus einem durchgesickerten Schreiben des deutschen Energieministers, Robert Habeck (Grüne) zitierte. Dessen Brief an andere EU-Energieminister soll in der italienischen Presse veröffentlicht worden sein: „Wir sind bereit, den Vorschlag zur Begrenzung des Gaspreises auf EU-Ebene zu prüfen.“ – so Habeck.

Entwicklung der Gaspreise in Deutschland

Durchschnittlicher Erdgaspreis für Haushalte im EFH mit Jahresverbrauch 20.000 kWh



Durchschnitt der im Markt verfügbaren Tarife für das jeweilige Jahr in Cent pro Kilowattstunde. Datenquelle BDEW
Quelle: 1-Gasvergleich.com • Erstellt mit Datawrapper

Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach sich bereits am Montag für Energiekrisen-Notfallintervention aus, obwohl ihrer Meinung nach hauptsächlich der Strommarkt betroffen sei.

„Außerordentliche Maßnahmen“

Aus dem Schreiben geht jedoch hervor, dass die EU angesichts der sich verschärfenden Energiekrise auch in der Gasfrage außerordentliche Maßnahmen ergreifen könnte. Ein außerordentliches Krisentreffen der EU-Energieminister soll am 9. September stattfinden und wurde (das Treffen von der tschechischen EU-Präsidentschaft einberufen).

„Schwierige Situation im Winter in Deutschland“

Die sagte Habeck am Montag auf einer Podiumsdiskussion. Langsam scheint sich auch bei Polit-Romantiker Habeck Ernüchterung einzustellen: Deutschland müsse sich der „bitteren Realität“ stellen, dass Russland die Gaslieferungen an das Land nicht wiederherstellen wird, was zu schwerwiegenden Gasknappheiten führen könnte.

Bald Kriegsgewinn-Übersteuer nach ungarischem Vorbild?

Die amerikanische [Politico](#) berichtete zudem: Ursula von der Leyen hätte in ihrer Presseerklärung am Montag, kurz die Möglichkeit einer EU-weiten Steuer auf Energieunternehmen erwähnt, die derzeit große Krieg-Profit-Gewinne machen.

Insofern hat sich auch diesbezüglich die [ungarische Position](#) durchgesetzt: Laut EU-Kommissionspräsidentin solle die EU ein Instrument schaffen, „um den Billigenergieanbietern zu signalisieren, dass ihr zwar Gewinne machen könnt ..., aber nicht alles für euch behalten dürft“. Dies wäre notwendig, um Menschen mit geringem Einkommen und Unternehmen, die jetzt finanziell ums Überleben kämpfen müssen, zu helfen.

Unser Ungarn-Korrespondent Elmar Forster berichtete bereits über das ungarische Model im Detail (siehe [Ukraine-Krieg-Update](#) vom 26.5. 2022)

Ungarische Sondersteuern auf Banken und Multis: 815 Milliarden Forint (ca 2,1 Mrd. EUR)

Der Gesamtbetrag setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

Der **Bankensektor** zahlt neben der Sondersteuer für die zusätzlichen Kriegsgewinne auch eine Abgabe auf die Transaktionsgebühr: insgesamt **300 Milliarden HUF** (50 Milliarden davon sind die Transaktionsgebühr) = **770 Mio EUR**

Versicherungssektor: 50 Milliarden Forint / 128 Mio EUR

Energiesektor: 300 Milliarden HUF (v.a. die staatliche Ölgesellschaft MOL) / **770.- Mio EUR**

Einzelhandel: 60 Mrd. HUF / 154 Mio EUR

Telekommunikation: 40 Mrd. HUF / 103 Mio EUR

Fluggesellschaften: 30 Milliarden Forint / 77 Mio EUR

Pharmasektor (ohne kleine Apotheken): **20 Mrd. HUF / 51 Mio EUR**

Werbesteuer ab dem 1. Januar 2023): **15 Mrd. HUF / 38,5 Mio EUR**

Sondersteuern für Krisengewinnler (Banken und multinationale Konzerne)

„Wir werden die Kosten zur Reduzierung der Versorgungs-Dienstleister und zur Stärkung der Verteidigungskräfte aus deren zusätzlichem Profit bezahlen. Dieser wird den Banken und multinationalen Konzernen abgeschöpft“, kündigte Orbán an.

Ukrainekrieg und Brüsseler Sanktionen sind Ursache für Profite der Multis

Außerdem werde die wirtschaftliche Situation des Landes bei der heutigen Kabinettsitzung überprüft. Sowohl der Ukrainekrieg als auch die Brüsseler Sanktionspolitik führten zu diesen Preissteigerungen. Aufgrund steigender Zinssätze und steigender Preise erzielen die Großbanken und multinationalen Konzerne zusätzliche Gewinne.

Versorgungsschutz- und Verteidigungs-Fonds wird eingerichtet

Deshalb wird die Regierung einen Versorgungsschutz- und einen Verteidigungsfonds einrichten:

„Von hier aus werden die Kosten zur Reduzierung der Versorgungs-Dienstleistungspreise sowie zur Stärkung der Verteidigungskräfte finanziert“, sagte Orban. Und weiter:

„Wir verpflichten Banken, Versicherer, Großhandelsketten, Energie- und Handelsunternehmen, Telekommunikationsunternehmen und Fluggesellschaften, den Großteil ihrer zusätzlichen Gewinne in diese beiden Fonds einzuzahlen“, sagte er. Diese Einschränkungen sind auf zwei Jahre, 2022 und 2023, limitiert. ([Mandiner](#))

Weitere Details und Zahlen sind für morgen angekündigt.

Orban legt sich mit internationaler Finanz-Oligarchie an

Orban setzt damit einen überaus zwingenden und mutigen Schritt gegen den Tiefen Finanzstaat. Nicht auszuschließen sind – ausgehend von diesem – Schritte zur geplanten Destabilisierung der ungarischen Demokratie. Das seit heute Mitternacht geltende Kriegsnotstandsgesetz könnte auch ein Schutz dagegen sein. ([UM berichtete](#): „Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?“)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Indianerhäuptling. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 604-49

23. August 2022

47. Jahrgang

Indianerhäuptling

Bettina Jarasch wurde von ihrem Stamm fast an den grünen Marterpfahl genagelt, als sie auf die Frage, welchen Berufswunsch sie als Kind hatte, „Indianerhäuptling“ antwortete. Sicherlich ist das, trotz ihrer Entschuldigung, der Grund dafür, dass sie nicht Regierende Häuptlinge*_ / von Berlin wurde.

Um es gleich an den Anfang zu stellen. Ich wollte nie Indianerhäuptling werden, schon gar nicht, nachdem mich meine Eltern zum Kinderfasching in ein Cowboy-Kostüm steckten. Ich kannte Indianer nur aus dem Kino und aus Karl-May-Büchern. In den Filmen wurden sie regelmäßig von **John Wayne** abgeknallt, bei **Karl May** gab es die guten Indianer. **Winnetou**, der Häuptling der Apachen, war natürlich auch mein Held. Ein edler Indianer, was sonst. **Karl May** wäre nie auf die Idee gekommen, ihn als Vorsitzenden der Native Americans von der ethnischen Gruppe der Apachen zu bezeichnen. *In den USA ist heute zwar die Bezeichnung Native Americans verbreitet, als Selbstbezeichnung wird American Indian häufiger bevorzugt*, steht bei Wikipedia, das gilt. Außer für den **Ravensburger Verlag**.



„Der junge Häuptling Winnetou“ ist nicht der Sohn von Winnetou. **Kino.de** schreibt zu dem Film, der jetzt in die Kinos gekommen ist und bei **Amazon prime** für 11,99 Euro angeschaut werden kann: *Deutsche Neuproduktion der Geschichte über den jungen Indianerhäuptling Winnetou. Als zwölfjähriger Häuptlingssohn hält sich Winnetou (Mika Ullritz) bereits für einen großen Krieger. Sein Vater Intschutschuna (Mehmet Kurtulus) ist da anderer Meinung. Sein Sohn solle noch lernen, sein Gemüt zu zügeln und Verantwortung zu übernehmen. Als bei der Jagd der Apachen jedoch die Büffel ausbleiben, stehen*

harte Zeiten bevor. Doch eines nachts nimmt er den Waisenjungen Tom Silver (Milo Haaf) gefangen, weil dieser sich den Pferden nähert. Eine schicksalhafte Begegnung, denn Tom behauptet, Winnetou zu den vermissten Büffeln führen zu können. Die beiden machen sich auf die Reise, mit der Winnetou hofft, endlich den Respekt seines Vaters zu bekommen.

Schnell findet das ungleiche Duo aus gänzlich unterschiedlichen Welten heraus, dass der Verbrecher Todd Crow (Anatole Taubman) mit dem Verschwinden der Büffel zu tun hat. Auf ihrem Abenteuer in der Wüste werden die beiden von Winnetous Schwester Nscho-Tschi (Lola Linnéa Padotzke) unterstützt. Nichts Geringeres als die Rettung des Apachenvolks steht auf dem Spiel.“

Zu dem Film wollte der Ravensburger Verlag „Das große Fanbuch“ herausgeben. Doch bevor es das Licht der Buchläden erblickte, war es schon in den Ewigen Jagdgründen verschwunden. Einem Shitstorm der Empörten, wer immer das sein mag, gelang es tatsächlich, den Verlag zu zwingen, das Buch vom Markt zu nehmen. Bei **Amazon** steht: „Derzeit nicht verfügbar.“

Wer bestimmt eigentlich in diesem Land, was erscheinen darf und was nicht. Wer sind diese Menschen? Die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften ist es jedenfalls nicht. Es ist eine schwache Leistung des Verlages, aufgrund eines inszenierten Shitstorms Bücher, ja hoffentlich nicht zu verbrennen, sondern vermutlich „nur“ zu schreddern.

Wo soll das hinführen, wenn wir anfangen, literarische Meisterwerke wie **Pippi Langstrumpf** zu säubern? Ihr Vater wurde bekannt als „Negerkönig.“ Nun heißt er in den Neuauflagen „Südseekönig.“ Auch die „Negersprache“ aus Pippi Langstrumpfs Büchern wurde umbenannt in „Taka-Tuka-Sprache.“ Hat man eigentlich die Filme neu synchronisiert? Ein Glück, das das mein Vater nicht mehr erleben musste, er sprach immer von „Negermusik“, wenn er besonders Schreckliches meinte, wie **Elvis Presley** oder die **Beatles**.

1962 sagte der damalige Bundespräsident **Heinrich Lübke** beim Staatsbesuch in Liberia: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Neger!“ Im selben Jahr wurde er Ehrenbürger von Berlin. Diese Würde muss ihm aberkannt werden, um den Zeitgeist von 2022 zu befriedigen. Die Geschichte muss ohnehin völlig neu geschrieben werden. Wann wird endlich die Mohrenstraße umbenannt? Wie auch immer: Mein Lieblingsindianer ist und bleibt Winnetou. Howgh, ich habe gesprochen! **Ed Koch**

Berlin und Brandenburg allein (Seiten E 57 – E 67)

01) Das ist doch keine Funkausstellung. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-05

6. September 2022

47. Jahrgang

Das ist doch keine Funkausstellung

Heute geht die IFA, die Internationale Funkausstellung in Berlin zu Ende. Sie begann am 2. September, dauerte also ganze fünf Tage. Früher, als nicht alles, aber vieles eben doch besser war, begann die IFA an einem Donnerstag mit einer großen TV-Show. Legenden wie **Peter Frankenfeld** oder **Vico Torriani** präsentierten „Vergissmeinnicht“ oder „Der goldene Schuss“. Bis zum Sonntag in der Folgewoche dauerte die Messe, also elf Tage.

Immer schon wurden elektronisch Neuheiten präsentiert, flacher werdende TV-Geräte, Radios, später dann vom Knochenhandy bis zum Smartphone. Nach der Messe konnte man dann, wenn es der Geldbeutel hergab, beim Händler seines Vertrauens diese wunderschönen elektronischen Geräte, die, wenn man ehrlich ist, niemand zum Leben brauchte, kaufen. Das hat sich bis heute nicht geändert.

„Die IFA ist die inspirierendste Messe für Consumer Electronics und Home Appliances.“ „Die Technik-Messe in Berlin startet mit einem Spagat aus energiesparenden Haushaltsgeräten und energiefressenden Riesen-TVs.“ schreibt „future zone“. „Außerdem soll Künstliche Intelligenz beim Energiesparen helfen.“ Wenn die natürliche Intelligenz nicht ausreicht, muss das wohl so sein.

Braucht man wirklich eine Technik, bei der einem der Kühlschrank aufs Smartphone meldet, dass die Milch alle ist? Ich bin in der Lage, das selbst herauszufinden und im Blick zu haben. Ein Sündenfall der IFA war, aus ihr einen größeren Media-Markt zu machen, in dem man vom Fernsehapparat über die Kaffeemaschine bis zum Kühlschrank alles anschauen kann.

Der noch größere Sündenfall der IFA hängt aber mit den öffentlich-rechtlichen und privaten Sendeanstalten zusammen. Bis in die 1990er Jahre dominierten ARD, ZDF, RTL, Sat1 und ProSieben die Hallen unter dem Funkturm. Von hier aus wurden täglich Radio- und Fernsehsendungen ausgestrahlt. Die *Abendschau* sendete täglich von der IFA live und die Zuschauer konnten miterleben, wie ein Nachrichtenmagazin produziert wird. Unzählige Sendungen wurden in den elf Tagen live vom Messegelände gesendet. Jeden Tag eine große Show aus dem Sommergarten mit **Thomas Gottschalk** und **Günther Jauch** zum Beispiel, oder ein tägliches Unterhaltungsprogramm mit **Hape Kerkeling** und **Karl Moik**. Der Interna-

tionale Frühschoppen mit **Werner Höfer** sendete live von der IFA, **Hans Rosenthal** präsentierte Quiz-Shows, **Rudi Carrell** war dabei, ebenso wie **Peter Frankenfeld** und **Hans-Joachim Kulenkampff**.



Kein Fernsehschaffender fehlte auf der IFA. Für das Publikum eine einmalige Gelegenheit, ihren TV-Lieblingen ganz nah zu sein. Diese stellten sich auch in Diskussionsrunden dem Publikum.

Aber, nicht nur das.



Alle großen Sender richteten Presstreffen auf dem IFA-Gelände ein, wo Journalisten die Möglichkeit hatten, sich ganz ungezwungen mit den Fernsehstars zu unterhalten. Für die jungen Redakteure von paperpress waren das unvergessene Erlebnisse, Foto oben unsere beiden Redakteure **Udo Weinert** und **Mike Schwenzler**, unten **Uwe Januszewski** und **Gabi Haase** mit **Rudi Carrell**. Über Profikameras verfügte paperpress damals nicht, Smartphones mit Kamera gab es auch noch nicht, dennoch haben unsere

1



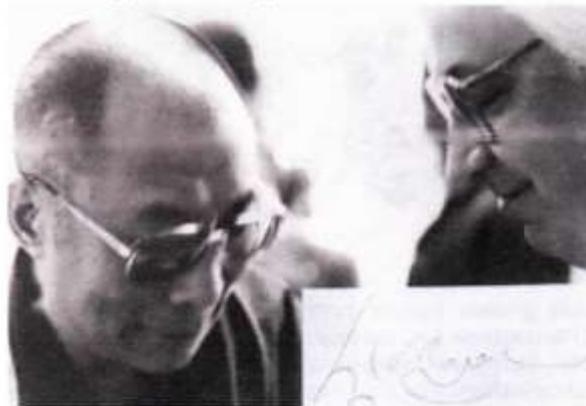
Fotoredakteure **Mathias Nitschke**, **Andreas Müller** und **Frank Schubert** versucht, das Beste daraus zu machen.



Interview mit **Harald Schmidt**...



...oder **Hape Kerkeling**.



Wenn auch verwackelt und schlecht entwickelt, man erkennt aber den **Dalai Lama**, den wir nach einem Auftritt im Sommergarten im ZDF-Pressetreff trafen. Was für ein empathischer und freundlicher Mensch, dessen Aura den ganzen Raum erfüllte. Wo anders

als auf der IFA hatte man Gelegenheit, diese Menschen zu treffen?



Schwere Stunde für **Wolfgang Lippert**, kurz nachdem er 1993 auf einer ZDF-Presskonferenz auf der IFA erfahren hatte, dass sein Vorgänger bei „Wetten, dass...?“, **Thomas Gottschalk** sein Nachfolger nach nur neun Sendungen werden wird.



Heitere Stunde auf der IFA. **Jean Pütz** und unser Redakteur **Andie Kraft** probieren ein Getränk aus, das sich in einem Beutel befindet, der einer Blutkonserve ähnelt.

All das ist vorbei. Die Sender haben sich zurückgezogen und damit eine Möglichkeit, sich ihrem Publikum hautnah zu präsentieren, aufgegeben. Ja, die Pressetreffe waren sicherlich sehr teuer. Wofür heute die öffentlich-rechtlichen Sender unser Geld ausgeben, erfahren wir jeden Tag. Allein von den überdimensionierten Gehältern der Intendanten und Direktoren könnte man die Pressetreffe endlos weiter finanzieren.

Nein, die IFA ist schon lange keine Funkausstellung mehr, sondern ein Gemischtwarenladen mit größtenteils überflüssiger Elektronik. Früher war eben doch vieles besser. *Fotos: paperpress-Archiv*

Ed Koch

02) Kalender: 2023 steht vor der Tür. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-02

2. September 2022

47. Jahrgang

2023 steht vor der Tür

2023 ist näher als wir denken. In vier Monaten haben wir die Silvesterfeier schon verdaut und blicken auf ein neues Jahr mit all den Sorgen und Ängsten, die uns seit dem verbrecherischen Krieg Putins auf die Ukraine begleiten. Mit „*Bleiben Sie zuversichtlich*“ beendet **Ingo Zamperoni** stets die **tagesthemen**. Diesen Satz habe auch ich mir zu eigen gemacht und füge ihn häufig in die Grußformel bei E-Mails oder Briefen ein, die ich noch mit der Hand zu schreiben pflege. Analog sind auch meine Taschenkalender. Nie würde ich auf die Idee kommen, meine Termine in mein Handy einzutippen. Natürlich habe ich schon den Kalender für 2023 und natürlich stehen dort schon Termine drin.

Zu meinem beliebtesten Wandschmuck in meiner Wohnung gehören Bildkalender oder die praktischen großen Drei-Monats-Übersichten mit dem roten Viereck, das man täglich ein Stück weiter nach rechts rückt, um es nach Erreichen des letzten Datums eine Zeile runterzusetzen und wieder von vorne anzufangen.

Es ist also Zeit, sich um Kalender für 2023 zu kümmern. Im Oktober stellen wir Ihnen wieder die wunderbaren Wandkalender der **edition momente** vor, Literatur, Musik und Küche. Heute geht es aber erst einmal um einen Blick zurück auf Tempelhof und seine Vororte.



Der Mariendorfer Heimatsammler **Hans-Ulrich Schulz** hat wieder in seinem umfangreichen Archiv gestöbert und außergewöhnliche Ansichtskarten und Fotos in seinem Kalender „*Tempelhof und seine Vororte in alten Ansichten*“ in einem leicht veränderten Design zusammengetragen und kenntnisreich kommentiert. Erneut sind Ansichten aus den vier Ortsteilen Lichtenrade, Marienfelde, Mariendorf und Tempelhof abgebildet.

Als Titelbild hat er eine dekorative farbige Jugendstil-Lithografie „*Gruss aus Tempelhof*“ mit Blick auf die Garde-Train-Kaserne und die Vorortbahn, das im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzene Germania-Denkmal und die alte Dorfkirche ausgewählt. In Lichtenrade blicken wir in die frühe Bahnhof- und die Hilbertstraße sowie auf das Jugendheim Tannenhof, dessen heutige Nutzer weniger gut gekleidet sind und vermutlich auch nicht singen.



Jugendheim der Stadt Berlin

Gesangsverein

Marienfelde glänzt mit einer als Postkarte veröffentlichten Zeichnung des Klosters vom Guten Hirten und mit Straßenansichten der Adolf/Ecke Hranitzky- sowie der Beyrodtstraße in der Siedlung Mariengarten. Im „aufstrebenden“ Mariendorf in der Kochstraße gab es bereits 1905 eine Hauswirtschafts-Lehrküche des Fröbel-Hauses, und die Trabrennbahn Mariendorf feiert 2023 ihr 110jähriges Bestehen mit einer Abbildung der unter Denkmalschutz stehenden „Endellsche Tribüne“.



Die gepflasterte Mariendorfer Dorfstraße, heute Alt Mariendorf, ist mit einer seltenen Fotoaufnahme mit Pferdestraßenbahn zur Jahrhundertwende am 30.12.1899 abgebildet. Der Ortsteil Tempelhof wird gleich mit zwei Jubiläen gewürdigt, die weit über die Stadtgrenze hinaus Bedeutung haben. Vor 75 Jah-



ren, im Juni 1948, wurden die westlichen Sektoren Berlins blockiert, die Versorgung der Bevölkerung war 322 Tage nur durch die Luftbrücke möglich.



Der erste Hangar in Tempelhof für die Fluggesellschaft Junkers-Luftverkehr.

Einen großen Anteil an dieser fliegerischen und logistischen Glanzleistung hatte der Flughafen Tempelhof, der im Oktober 1923, also vor genau 100 Jahren, eröffnet wurde. - Eine frühe Jugendstil-Ansichtskarte von 1899 zeigt das Restaurant und Cafe J. Greve in der Dorfstraße 21, das im zweiten Weltkrieg den Bomben zum Opfer fiel.

Der Kalender zum Preis von 15,- € ist ab sofort in den inhabergeführten Tempelhofer Buchhandlungen Menger, Lichtenrader Bücherstube und Tempelhofer Bücherstube sowie in Mariendorf am U-Bahnhof Westphalweg bei Lotto Kaiser erhältlich.

Hans-Ulrich Schulz ist ein Sammler „mit Herz und Seele“ von historischen Postdokumenten. Seine Augen glänzen, wenn er über sein Hobby und seine Leidenschaft spricht. Dann findet er kaum ein Ende und weiß immer neue Geschichten zu erzählen. Hans-Ulrich Schulz ist Mariendorfer mit Herz und Seele und hat sich mit Postdokumenten, wie historischen Briefen und Postkarten, und mit vielen historischen Zusammenhängen auseinandergesetzt. „Ich bin immer wieder fasziniert, wie vielfältig Philatelie ist,“ erzählt mit viel Temperament der agile Sammler.

Er ist in Berlin-Mariendorf aufgewachsen. Mittlerweile lebt er in der vierten Generation in seinem Ortsteil Mariendorf im Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin. Er arbeitete als Sozialarbeiter im bezirklichen Jugendamt und war in seinem Job für die pädagogische Vernetzung in seinem Ortsteil zuständig. Besonders interessiert sich Schulz für die Postgeschichte der Berliner Flughäfen. Er hat spannende

Postkarten, die die Geschichte vom Tempelhofer Feld zum Zentralflughafen erzählen. Ob Zeppeline oder die gute alte „Tante Ju“, das bekannte Flugzeug Ju 52 von Junkers.



Hans-Ulrich Schulz in seinem Archiv

Der Sammler kennt immer noch neue Geschichten und erzählte diese zuletzt bei einem Diavortrag gestern Abend in der Ev. Kirchengemeinde an der Rathausstraße in Mariendorf. Beleuchtet wurde die Zeit von 1945 bis zum Ende des Airports 2008.

Das Tempelhofer Feld ist von der Bevölkerung inzwischen als Freizeit- und Veranstaltungslocation angenommen worden. Ob dort unbedingt Rockkonzerte stattfinden müssen, die im ganzen Süden zu hören sind, ist eine andere Frage. Schön hingegen sind Projekte wie die *HerzFahrt* der **PSD-Bank** und das *Fest der Riesendrachen* von **STADT UND LAND**. Dennoch: Ein Flughafen ist ein Flughafen und seine Schließung war ein Fehler. Das musste mal wieder gesagt werden.

Quellen: Hans-Ulrich Schulz, BerLi-Press TM, Fotos: Thomas Moser
Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

*

03) Besuchermagnet EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg: Grüner geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 605-01

2. September 2022

47. Jahrgang

Besuchermagnet EUREF-Campus Grüner geht's nicht



Foto: EUREF

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen der Grünen Partei, die 1980 zu Ihrer Gründung führten. Im selben Jahr kam **Werner Graf** zur Welt. Der heute 42-jährige ist seit Mitte März 2022 Vorsitzender der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Zeit also, sich das Reallabor der Energiewende, den EUREF-Campus, wo die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 schon heute erfüllt sind, näher anzuschauen.



Foto: EUREF

Am 31. August stattete **Werner Graf** dem EUREF-Campus einen Besuch ab und wurde auf der Plaza von **Karin Teichmann**, Vorständin der EUREF AG, begrüßt. Nach dem Film über den Campus ging es zuerst zur Baustelle im Gasometer, wo bis 2024 ein modernes, klimagerechtes Verwaltungsgebäude mit einem großen Veranstaltungs- und Kongressbereich im Erdgeschoss und einer frei zugänglichen Sky-Lounge in der obersten Etage entstehen wird.

Anschließend besuchte er die ZeeMo.Base, wo Schneider Electric zeigt, wie dezentrale Energienetze funktionieren. GASAG-Chef **Georg Friedrichs** begrüßte **Werner Graf** an der Energiewerkstatt, die den Campus mit Wärme und Kälte versorgen. Wie einzigartige interaktive Welten rund um die Marken von Unternehmen entwickelt und gestaltet werden, erfuhr der Grünen Politiker bei Garamantis. Zum Abschluss des Rundgangs zeigte Ubitricity seine Ladepunkte für E-Fahrzeuge, die inzwischen Berlin erobern.

Werner Graf fasste in einem Statement seine Eindrücke vom EUREF-Campus wie folgt zusammen: „Es ist großartig zu sehen, wie hier moderne Technologie, aber auch die Mobilitäts- und Energiewende zusammenkommen und wir auf dem Campus lernen, unsere Natur und Umwelt zu schützen. Das ist ein riesiger Beitrag für den Klimaschutz und ich bin froh, dass wir in Berlin so etwas tolles haben.“

VBKI Sommerfest



Bei der Eröffnung (v.l.n.r.): **Christian Kloevekorn** (VBKI-Vizepräsident, Vorstandsvorsitzender Gegenbauer Holding), **Andreas Geisel** (Berliner Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen), **Dr. Sigrid Nikutta** (VBKI-Vizepräsidentin, Vorstand Güterverkehr Deutsche Bahn AG und Vorstandsvorsitzende der DB Cargo AG), **Markus Voigt** (VBKI-Präsident), **Reinhard Müller**, Vorstandsvorsitzender der EUREF AG. Foto: Michael Setzpfand

Wochenlang war es teilweise unerträglich heiß, und ausgerechnet als das größte Fest der Berliner Wirtschaft heute vor einer Woche stattfinden sollte, ergoss sich kübelweise Regen auf die Stadt. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hatte 800 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Medien und Politik auf den Schöneberger EUREF-Campus eingeladen. Ein Zukunftsort, den man gesehen haben muss.

Während der Bundespräsident beim Fest für Ehrenamtliche im Garten des Schlosses Bellevue seine Gäste wieder nach Hause schicken musste und viele Open-Air-Konzerte abgesagt wurden, fand die Veranstaltung auf dem EUREF-Campus trotz Regen statt, weil es hier genügend Räumlichkeiten gibt, in

1



die man sich zurückziehen konnte. Als sich am Abend die Wolken ausgeregnet hatten, konnten die Gäste doch noch im Freien die frische Sommerluft genießen.

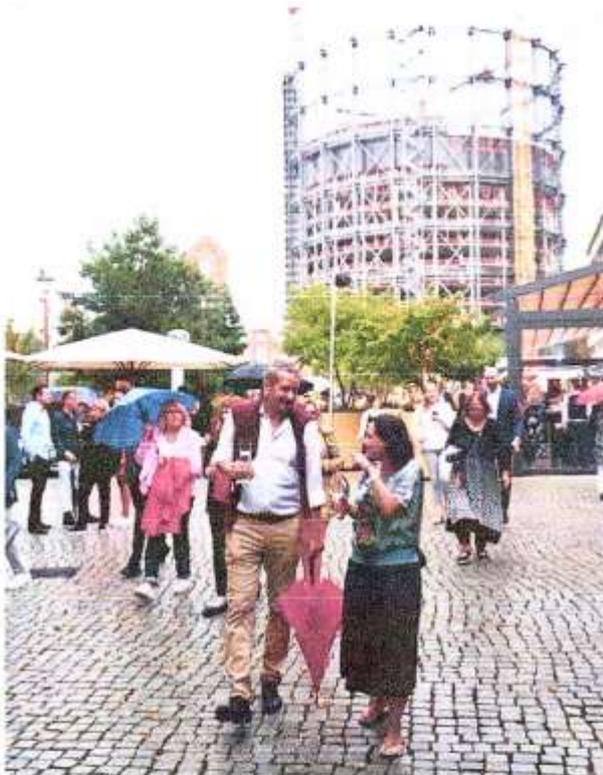


Foto: Christian Kruppa

Begrüßt wurden die Gäste von VBKI-Präsident **Markus Voigt** und für die Landesregierung von Senator **Andreas Geisel**. Auch EUREF-Chef **Reinhard Müller** richtete ein Grußwort an die Besucher.



Foto: Finn Herzog

Geboten wurde ein buntes musikalisches Unterhaltungsprogramm.



Foto: VBKI

Vor allem aber genossen die Gäste das kulinarische Programm, zusammengestellt von **Thomas Kammeler**, dem gastronomischen Leiter des EUREF-Campus und **Cornelia Poletto**, die künftig im EUREF-Campus Düsseldorf für gutes Essen sorgen wird.



Foto: Christian Kruppa

Angeboten wurden auch Rundgänge über den Campus, wozu auch eine Preview der Baustelle des Gasometers und ein erster Blick in den neuen Veranstaltungs- und Kongress-Saal gehörten. Sollte es 2024 wieder ein Sommerfest des VBKI auf dem EUREF-Campus geben, können die Gäste dann schon die Sky-Lounge des neuen Gasometers besuchen.

Ed Koch

04) Reaktionen: Tankrabatt - 9-Euro-Ticket – Energie – Forderungen der Jugend an die Politik. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 604-58

30. August 2022

47. Jahrgang

Reaktionen

Wir haben eine muntere Leserschaft, die nicht alles hinnimmt, was wir verbreiten. Und gerade das macht Spaß. Wir haben einige Zuschriften zu den Themen 9-Euro-Ticket und Forderungen der Jugend an die Politik erhalten. Wir haben zwei herausgesucht, leicht gekürzt, eventuell strafrechtlich relevante Zeichnungen geXt, aber ansonsten alles so belassen.

Auch wenn ich Ihnen zu der schlechten Performance von Jarasch und den Grünen sowie der X-figur Saleh und der Ampel recht geben muss: die FPD ist an Populismus (dafür steht das P und FDP) ja neben der AfD und CSU kaum zu überbieten! Haben Lindner, Czaja und Kollegen doch den Tankrabatt mit Applaus gegen Expertenrat durchgewunken und dann – als das Konzept nicht wirklich funktioniert hat (hier haben sich nur die Fahrer dicker Autos, die eh nicht auf die Tankuhr schauen und die Konzerne selbst gefreut) – auf die böse Opposition gezeigt (FDP und CDU fordern Habeck dazu auf, Ölkonzerne einzubestellen) statt vorab mal Kartell und Lobbyismus zu googlen ... wenn man sich diese Summen der Geldverschwendung anschaut und wo sie gelandet sind ... in Kombination mit der großen Klappe und Schuldabweisung danach ... peinlich. Von daher kann ich weder Czaja noch Ihnen an diesem Punkt recht geben und musste dazu was sagen bzw. schreiben. Denn bei dem Gestank wird mir ebenso übel ...

Sarkastischer Denksport zum Abschluss: Wie viele Scheuer braucht man für einen Lindner? Kleine Hilfe: PKW Maut 500 Millionen in 4 Jahren. Tankrabatt 3 Milliarden in 3 Monaten. Wobei man zu Linders Verteidigung sagen muss: hier blieb immerhin überhaupt irgendetwas für Konzerne UND Bürger übrig. Gut, für erstere mehr ... aber mal verliert der sogenannte „kleine Bürger“ und mal gewinnen die Anderen. Und nur Letztere sind für die FDP interessant.

Alles, was man zum 9-Euro-Ticket wissen muss:

<https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx?fbclid=IwAR3T1THMLfoWfHF-9wtgIQ4ppldHw9EGY-3IbCc04yvV2yPDcnf00cpxk>

Anmerkungen:

Das 9-Euro-Ticket endet morgen um Mitternacht. Und was meldet das ZDF heute Morgen? Eine Nachfolgelösung ist noch nicht gefunden worden, es drohen aber Preiserhöhungen im ÖPNV. Logisch. Alles wird teurer, und selbst die neuen schönen E-Busse der BVG benötigen Strom. Was schreibt mir

Vattenfall? Berlin Basis Privatstrom: Preis bis 30. September 2022 28,82 Cent/kWh – Preis ab 1. Oktober 2022 33,12 Cent/kWh – Umfang der Änderung + 4,30 Cent/kWh. Der Grundpreis für den Zähler, 8,20 Euro/Monat bleibt stabil.

Auf eine „gute Nachricht“ weist Vattenfall auch hin. „Ab dem 1. Juli 2022 wurde die EEG-Umlage gesetzlich um 3,723 Cent/kWh (netto) auf 0 Cent/kWh gesenkt. Diese Absenkung haben wir vollständig an Sie weitergegeben.“ Immerhin.

Zum Tragen kommt die Preiserhöhung erst mit der nächsten Jahresrechnung, also 2023. Dann werden die monatlichen Abschlagzahlungen „angepasst“ und dann erfahren wir auch, wie viel nachzuzahlen ist. Um einer zu großen Nachzahlung vorzubeugen, bietet Vattenfall an, bereits jetzt die Anpassung vorzunehmen. Also: jetzt gleich mehr zahlen oder auf die große Nachzahlung im nächsten Jahr warten.

Mein Vermieter hat mich schon vor einiger Zeit auf die anstehenden höheren Heizkosten hingewiesen, die in der nächsten Betriebskostenabrechnung ihren Niederschlag finden werden. Um eine größere Nachzahlung in einer Summe 2023 zu vermeiden, wurde angeboten, freiwillig die Vorauszahlung zu erhöhen. Habe ich gemacht. 50 Euro pro Monat mehr. Warum soll ich mich aber beschweren, habe ich doch als Rentner eine „satte“ Erhöhung zum 1. Juli bekommen. Zum Glück, denn Heiz- und Energiekosten fressen den größten Teil auf, und die Inflation sorgt für ein Minus in der Schlussabrechnung.

Die Konsequenzen aus all dem werden verheerend sein und sich auf alle Bereiche auswirken. Beim Einkaufen rückt die Bückware verstärkt ins Blickfeld. Reisen? Konzerte? Gaststättenbesuche? Alles Faktoren mit Einsparpotenzialen. Die Folgen für diese Dienstleister kann man sich vorstellen.

Aber, unsere Bundesregierung arbeitet an Entlastungspaketen. Die Frage ist nur, wer in der Bundesregierung daran arbeitet. Die Ankündigungen vor der Klausurtagung in Meseberg sind höchst unterschiedlich zwischen Kanzler, Vize-Kanzler und Vize-Vize-Kanzler.

Der Salehsche Schnellschuss bezüglich eines Berliner Alleingangs bei der Nachfolge für das 9-Euro-Ticket ist schon im Lauf der Flinte explodiert. Es wird keine Regelung ohne Einbeziehung von Brandenburg geben. Und ob die Bundesregierung bis Oktober einen Plan vorlegen wird, ist fraglich. Irgendetwas muss allerdings passieren, denn wenn es ums Geld geht, verstehen die Bürger keinen Spaß. Alle Probleme nur auf Putin zu schieben, greift zu kurz.

1



Forderungen der Jugend an die Politik

Zu diesem Thema schrieb uns ein Leser:

Mir wird angst und bange, wenn ich daran denke, dass diese Jugendlichen einmal die Geschicke unseres Landes und unserer Gesellschaft leiten sollen - wollen, werden, sollen?

Die Vereinten Nationen haben einen relativ kurzen, aber m.E. ausreichend und umfassenden Beschluss zum Thema „Menschenrechte“ verabschiedet, der aus meiner Sicht auch sehr genau von unseren Regierungen entsprechend dem Grundgesetz beachtet wird:

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“, so heißt es in den ersten drei Artikeln der UN-Menschenrechtscharta.

Ich kann nicht erkennen, dass es als „Menschenrecht“ bezeichnet wird, womit die Regierung für einen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu sorgen hat. Natürlich sollte dies ein Ziel von sozialen Regierungen in unserem Kulturkreis sein, aber eine Verpflichtung ist dies bisher jedenfalls nicht - vielleicht leider.

Auch zum Thema Schulpolitik hatte es bereits Umfragen direkt bei Schülern gegeben und diese hatten eine Mehrheit für die Beibehaltung von Noten ergeben. So ist das auch später im Leben, wenn man studiert (und womöglich einen Numerus Clausus) benötigt.

Was soll das denn mit einem „Ausbildungsgehalt“ - wofür wird dieses Gehalt bezahlt? Für ein ausschweifendes Studienleben oder für gute Noten?

Und zu guter Letzt das Thema „Unisex-Toiletten“. Die Entwicklung unserer Toiletten-„Kultur“ war durchaus sinnvoll - oder achtet jeder Mann darauf beim Pinkeln nicht die Brille vollzuspritzen was dann für die folgende Dame nicht besonders amüsant ist?

Ich hoffe nur sehr, dass ich nicht mehr von solchen Spinnern regiert werde!

Anmerkungen:

Wir sollten ein bisschen nachsichtiger mit den Forderungen von jungen Menschen sein. Sie lernen schnell genug die Unterschiede im richtigen Leben zwischen

Anspruch und Wirklichkeit bzw. Möglichkeit. Der Begriff Leistungsgesellschaft ist nicht neu. Ganz im Gegenteil: Leistung war immer wichtig, nach meiner Einschätzung früher mehr als heute. Warum es heute vor allem unter jungen Menschen immer mehr gibt, die sich mit einem Burn-Out zurückziehen und meinen, sich erst einmal selbst finden zu müssen, bevor sie wieder in den Arbeitsalltag einsteigen, verstehe wer will.

Bei allen Problemen, wir leben in einer Zeit des Fachkräftemangels. Arbeitgeber locken Jugendliche mit allen möglichen Vergünstigen, damit sie einen Ausbildungsplatz annehmen. Das war vor etlichen Jahren noch anders. Jeder, der arbeiten kann und vor allem will, kann sich eine Tätigkeit aus der großen Angebotspalette aussuchen. Es muss nicht mehr so sein wie früher, als man sich einen Job aussuchte und diesen bis zum Eintritt in die Rente ausübte. Selten waren die Angebote, einen guten Arbeitsplatz zu finden, so groß wie heute.

Ich habe mir beispielsweise in der GASAG- und der Vattenfall-Zentrale die Arbeitsplätze angeschaut. Man sucht sich einen Schreibtisch aus, schließt sein Tablett an und los geht's. Gut, ein Foto des Kindes oder den eigenen Kaktus kann man nicht mehr auf dem Schreibtisch stehen lassen, weil man keinen festen Platz hat. Meine Ausbildungszeit verbrachte ich in einem großen Lebensmittelkonzern. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass dort irgendwo ein Kicker für die Pausenunterhaltung rumstand. Auch gab es keine gut ausgestatteten Teeküchen in jeder Etage, wir hatten damals bestenfalls eine kleine Kaffeemaschine im Büro stehen. Ein privater Kühlschrank wurde wegen des Stromverbrauchs schon sehr kritisch gesehen. Die Kantine in meinem Unternehmen war erträglich, aber weit von dem entfernt, was heute große Unternehmen bieten. Bequeme Sessel und Sofas für die Pausenerholung gab es auch nicht. Wie kann man angesichts dieses heute vorherrschenden Luxus mit einem Burn-Out zusammenbrechen?

Die Toilettenfrage muss wirklich geregelt werden, das meine in ernst. Ob Unisex die Lösung ist, wage ich zu bezweifeln. Meine Festival-Liebblings-Klofrau beklagt stets, dass die Damen Toiletten weniger sauber hinterlassen werden als die der Herren. Sie muss es wissen. Welche Lösung auch immer für alle sexuellen Orientierungen gefunden wird, ich bestehe auf einem WC, an dessen Tür ein H steht.

Ed Koch

05) Ampel ausgefallen – 9-Euro-Ticket. Von Ed Koch



Ampel ausgefallen



Wie es ist, wenn eine Ampel ausfällt, erleben wir immer wieder auf Berlins Straßen. Chaos. Wer darf zuerst fahren? Wenn wir unsere Ampel-Regierung betrachten, werden wir an diese Situation erinnert, in der es nicht so recht vorangeht.

Egal, um welches Thema es sich handelt, die Meinungen in der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sind teilweise sehr unterschiedlich. Die Gesichter auf dieser „Compra Lärmampel“ (was es nicht alles gibt), spiegeln in etwa die Stimmung der Regierungsparteien wider. Die SPD steht in der aktuellen Umfrage von INSA zwar wieder bei 20 Prozent, das sind aber rund sechs weniger als bei der Bundtagswahl. Die Grünen haben allen Grund zur Freude, denn sie legten auf sechs Punkte zu, auf jetzt 21 Prozent. Der FDP steht das verhaltene Lächeln zu, denn sie ist von 11,5 auf acht Prozent abgerutscht.

Egal, worum es geht, bei keinem Thema wissen wir, was am Ende dabei herauskommt. Die Koalitionsparteien sollten lieber erst einmal untereinander klären, was sie wollen, anstatt dass jede ihre Blähungen in die Welt pupst. Die Gas-Umlage erweist sich als Rohrkreplerer. Die Pandemie wird immer unübersichtlicher. Einerseits verkünden Gesundheits- und Finanzminister gemeinsam ihre Maßnahmen, andererseits ist kurz danach der eine über den anderen verärgert und bezichtigt ihn der Panikmache.

Nicht anders sieht es beim **9-Euro-Ticket** aus. Da ist mal wieder, unabgesprochen mit den Koalitionspartnern, SPD-Chef **Raed Saleh** vorgeprescht und hat eine Single-Lösung für Berlin angekündigt. Nur für Berlin und nur für das A-B-Netz. Das ist eine rein populistische Idee und an Dummheit nicht zu überbieten. Die Regierende Bürgermeisterin und Ko-Vorsitzende der Berliner SPD, **Franziska Giffey**, ließ sich von Saleh aufs Glatteis führen und verteidigte den Vorschlag ihres Mitvorsitzenden, anstatt ihn (den Vorschlag) im Keim zu ersticken.

Stundenlang debattierte die Koalition über diesen Vorstoß der SPD und am Abend lieferte die zuständige Verkehrssenatorin der Grünen, **Bettina Jarasch**, ihr wohl schlechtesten Interview in der

Abendschau ab. Am Ende wusste nicht einmal mehr die Moderatorin **Eva-Maria Lemke**, was ihr Jarasch eigentlich mitteilen wollte. Davon, dass bereits zum 1. Oktober ein Nachfolgeticket greift, war plötzlich nicht mehr die Rede. Man wolle auf Maßnahmen der Bundesregierung warten, was, nüchtern betrachtet, das vorläufige Aus des Saleh-Vorstoßes bedeutet.

Berlin und Brandenburg sind eine Region. Da kann man doch nicht ernsthaft auf die Idee kommen, nur die Berliner Zonen A und B einbeziehen zu wollen, sondern muss auch die länderübergreifende Zone C im Auge haben. Mit dem Regionalzug nach Sylt könnten die Berliner Punks mit Salehs Super-Ticket ohnehin nicht fahren. **Fassen wir zusammen:** Es ist ein unausgegorener Scheiß, den Salah uns da präsentiert, der dazu so kräftig nach Populismus stinkt, dass einem übel wird.

Das 9-Euro-Ticket war ein netter Marketing-Gag der Bundesregierung, ohne jede Nachhaltigkeit. Die Aktion hat gezeigt, dass unsere Verkehrsmittel überhaupt nicht in der Lage sind, so viele Menschen zu befördern. Erst wenn es genügend Züge mit ausreichendem Personal gibt, kann man darüber erneut nachdenken.

Sebastian Czaja, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus kommentiert die SPD-Pläne so: „Statt die Qualität und damit die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen, verramscht der Berliner Senat Tickets und das, obwohl die ersten Auswertungen zu dem Ergebnis kommen, dass das 9-Euro-Ticket weder positive Wirkung auf die Umwelt noch auf die Zufriedenheit der Fahrgäste hatte.“

Obwohl der Finanzsenator noch rätselt, wo er das Geld zur Unterstützung der Bevölkerung in diesem herausforderungsvollen Winter hernimmt, werden hier viele Millionen Euro für etwas verbrannt, das von jeher in unserer Stadt stark subventioniert wird. Das 9-Euro-Ticket hat genau wie der Tankrabatt als kurzfristige Hilfe in der Not seinen Dienst erfüllt. Es wird jetzt auch für RGR Zeit - sich ergänzend zum Bund - ernsthaft Gedanken, um tatsächliche Hilfen zu machen, statt sich weiter an teuren politischen Spielereien zu beteiligen. Es ist der Job eines jeden Senators und einer jeden Senatorin, das Notwendige populär zu machen und nicht das Populäre mit Biegen und Brechen durchzusetzen, nach dem Motto: *Koste es, was es wolle.*“

Außer Czaja recht zu geben, kann man dazu nicht-mehr viel sagen.

Ed Koch

06) Jugendliche stellen Forderungen an den Senat



paperpress

seit 1976



Nr. 604-56

29. August 2022

47. Jahrgang

Jugendliche stellen Forderungen an den Senat

Mit der Übergabe eines Forderungskatalogs an den Senat geht das Berliner JugendFORUM 2022 am 29. August im Europäischen Jahr der Jugend zu Ende. Die 50 Forderungen wurden auf der Abschlussveranstaltung auf dem Campus für Demokratie von Jugendlichen an **Aziz Bozkurt** (SPD), Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung übergeben. **Astrid Busse**, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, und der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, **Dennis Buchner** (beide SPD), begrüßten mit kurzen Reden die Teilnehmenden.

Die klare Forderung der Jugendlichen: es braucht mehr politische Beteiligung und mehr offizielle und offene Anlaufstellen für Jugendbeteiligung in allen Bezirken, sowie ein Jugendexpertengremium auf Landesebene. Ein eigens gegründetes Jugendbegleitgremium hat die über mehrere Monate gesammelten Bedarfe kategorisiert und ausformuliert. Im Mittelpunkt des Katalogs stehen die sieben Kernforderungen:

Wohnungsnot und Stadtentwicklung

Wohnen darf kein Luxusgut sein. Wir fordern die Umsetzung des Menschenrechts auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum!

Corona-Politik und psychische Gesundheit

Wir fordern einen besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplätzen!

Schulpolitik

Wir fordern die Möglichkeit der Abschaffung von Noten (z.B. pro Schule oder Klasse oder kursweise wie beim Sport); SchülerInnen und Schüler wollen häufig weniger Leistungsdruck und fühlen sich im Schulsystem auf ihre Note reduziert. Wir sind mehr als unsere schulische Leistung!

Ausbildung

Wir fordern, dass das Leben mit einem Ausbildungsgehalt oder BAFÖG finanzierbar sein muss!

Nachhaltigkeit

Wir fordern mehr autofreie Zonen, um Platz für Fahrradstraßen zu schaffen!

Queeres Leben

Unisex-Toiletten und Umkleiden in Schulen und Jugendzentren sollen zum Standard werden; damit müssen nicht andere Toiletten abgeschafft werden, aber für Menschen, die sich nicht als weiblich oder

männlich definieren und für die, die Benutzung eine Diskriminierung darstellt, sollte es andere Optionen geben!

Anti-Diskriminierung

Wir fordern die Politik auf, Menschen konsequent mitzudenken, die von Mehrfach-Diskriminierung betroffen sind und sie als Experten ihrer Situation zu befragen und einzubinden!

In einem Statement hob **Aziz Bozkurt** das Engagement der Teilnehmenden hervor: *„Junge Menschen sind in aller Regel hochpolitisch, engagiert und innovativ – wenn die gesamte Gesellschaft das zulässt und auch versteht, dass Engagement sehr unterschiedlich aussehen kann. Wer politisch sein will, braucht schließlich nicht zwingend ein Parteibuch oder eine Begeisterung für lange Reden im Bundestag. Das beweisen auch all die jungen Menschen, die sich im Rahmen des JugendFORUMs einbringen und für ihre Positionen stark machen.“*

Unter den Mitgliedern des Jugendbegleitgremiums ist auch die 20-jährige **Alicia**: *„Wir erwarten nun von der Politik, dass unsere Forderungen ernstgenommen werden. Denn auch wenn wir in einer Minderheit sind: Unsere Themen sind wichtig und wir müssen gehört werden“.*

Auch **Nina Kirch**, Geschäftsleitung der SozDia Stiftung, mahnt: *„Hier sehen wir die jugendpolitischen Sprecher des Abgeordnetenhauses in der Verantwortung. Nach der Veranstaltung ist es wichtig, dass die Forderungen nicht im Sande verlaufen“.* Nur so könne den Jugendlichen vermittelt werden, dass ihr Engagement etwas bewirkt und es sich lohnt, politisch aktiv zu werden. *„Wir laden daher Fachverbände und Institutionen ein, sich in den Diskurs einzubringen und Forderungen aus dem Katalog aufzugreifen, um sich für deren Umsetzung stark zu machen“*, so **Nina Kirch** weiter.

Auf der Abschlussveranstaltung erhielten die über 350 teilnehmenden Jugendlichen die Möglichkeit, mit Politikern des Berliner Senats über ihre Themen zu diskutieren und weitere Forderungen anzusprechen. An sieben Themen-Areas fanden Dialoge auf Augenhöhe mit Politikern statt, moderiert durch Experten von Partnerorganisationen, u.a. dem Migrationsrat Berlin e.V., der Stiftung SPI, dem Bildungswerk für Schülervertretungen und Schülerbeteiligung e.V., dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) e.V. und vielen weiteren.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnten zudem an vier Workshops teilnehmen und aktiv werden. Zur Auswahl standen die Workshops Beatboxing



mit Razzz, Gegen Hatespeech mit „junge Gegenargumente“ von der Servicestelle Jugendbeteiligung e.V., #moneyforchange mit Michael Heinisch-Kirch und TRUTH TALKS mit HÄWAR.help. Ein Rahmenprogramm aus sportlichen und kulturellen Angeboten, sowie Möglichkeiten zum Entspannen rundeten das vielfältige Programm ab und trugen zum Festivalcharakter bei.

In den letzten Monaten hat das Berliner JugendFORUM vielfältige Möglichkeiten für Jugendliche geschaffen, ihre Meinungen zu äußern und die Themen anzusprechen, die sie bewegen. Die SozDia Stiftung, welche das senatsgeförderte Austauschformat in diesem Jahr ausrichtete, hat vor allem darauf Wert gelegt, dass ein breites Publikum an jungen Menschen erreicht wird, die oftmals nicht in Erscheinung treten. *„Es war von zentraler Bedeutung, dass auch Einrichtungen der ambulanten und stationären Jugendhilfe kontaktiert und Jugendliche befragt wurden, die beispielsweise keinen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben“*, erläuterte **Nina Kirch**. Eine breite Beteiligung wurde zudem durch die Präsenz während der Sommerferien in Berliner Freibädern erreicht und durch angebotene Projekttag in Jugendklubs. Während des gesamten Zeitraums konnte ein Online-Fragebogen ausgefüllt werden.

Hintergrund

Das Berliner JugendFORUM versteht sich als eine neutrale Plattform für politische Diskussionen zwischen Jugendlichen und Politikern. Es bietet allen Berliner Jugendlichen die Möglichkeit des aktiven Mitwirkens und -gestaltens bei ihren gesellschaftlichen und politischen Themen. Veranstalterin des JugendFORUM 2022 ist die SozDia Stiftung Berlin. Gefördert wird das Projekt durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - STARK gemacht! Jugend-Demokratiefonds Berlin, dem Landesprogramm zur Stärkung der Partizipation und des demokratischen Handelns von Kindern und Jugendlichen (www.stark-gemacht.de) und in Kooperation mit dem Campus für Demokratie.

Die SozDia Stiftung Berlin engagiert sich seit über 30 Jahren dafür, jedem Menschen zu ermöglichen, Gestalter ihres Lebens zu sein und in der Mitte der Gesellschaft zu leben. Sie steht für ein offenes und tolerantes Miteinander, lebt diakonische Werte und legt bei all ihren Entscheidungen großen Wert auf Nachhaltigkeit und einen umweltbewussten Umgang mit Ressourcen.

Der Arbeitsschwerpunkt der Sozialdiakonischen Trägerin mit rund 650 Mitarbeitenden und über 60

Einrichtungen liegt im Bereich der Kinder-, Jugend-, Familien- und Gemeinwesenarbeit.

Quelle: SozDia Stiftung Berlin

Österreich (Seiten E 68 – E 70)

07) Österreich: Rote „Wien Energie“ de facto pleite – Milliarden verspekuliert

Von ELMAR FORSTER

29. 08. 2022



Die vom Künstler Friedensreich Hundertwasser umgestaltete Fassade der zur Wien Energie gehörenden Fernwärme Wien.- *Bild: Screenshot Twitter*

Prekäre Lage trotz Beschwichtigungs-Rhetorik

Wie prekär die Lage ist, erkennt man an der umgekehrt proportionalen Presseberichterstattung der österreichischen Medien über einen ihrer besten Sponsoren, das rote Wien: Die größte Boulevardzeitung, Die Krone, nahm die [vormitternächtliche Schlagzeile](#) („Paukenschlag! Wien Energie in finanzieller Notlage.“) für die heutige Morgenausgabe lieber gleich wieder aus dem Programm. – Offensichtlich hat das Blatt die jähzornig verklausulierte Zensuraufforderung des roten Wiener Energieunternehmens gleich verstanden: „Aufgrund aktueller Medienberichte: Nein, Wien Energie ist nicht insolvent/pleite.“ („Wien Energie“ auf [Twitter](#)) In diesem Sinne sprach dann auch der links-liberale [Standard](#) davon, dass „Wien Energie laut (!) Finanzminister ‚dringend finanzielle Unterstützung‘“ brauche, ganz die Opferrolle des roten einstigen Paradeunternehmens hervorhebend: „Wegen stark steigender Strompreise steht das Unternehmen vor finanziellen Schwierigkeiten. Zahlungsunfähig will man aber nicht sein.“

Der öffentlich-rechtliche Staatssender [ORF](#) griff wie üblich in solchen Fällen tief in Beschwichtigungsrhetorik und sprach euphemistisch von „finanziellen Turbulenzen“ der „Wien Energie“. Und auch das Boulevardmedium [OE24](#) wagte das Unaussprechliche nur mittels Zitat des österreichischen Finanzministers, Magnus Brunner (ÖVP), indirekt auszusprechen: „Wien Energie braucht dringend finanzielle Unterstützung.“

Bundesregierung und Gemeinde Wien verschwiegen Skandal lange

Denn selbst die gesamte österreichische Bundesregierung ließ die äußerst prekäre Lage des Wiener Energieanbieters (mit 2 Millionen Kunden) sozusagen erst tröpfchenweise „am Rande des Treffens zwischen Regierung und der E-Wirtschaft im Bundeskanzleramt“ (ORF) durchsickern. So hatte etwa der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) mit folgendem Umstand für Verwunderung gesorgt: Dass er „kurzfristig zum Stromgipfel bat“, um dann das Unausweichliche wie eine heiße Kartoffel weitergebend anzusprechen: Dass nämlich die Wien-Energie „an der Kippe“ (OE24) stehe. Das war nämlich der wahre Grund für die spontane Krisensitzung zum Thema Energiesicherheit am Sonntagabend...

„Ernste Mienen“

Bände sprachen dann auch die „ernsten Mienen“ (OE24) der anwesenden Krisen-Bewältiger, Bundeskanzler Nehammer (ÖVP), Energieministerin Gewessler (Grüne), Wirtschaftsminister Kocher (ÖVP), Finanzminister Brunner (ÖVP), Grünen-Klubobfrau Maurer sowie Vertreter der Energieversorger. Entlarvendes Detail am Rande: Der für die „Wien Energie“ zuständige Wiener Finanzstadtrat Peter Hanke nahm vorsichtshalber an dem Treffen gar nicht mehr teil.

Energiepolitisches Desaster für das rote Wien

Fehlen doch der stadt-eigenen „Wien Energie“ Garantien in der Höhe von 1,77 Milliarden Euro. Ohne die kann sie aber nicht mehr auf den Energiebörsen einkaufen. Finanzminister Brunner bestätigte dann die „Notlage“, was das rote Energieunternehmen lieber nicht als Teufel an die Wand malen will: „Aufgrund aktueller Medienberichte: Nein, Wien Energie ist nicht insolvent/pleite.“ („Wien Energie“ auf [Twitter](#))

Alles ist natürlich auch ein Informations-Desaster – im Stile eines Gassenhauers auf jedem Rhetorik-seminar: „Denken Sie jetzt alle nicht an einen roten Elefanten!“ – Nachfrage: „Ist es Ihnen gelungen? Nein!“ Der gleich wieder eine Fortsetzung erlangte: Andere Landesenergieversorger wären laut Finanzminister derzeit nicht in finanziellen Schwierigkeiten: „Momentan ist es so, dass es nur um die Wien Energie geht“ – wie Brunner im ORF in dr „ZIB 2“ bekannt gab. Wohlweislich darauf vergessend, dass der Pleitegeier schon längst auf andere österreichische Energieanbieter gelandet ist: Bisher hatte es zwar „nur“ kleine Diskontfirmen (die in den vergangenen Jahren mit günstigen Tarifen geworben haben) getroffen. Jetzt aber stehen sie vor der Pleite. So etwa der Linzer Anbieter „schlaustrom“, der seinen Kunden per Mail, die Betriebseinstellung bekannt geben musste. Dies gilt per Ende Oktober: „Bitte suchen Sie sich umgehend einen neuen Lieferanten“ – wie es es lapidar hieß. ([oe24](#)) In die Insolvenz stolperte so auch das McStrom-Unternehmen. Teils werden Energiekunden einfach gekündigt, obwohl sie eine aufrechte Preisgarantie haben. Dies betrifft Energieanbieter Maxenergy, Enstroga, TopEnergy und Grünwelt.

Stadt Wien half mehrfach mit Garantien aus

Und zwar am Gemeinderat vorbei – mittels einer milliardenschweren Garantie in den letzten Wochen. Nun sind aber Wiens finanzielle Grenzen überschritten, was de facto einer Pleite entspricht. Untergangs-optimistisch zeigt man sich innerhalb des roten Energieunternehmens aber trotzdem: Dass nämlich der Bund, also die Republik Österreich, einspringen möge: Dann nämlich kämen ja auch wieder „die Sicherheiten zurück, sobald

die Handelsgeschäfte abgewickelt wurden.“ („Wien Energie“ auf [Twitter](#)) – Eine typisch österreichische Einstellung aus der Zeit der Siebziger-Jahre zu Zeiten des Kreisky-Systems, wonach der Staat eine ewig fette Milchkuh wäre.

Der Great Reset frisst jetzt seine Kinder: Gasembargo und Preissteigerungen um 1000%

Gründe für die De-facto-Pleite gibt es viele. Und die unangenehme Antwort: Etwa die exorbitanten Preissteigerungen, seit einem Jahr um mehr als 1000 %, durch das sogenannte Merit-Order-System: Denn nach diesem geben Gaskraftwerke am Strommarkt in der Regel den Preis vor. Und der Strompreis ist automatisch daran gekoppelt. Und die Gaspreisexplosion hängt direkt mit dem Ukrainekrieg und dem damit verbundenen Gasembargo der westlichen EU-Kriegstreiber-Regierungen zusammen – mit Ausnahme Ungarns.

EU-Regierungen schützen Kriegs-Profiteure

Zu einer Reform dieses Systems konnten sich die derzeit im Amt befindlichen EU-System-Regierungen aber nicht durchringen – zum Schaden des Volkes. So ist bisher ein europaweiter Strom- und Ölpreisdeckel – aus Rücksicht auf die Profitinteressen der Energiekonzerne gescheitert. Deswegen „kann sich die E-Wirtschaft nicht für eine Übergewinnsteuer erwärmen“ – wie die Krone euphemistisch flankiert. Und selbst die beiden österreichischen Arbeitnehmer-Organisationen, die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund (ÖGB) beließen es bisher bei Kampf-Rhetorik-Forderungen nach einer Sondersteuer: Sie würden nämlich gerne jährlich 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro zur Finanzierung von Anti-Teuerungs-Maßnahmen lukrieren.

Future-Spot-Deals-Spekulations-Geschäfte

Und dann waren da auch noch die sogenannten Future-Spotgeschäfte mit denen man sich verspekuliert hat: Denn innerhalb der letzten zwei Monate haben sich die Kosten für diese Spotdeals um den Faktor 20 verteuert, nämlich von 50.- EUR pro MWH auf 1000.-EUR

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten E 72 – E 76)

01) Polnischer Staatspräsident kündigt Renaissance der Visegrad-4-Zusammenarbeit an

06. 09. 2022



Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigte in einem Interview mit der Wochenzeitung Sieci eine Kehrtwende an: Die Polen kehren sowohl zur bilateralen Zusammenarbeit mit Ungarn als auch jener im Rahmen der Visegrad-4-Kooperation zurück. Diese Ankündigung wurde erschien am Montag [wPolityce.pl](https://wpolityce.pl).

<https://wpolityce.pl/polityka/612995-premier-morawiecki-w-sieci-o-wspolpracy-z-wegrami>

EU-Gesinnungs-Willkürpolitik

Polens plötzlicher Stimmungsumschwung wurde dadurch eingeleitet, dass die EU-Kommission Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds immer noch nicht an Polen überwiesen hat, obwohl das aber im Juni vereinbart wurde und obwohl sich das Land in den strittigen Rechtsstaatlichkeitspunkten kompromissbereit gezeigt hat. Ungar zeigte sich diesbezüglich wesentlich kompromissloser.

Niemand verkörpert diesen diesen irrationalen, ostrassischen Hass eindrucksvoller als der ultraliberale EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt:

„Willkommen zum Beginn des neuen politischen Jahres, in dem die alten politischen Probleme Europas weiterhin auf dem Tisch liegen...

Unabhängig von der wichtigen Rolle, die Polen bei der Unterstützung der Ukraine spielt, wird das Land KEINE EU-Hilfsgelder erhalten, wenn es nicht die Rechtsstaatlichkeit vollständig wiederherstellt!“ ([Twitter](#))

„V4-Zusammenarbeit wird unsere Länder stärken.“

Auf die Frage des Sieci-Journalisten Michał Karnowski bezüglich Wiederaufnahme der V-4-Zusammenarbeit und zur ungarisch-polnischen Freundschaft antwortete Morawiecki: *„Die Haltung zum Ukraine-Krieg spaltet uns wirklich sehr. Aber im Laufe der Zeit werden uns all die anderen Themen, in denen wir Solidarität, Verständnis und Unterstützung gezeigt haben, wieder zusammenbringen... Wir alle wissen, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Visegrád-Gruppe unsere Länder erheblich stärken wird. Deshalb wird trotz großer Unterschiede unsere V-4-Gruppe Bestand haben.“*

Auf die Frage, wie die V4-Gespräche reaktiviert werden könnten, antwortete Morawiecki: *„Ich die Unterschiede klar aussprechen und die Empfindlichkeiten unserer ukrainischen Freunde respektieren. Zur V4-Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Handeln mit Ungarn können wir in jenen Bereichen zurückkehren, wo wir gemeinsame Werte und Interessen teilen. Dieser gemeinsame Nenner kann gefunden werden. Die Polen sind jetzt dazu wahrscheinlich eher bereit als im März oder April.“*

Dieser Artikel entstand uin Zusammenarbeit mit [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Polnischer Präsident Duda: Europäische Union hat ihr Wort gebrochen!

Von MANDINER

30. 08. 2022



35 Milliarden EUR ausständig

Andrzej Duda hat Brüssel Wortbruch vorgeworfen, nachdem er bisher keinen einzigen Euro-Cent aus dem versprochenen Covid-Rettungsfonds erhalten hat.

Seit Juni nämlich warten die Polen auf das von Brüssel versprochene 35-Milliarden-Euro-Paket aus dem Post-Covid-Virus-Sanierungsfonds. Die EU hatte an die Polen eine Reihe von Bedingungen gestellt, bevor die Gelder ausgezahlt werden. Was bisher aber trotz polnischen Entgegenkommens nicht eingehalten wurde – wie Világgazdaság berichtete.

„EU-Versprechen sind bedeutungslos.“

Darüber, dass die EU-Kommission ihr Versprechen gebrochen habe, äußerte der polnische Präsident Andrzej Duda am Montag gegenüber Radio ZET seinen Unmut: „Die verbalen Versprechen der Verantwortlichen der EU-Kommission und sogar einiger Politiker sind bedeutungslos. Sie können jederzeit gebrochen werden. Das ist geradezu brutale Politik.“ – sagte er.

Zuerst nämlich hatten die EU-Kommission und danach der Rat der EU genehmigt, im Juni 2022, einen Zuschuss in Höhe von 23,9 Milliarden Euro und ein Darlehen in Höhe von 11,5 Milliarden Euro für Polens Konjunkturprogramm genehmigt.

Vorwand: „Rechtstaatlichkeit“

Am Sonntag postete der belgische liberale EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt auf Twitter: Egal, „welche Rolle Polen auch immer bei der Hilfe für die Ukraine spielt... Es wird KEINE EU-Rettungsgelder erhalten, solange es nicht die Rechtsstaatlichkeit vollständig wiederherstellt“.

EU doppelt wortbrüchig

Voran gegangen war dem unwürdigen Schauspiel ein anderer Vertragsbruch der EU gegenüber Polen und Ungarn: Denn erst nach Zusage der Bewilligung des Covid-Hilfsfonds für ihre beiden Länder zogen jene die Veto-Drohung gegen eine Freigabe des Hilfsfonds zurück.

Diese Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen arbeitet an europaweitem Einreiseverbot für Russen

24. 08. 2022



Polen erstellt Konzept für EU-weites Visaverbot für Russen

Warschau kündigt ein neues europaweites „Konzept“ zur Einstellung der Visa-Vergabe an russische Staatsbürger an. Polen hatte ja bereits das Ausstellen von touristischen Visa für russische Bürger seit einigen Monaten eingestellt. Aber das sei in Anbetracht des eher trägen europäischen Nachahmungseffekts nicht genug.

Jetzt verspricht Warschau in wieder einmal „übereifrigem“ EU-Gehorsam, ein neues „Konzept“ für ganz Europa.

Polen will an „vorderster europäischer Front“ sein

Am vergangenen Sonntag [berichteten polnische Medien](#), dass Polens Vize-Chefdiplomat Piotr Wawrzyk versicherte, das Land sei an vorderster Front, um ein

gesamteuropäisches „Konzept“ der Visa-Verweigerung für russische Bürger zu entwickeln. „Polen arbeitet an der Entwicklung eines Konzepts, das es ermöglicht, keine Visa an Russen zu erteilen“, so Wawrzyk.

Der Stabschef des ukrainischen Präsidenten, Andrei Jermak, reagierte noch am selben Tag befürwortend via Twitter, obwohl er allem Anschein nach das Geäußerte etwas missverstanden.

„Polen wird keine Visa für Bürger der Russischen Föderation ausstellen. Damit schließt sich Polen Finnland, Estland, Lettland und Dänemark an, um ein europaweites Verbot der Ausstellung von Touristenvisa für Staatsangehörige von Terrorstaaten einzuführen“.

„Herzlichen Glückwunsch, Russland. Das Visumverbot wird kommen“, twitterte Jermak, ohne offenbar verstanden zu haben was „tatsächlich Sache ist“.

Zur Position Polens kursieren verwirrender Weise zwei verschiedene Annahmen. Zum einen soll Polen sich erst jetzt zu den Ländern Finnland, Estland, Lettland und Dänemark dazugesellt haben, wie auch das Frohlocken Jermaks vermuten lässt. Das stimmt aber so auch nicht.

Warschau hat bereits seit einigen Monaten die Ausgabe von Touristenvisa für Russen eingestellt, wie Wawrzyk selbst noch einmal am 14. August unterstrich. Ausnahmen betrafen bisher Personen aus Diplomatie sowie Logistik, die mit Lastkraftfahrern, die die Grenze aus beruflichen Gründen überqueren, verbunden waren. Wawrzyk hat sogar einen leichten Vorwurf an Estland und Lettland gerichtet, dass diese Reiseblockaden verhältnismäßig spät kamen. „Aber besser spät als nie“, so Wawrzyk weiter.

In Finnland läuft zusätzlich eine Debatte, obwohl die dortige Premierministerin Sanna Marin gleichzeitig die EU in ihrer Gesamtheit, aufrief das Ausstellen von Visa für Russen zu blockieren. Dass Finnland jedoch mit diesem Beispiel vorangeht, blieb bisher aus. Helsinki hat dieses Jahr bereits 13.000 Visa an Russen vergeben.

Estlands Blockade von selbst ausgestellten Schengen-Visa für Russen soll am 18. August 2022 in Kraft treten.

Willkürliche Änderungen jahrzehntealter Beschlüsse

Geriet ein russischer Staatsbürger in den Besitz eines Schengen-Visums von einem europäischen Land, so konnte er in jedes andere Land des Abkommens reisen. So war das zumindest bisher. Somit wird hier willkürlich geändert, was seit 1985/1990 beschlossene Sache war. Es geht also um das Schengener Abkommen, das in der gleichnamigen Stadt in Luxemburg im Jahr 1985 unterzeichnet und im Juni 1990 zeitgleich von allen fünf Erstländern ratifiziert wurde.

Luxemburg, die Niederlande, Frankreich, Deutschland und Belgien waren damals die Erstunterzeichner des Abkommens und so auch Gründungsmitglieder des Schengen Raumes. Die drei letztgenannten Länder sind bisher alles andere als „fügsam“ bei dem viel diskutierten Projekt eines EU-weiten Einreiseverbots für russische Bürger.

Der Vize-Chef des polnischen Außenministeriums ist sich dessen bewusst, zeigt sich dennoch zuversichtlich, „... da der Widerstand dieser Länder gegen die Aussetzung des Abkommens über Visaerleichterungen für Bürger der Russischen Föderation nicht überwunden werden kann, arbeitet Polen an einer neuen Lösung.“

Polen müsste einen juristischen Weg finden, das Schengener Abkommen mit einem Vertragszusatz zu versehen, der bindend für alle Teilnehmer eine explizite Diskriminierung russischer Bürger erreicht.

Das könnte so aussehen, dass wenn ein Land doch ein Visum ausstellt, dieses einzig für das Land selbst gilt, der reisende Bürger aus der Russischen Föderation aber vom Schengener Raum nicht profitieren kann.

Im Extremfall könnte das Abkommen auch vollkommen aufgelöst werden und Spielraum schaffen für Alternativen, die kompatibler wären für eine effektivere Einreise-Diskriminierung von Menschen aus Russland.

Wawrzyk erklärte, dass auch Litauen, Lettland und Estland sowie die Slowakei und die Tschechische Republik sehr motiviert seien, Polen bei der baldigen Ausarbeitung des Konzepts behilflich zu sein. Die Prager Führung hat hier besonderes Gewicht, da sie zurzeit auch den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Laut dem polnischen Staatsvertreter sollen „in ein paar Wochen“ bereits die ersten „gewichtigen Entwicklungen“ dazu erfolgen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 77 – E 78)

04) Großdemonstration von Regierungsgegnern und Unzufriedenen in Prag

Auf dem **Prager Wenzelsplatz** trafen sich am Samstagnachmittag zigtausende Menschen, um gegen die tschechische Regierung zu protestieren. Die Polizei schätzte die Zahl der Demonstranten auf 70.000, die Organisatoren sprachen von über 100.000 Teilnehmern. Die Protestkundgebung wurde gemeinsam von einigen Organisationen und politischen Parteien organisiert, die mit der Regierungspolitik unzufrieden sind. Unter den Rednern waren Vertreter der oppositionellen Rechtspartei Freiheit und direkte Demokratie (SPD), der Kommunisten und der Trikolóra-Partei.

Die Teilnehmer der Demonstration protestierten gegen die EU, die Nato, den europäischen „Green Deal“, Premier **Petr Fiala** (Bürgerdemokraten) und die Unterstützung für die Ukraine. Die Veranstalter haben schon zuvor mitgeteilt, daß sie mit Zehntausenden von Teilnehmern rechnen. Sie fordern den **Rücktritt des Regierungskabinetts** und eine **Lösung der Energiekrise**. Sie verlangen zudem die militärische Neutralität (!) und daß die tschechische Industrie „von der Abhängigkeit von ausländischen Firmen“ befreit wird. Die Demonstration wurde unter dem Motto „Tschechien an erster Stelle“ / „Česká republika na 1. Místě!“ einberufen. Mit weiteren Protestkundgebungen rechnen die Veranstalter am 28. September (Hl. Wenzels-Tag).

[Bitte sehen Sie dazu hier auch den Bericht auf powidl.info.](https://www.powidl.info)

<https://www.powidl.info/politik/prag-massenproteste-gegen-die-regierung>

05) Zehn Jahre Powidl.eu – das Online-Magazin aus Tschechien

Uns ist – genau wie dem Online-Magazin „Powidl.eu“ – die Lage im heutigen Tschechien alles andere als „powidl“ – ein Synonym in Österreich für „egal“.

Daher freuen wir uns mit dem **Online-Magazin Powidl**, das seit nunmehr zehn Jahren regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft etc. in Tschechien berichtet, über dieses Jubiläum. Zehn Jahre sind, wie die Powidl-Redaktion schreibt, in der Welt des Internets eine sehr lange Zeit. Daher hat man die Sommerpause genutzt, um den Netzauftritt umfassend zu modernisieren. Im **„neuen POWIDL“** finden Sie ein übersichtlicheres Layout, Kommentierungs- und „Weiterleitungs“-Funktionen für jeden Artikel, übersichtliche Veranstaltungstips u.v.m.

SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel: „In Österreich und Deutschland erfährt man in den ‚gängigen Medien‘ wenig bis gar nichts über das Sudetenland. Demnach sehen wir den starken Internet-Auftritt des ‚Powidl‘ gerne und werden auch künftig, so wie bisher, auf interessante Beiträge dieser Plattform verweisen!“

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 104, 2022

Wien, am 29. August 2022

06) „Freiheit ist nicht selbstverständlich“

Das Gedenken an die Niederschlagung des **Prager Frühlings** von **1968** hat sich in seiner Wahrnehmung in der tschechischen Bevölkerung im heurigen Jahr schlagartig verändert. In den letzten Jahren war der 21. August vor allem ein Erinnerungstag an ein historisches Ereignis, der das Ende der Sommerferien einläutete. Im Lichte des Ukrainekrieges wurde jedoch bewusst, dass in Europa ein Einmarsch fremder Truppen, so wie er sich einst in der Tschechoslowakei ereignet hat, nicht mehr denkunmöglich ist. „Freiheit ist nicht selbstverständlich“ war der Tenor der Festreden, die von den tschechischen Politikern zum 68er-Gedenken gehalten worden sind. – ein „Powidl“-Beitrag.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 104, 2022

Wien, am 29. August 2022

07) „Technische Mängel“: Zug durfte nicht nach Deutschland fahren

Gestern hat die Deutsche Bahn am Grenzübergang **Tetschen-Bodenbach** (Děčín) / Bad Schandau einem Zug aus Prag der tschechischen Eisenbahnen ČD (České dráhy), dem EC 176 nach Berlin und Hamburg, die Weiterfahrt verweigert, angeblich wegen technischer Mängel – die Waggons hätten sich etwas zur Seite geneigt, berichtet das Online-Magazin [novinky.cz](https://www.novinky.cz). Dies geschah bereits zum vierten Mal im heurigen Jahr! Beim gestrigen Vorfall mussten die ca. 300 Fahrgäste in Tetschen-Bodenbach aussteigen und auf den nächsten Zug Richtung Deutschland (Lokalbahn nach Bad Schandau, von dort Weiterfahrt mit deutschem EC) warten – Verspätungen inclusive...

<https://www.novinky.cz/clanek/ekonomika-nemci-odmitli-prevzit-nevyhovujici-cesky-vlak-uz-poctvrte-40407064>

(P. Barton, Prag)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 104, 2022

Wien, am 29. August 2022

Ungarn (Seiten E 79 – E 84)

08) Europäische Lesbenkonferenz in Budapest: Hundert Lesben braucht es für eine Revolution

03. 09. 2022



Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER



Das Motto der Veranstaltung könnte eine Revolution verursachen: „Eine Lesbe – ein Segen, hundert Lesben – eine Revolution“.

„Gegen Diskriminierung – Für Entitäten der Erde – Lesbisches Genie“

Die „Euro Central Asian Lesbian Community“ wird ihre diesjährige Konferenz in Budapest abhalten, um unter anderem die Diskriminierung von Lesben durch die ungarische Regierung anzuprangern. Doch hinter all dem versteckt sich eine Vision in geradezu abenteuerlichem sprachlichem Chaos: „Verbunden mit der VergangenheitGegenwartzukünftige Prozesse und Entitäten der Erde, regenerieren und rekonstruieren utopische Träume und Universen; Rebellisch, leidenschaftlich, mutig.“ ([lesbianconference](#)) Getragen von einer genialen „Sendung: Lesbisches Genie in die Welt zu bringen.“

Angst vor ungarischem Anti-LGBTQ-Narrativ

Die Forschungsdirektorin der Gemeinschaft, Ilaria Todde, wirkte auf einer Pressekonferenz allerdings etwas verängstigt: Gewänne doch die Anti-LGBT-Rhetorik der ungarischen Regierung in immer mehr Ländern an Boden. Als negatives Beispiel wird Serbien erwähnt: Wurde doch hier die Euro-Pride-Parade für 17. September behördlich abgesagt – mit der Begründung: Dass die Sicherheit der Teilnehmer nicht garantiert werden könne. – Entgeistert wies das Portal auch auf den Umstand hin, dass die serbische Premierministerin Ana Brnabic selbst eine Lesbe ist. ([msn](#))

„Mit LGBT-Hetze auf Stimmenfang“

Nach Euronews hätte die ungarische Regierung ihre Politik nämlich auf die Geschlechterfrage ausgerichtet, indem sie mittels LGBT-Hetze Stimmen zu gewinnen versucht hätte. Getragen wird aber die lesbische Konferenz von der Angst...: Das diese LGBT-Kritik früher rechtsextremen Parteien vorbehalten war, nun aber durch die ungarische Fidesz aber erst ins öffentliche Bewusstsein gerückt sei. Indem behauptet werde, dass die LGBTQ-Gemeinschaft eine Bedrohung für die ungarischen Kinder darstellen würde.

Die Europäische Lesbenkonferenz wurde in den vergangenen Jahren in Wien und Kiew abgehalten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ungarischer Ministerpräsident wochenlang in Kroatien „verschollen“ – Geheimnis gelüftet

01. 09. 2022



screenshot [blikk](#)

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

Kein Burnout, sondern Überarbeitung

In den letzten Wochen erschienen mehrere Fotos, die den Premierminister, urlaubend an der kroatischen Küste zeigten. Es war übrigens das erste Mal seit seiner erneuten Machtübernahme, in viermaliger Folge seit 2010, dass er eine so lange Pause einlegt. Regierungsnahe Quelle deuteten erstmals den Grund für das drei-wöchige „Verschwinden“ an: Überarbeitung und Müdigkeit der Grund für den dreiwöchigen Urlaub gewesen sein.

Krisen über Krisen seit Corona: Nur 5 Stunden Schlaf täglich

Hätten doch die vergangenen Monate und Jahre Viktor Orbán schwer gefordert: Zuerst die Corona-Epidemie, dann die Parlamentswahlen, und zu unguterletzt der Ukraine-Krieg, gefolgt von der Wirtschafts- und Energiekrise. Aufgrund seines intensiven Arbeitsprogramms gönnte er sich kaum mehr Schlaf, nur vier bis fünf Stunden pro Nacht, oft geht im Morgengrauen zur Arbeit – schreibt [Blikk](#).

Fotoserie aus dem Urlaub

Laut einem dem Ministerpräsidenten nahestehenden Informanten zufolge war es für Viktor Orbán ein „hartes Jahr“, das ihn müde und erschöpft gemacht habe, und er deshalb eine längere Pause einlegen musste. Am 6. August postete ein kroatischer Restaurantbesitzer auf der Insel Brač auf ein Foto mit dem ungarischen Premierminister, als er sich noch frisch rasiert und in auffällig gemusterten Sommerhemd präsentierte.



Nur einen Tag später berichtete eine kroatische Zeitung über eine Bootshavarie von Orbans Schnellboot in der Bucht von Rukavaci eine Panne hatte. Daraufhin erschien ein Foto von Orban und seinem Retter.

Vergangenes Wochenende wurde der ungarische Regierungschef in Begleitung des kroatischen Staatschefs Zoran Milanovic fotografiert. (siehe oben)

Dann [postete](#) noch ein stolzer Restaurantbesitzer, letzten Freitag, auf der Insel Ilovik...



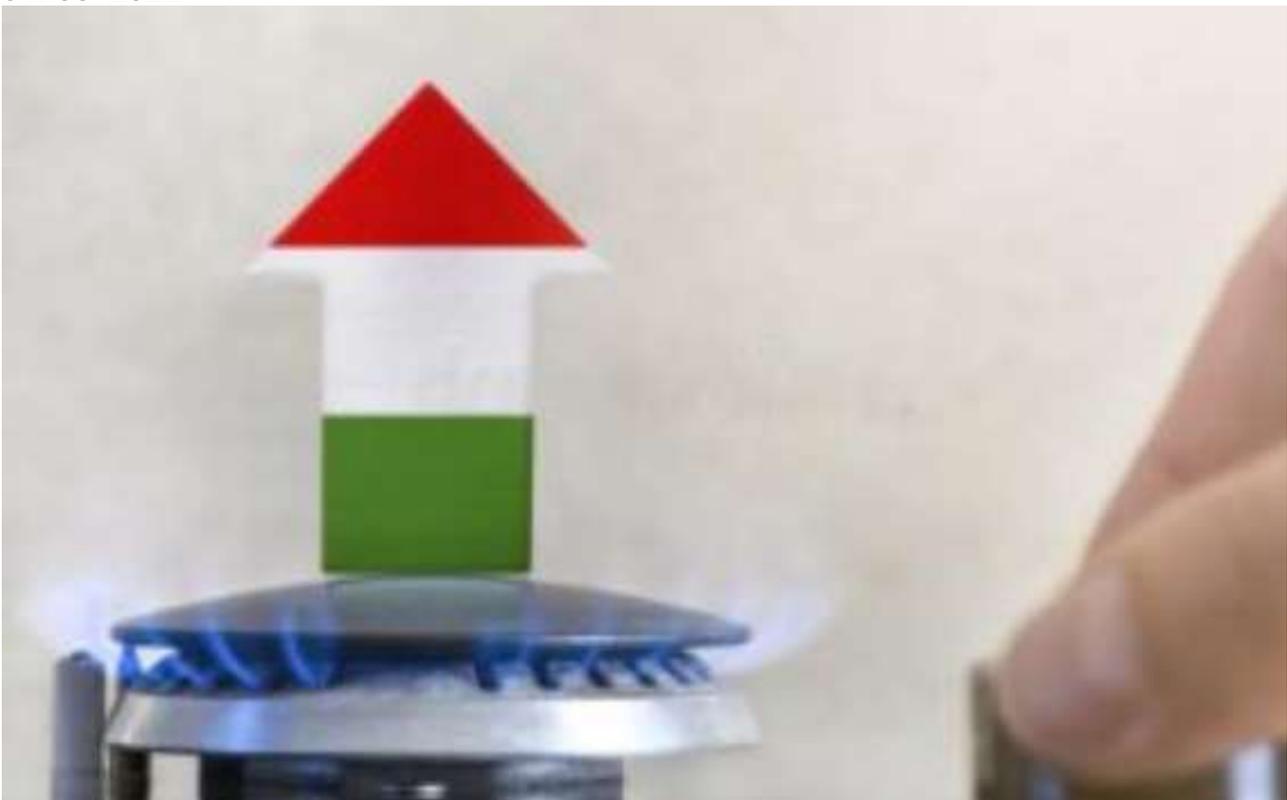
Das letzte Foto zeigt Viktor Orban mit Zsolt Németh, einem der Fidesz-Gründungsmitglieder und jetziger Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung – stoppelbärtig in ausgelassener Alexis-Sorbas-Lebensfreude.

Allerdings war es dann auch schon: „Ich kann keine Auskunft über Viktor Orbáns private Urlaubsprogramme geben. Sobald er aber ein offizielles Programm vorlegt, werden wir darüber berichten.“ – wie Bertalan Havasi, der Pressechef des Premierministers, der Blikk-Zeitung gegenüber verlautbarte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Russische Gazprom liefert EU- und NATO-Mitglied Ungarn zusätzlich täglich 5,8 Mio. m³ Gas

31. 08. 2022



Gazprom liefert 5,8 Millionen Kubikmeter mehr Gas pro Tag an Ungarn

Am Rande eines informellen EU-Außenminister-Treffens in Prag konnte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó einen weiteren Erfolg für sein Land in Sachen Energiesicherheit vermelden: Die zusätzlichen Gaslieferungen über den langfristigen Vertrag hinaus betragen schon im August 2,6 Millionen Kubikmeter und werden ab dem 1. September auf maximal 5,8 Millionen Kubikmeter pro Tag erhöht.

Ungarn verhandelt mit Gazprom

Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten bemüht sich die ungarische Regierung um eine Erhöhung der Gaslieferungen aus Russland. „Es gibt ein Angebot, um die Gaslieferungen zu erhöhen“, sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto. „Wir werden uns in den nächsten Tagen mit Gazprom abstimmen.“ Der russische Energieriese Gazprom hatte Mitte August seine Lieferungen an Ungarn über die Turkstream-Pipeline bereits erhöht. Ungarn ist zu etwa 85 Prozent von russischem Gas abhängig. Zusätzliches Gas wird auch über die Pipeline über Serbien geliefert.

Quellen: [mandiner](#) und [ntv](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. i) Osteuropa:

Seiten E 85 – E 87

Ukraine (Seite E 85)

Keine Berichte!

R u s s l a n d (Seiten E 86 – E 87)

01) Lawrow zu Mord an Dugina – barbarisches Verbrechen darf nicht verziehen werden

25. 08. 2022



„Ich glaube, dass dies ein barbarisches Verbrechen war“, mit diesen Worten wandte sich der russische Außenminister Sergej Lawrow zum Mord an Darja Dugina, an die Öffentlichkeit.

Er bezeichnete dabei den Mord an der Tochter des russischen Philosophen Alexander Dugin als „barbarisches Verbrechen, das nicht verziehen werden darf“.

Ermittlungen werden bald abgeschlossen sein

Am 23.8. brachte der russische Außenminister Lawrow die Hoffnung zum Ausdruck, dass „die Ermittlungen bald abgeschlossen werden“. Er erklärte, dass es „für die Organisatoren, die Auftraggeber und die Täter keine Gnade geben kann“.

Die 29-jährige Aktivistin und Journalistin Darja Dugina kam am Samstag bei einem, mutmaßlich durch eine ukrainische „Terroristin“ durchgeführtes Sprengstoffattentat, ums Leben. Ein ferngesteuerter Sprengsatz, der in ihrem Geländewagen platziert war, detonierte während einer Fahrt in den Außenbezirken Moskaus. Das Fahrzeug wurde auseinandergerissen. Dugina war auf der Stelle tot, erklärten die Behörden.

Angehörige der ukrainischen „Attentäterin“ bestätigen „Spionageauftrag“

Nach dem Mord an Darja Dugina suchen die Ermittler nach möglichen weiteren Beteiligten an der Autoexplosion vom Wochenende. Zudem solle die aus der Ukraine stammende

Tatverdächtige zur Fahndung ausgeschrieben werden, teilte das nationale Ermittlungskomitee in Moskau mit.

Verwandte der, des Verbrechens beschuldigten Frau erklärten nach Berichten russischer Medien, sie habe nur Duginas Gewohnheiten ausspioniert, aber keine Bombe gelegt. Die 29 Jahre alte Dugina wurde unter Anteilnahme von Politik und Staatsmedien bereits am 23.8. beerdigt.

USA „wissen von Nichts“

Die USA mit einem der, am besten „vernetzten“ Geheimdienste der Welt, erklärten hingegen, quasi von Nichts zu wissen und im „Dunkel“ zu tappen, was den Anschlag auf Dugina betrifft. Glaubwürdig klingt dies allerdings nicht.

Die US-Regierung hat eigenen Angaben zu Folge keine genauen Informationen über die Hintergründe des Mordanschlags auf die russische „Kriegsunterstützerin“ Darja Dugina in Moskau. „Wir wissen nicht wirklich, wer dahinter steckt und was das Motiv gewesen sein könnte“, sagte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats, John Kirby, gegenüber dem Nachrichtensender *CNN*. Es habe keine direkte Kommunikation mit der, von Russland beschuldigten ukrainischen Regierung gegeben. Kiew sei aber „sehr transparent“ gewesen, als es jegliche Beteiligung abgestritten hatte.

Nun ja gerade in diesem Falle hatte es natürlich keinerlei Kommunikation zwischen USA und Ukraine gegeben. Ansonsten „glüht der Draht“ jedoch täglich, auch das klingt wenig glaubwürdig.

Estland bestreitet Einreise der mutmaßlichen Attentäterin

Estland hat die Behauptung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB erwartungsgemäß zurückgewiesen, wonach die angebliche Mörderin Darja Duginas in das baltische Land geflohen sein soll. Das sei nur eine weitere Provokation Russlands, erklärte Estlands Außenminister Urmas Reinsalu.

Putin verleiht posthum Orden

Russlands Präsident Putin nannte den Anschlag auf Dugina ein „schändliches, grausames Verbrechen“. Er habe dem Leben einer „brillanten und talentierten Person mit einem wahrhaft russischen Herzen“ vorzeitig ein Ende gesetzt, erklärte er in seiner Beileidsbekundung an die Familie.

Weiters hat Putin Darja Dugina posthum mit dem Orden der Tapferkeit ausgezeichnet. In einer Erklärung verkündete der Kreml, dass der Orden für „Mut und Selbstlosigkeit bei der Erfüllung der beruflichen Pflichten“ verliehen werde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Keine Berichte

Italien (Seiten E 90 – E 91)

01) Umbruch in Europa: Italienische Rechte könnte mit 2/3 Ungarn beerben

05. 09. 2022



Giorgia Meloni · Foto: Breizh-Info

Italiens rechte 3-Parteien-Koalition (Lega – Salvini, Forza Italia – Berlusconi, Fratelli Italia – Meloni) könnte bei den vorgezogenen Wahlen am 25. September laut letzten Umfragen 47 % der Stimmen erhalten.

An zweiter Stelle folgt das Linkswahlbündnis mit 29 %, gefolgt von der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung mit 12 %, und an letzter Stelle: das linksliberal Überparteienbündnis von Italia Viva mit 7 % – wie [Magyar Nemzet](#) ausführte.

Für eine Zweidrittelmehrheit müsste (laut Meinungsforschungsinstitut YouTrend) die Rechte aber ihren derzeitigen Vorsprung von etwa 18 % auf mindestens 21–22 % erhöhen, um eine verfassungsmäßige Mehrheit sowohl im Unterhaus als auch im Senat zu gewinnen.

Jüngste Umfragen sagen 246–255 Sitze im 400-köpfigen Unterhaus sowie 125–127 Senatorensitze im 200-köpfigen Oberhaus voraus. 2/3 der Sitze werden dabei auf die einzelnen Kandidaten und 2/3 nach dem Verhältniswahlrecht auf Grundlage der für die Parteien abgegebenen Stimmen verteilt.

So könnte die Rechte bei der Listenabstimmung bis zu 50 % erhalten, was fast 60 % der Sitze bedeuten würde. Sollte die öffentliche Stimmung so bleiben, ist damit durchaus zu rechnen.

Letzte (unrealistische) Chance für die Linke

Dass sich allerdings alle drei Linksparteien zusammenschließen, gilt derzeit als wenig realistisch: So erteilte etwa der Führer der Aktionspartei im liberalen Block, Carlo Calenda, er werde sich nicht mit linken Parteien zusammenschließen, weil sie Politiker wären, welche die Italiener nicht einmal mehr sehen könnten. Und der Führer der stärksten Linkspartei, der Demokratischen Partei, Enrico Letta, will sich weder mit der stärksten Kraft der Liberalen, Italia Viva, noch mit der Fünf-Sterne-Bewegung verbünden.

„Die Linke vereint nur der Hass gegen die Rechte.“ (Meloni)

Die Linke habe keine gemeinsame Vision, nur der Hass auf die Rechte halte sie sagte, sagte Giorgia Meloni, Präsidentin der stärksten Rechtspartei, der Fratelli Italia.

Revolutionäre Umgestaltung möglich

Eine 2/3-Mehrheit wäre in der modernen Geschichte Italiens beispiellos: Könnte doch etwa die Regierung dann die Verfassung von 1948 ändern, und zwar ohne ein Volks-Referendum. Bisher waren Verfassungsänderungen unmöglich. Das Wahlprogramm der rechten Dreierkoalition möchte Eingriffe ins Steuersystem durchsetzen (Steuersenkungen und Vereinheitlichung). Außerdem möchte es ein Präsidialsystem ähnlich dem in Frankreich einführen (direkte Wahl des Staatsoberhauptes vom Volk). So könnte etwa das erst kürzlich verlängerte Mandat des linken Staatsoberhauptes Sergio Mattarella verkürzt werden und dieser einem möglichen rechten Kandidaten Platz machen.

Drüber hinaus könnten die Versuche der Linken auf Zuerteilung einer Migranten-Staatsbürgerschaft verhindert werden, wodurch sich neue Wähler gewinnen ließen – wie der politische Analyst Béla Szomráky erläuterte.

Dieser Punkt ist in Italien seit 20 Jahren umstritten: Das sogenannte „ius soli“ wollte für, in Italien geborene Kinder automatisch die Staatsbürgerschaft verteilen. Und der Gesetzentwurf „ius scholae“ versprach das allen ausländischen Kindern unter 18 Jahren, deren Eltern ohne Unterbrechung in Italien, unter geordneten rechtlichen Bedingungen leben und deren Kinder seit mindestens fünf Jahren in einer italienischen öffentlichen Bildungseinrichtung unterrichtet werden. Die Rechte hat diese Bemühungen bisher erfolgreich blockiert und könnte sie mit einer Verfassungsänderung endgültig liquidieren.

Anti-Einwanderungsgesetze

Eine 2/3-Mehrheit könnte auch Anti-Einwanderungsgesetze zementieren (wie etwa ein Anlandungs-Verbot NGO-Schiffe voller Migranten), welche zwar noch während der Innenministerschaft von Lega-Chef Salvini (2018–19) eingeführt wurden, aber von der Linken zurückgehalten wurden. Giorgia Meloni – Premierminister-Anwärterin – möchte sogar eine Bootsblockade zwischen Afrika und Europa durchsetzen.

Stattdessen sollten bereits in Afrika sogenannte Registrierungszentren eingerichtet werden – zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus. Illegale Migranten sollen dann umgehend in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden.

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit [MAGYAR NEMZET](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

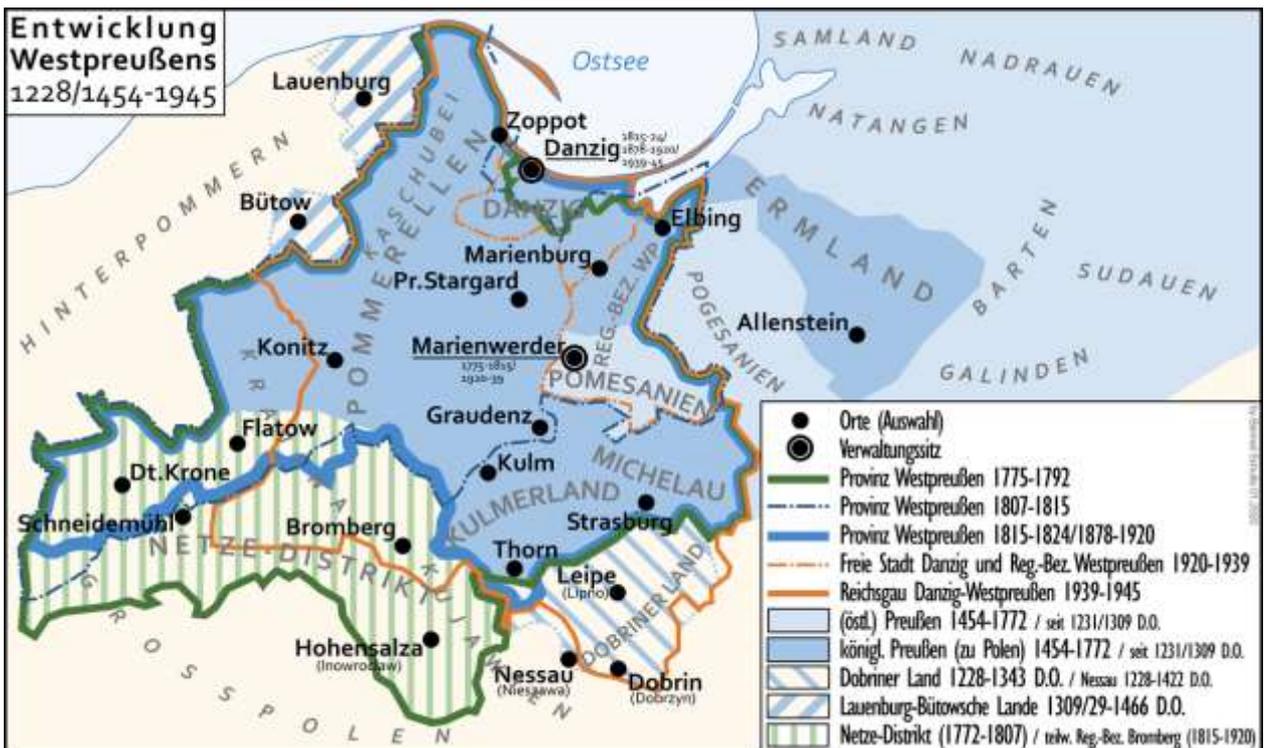
s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



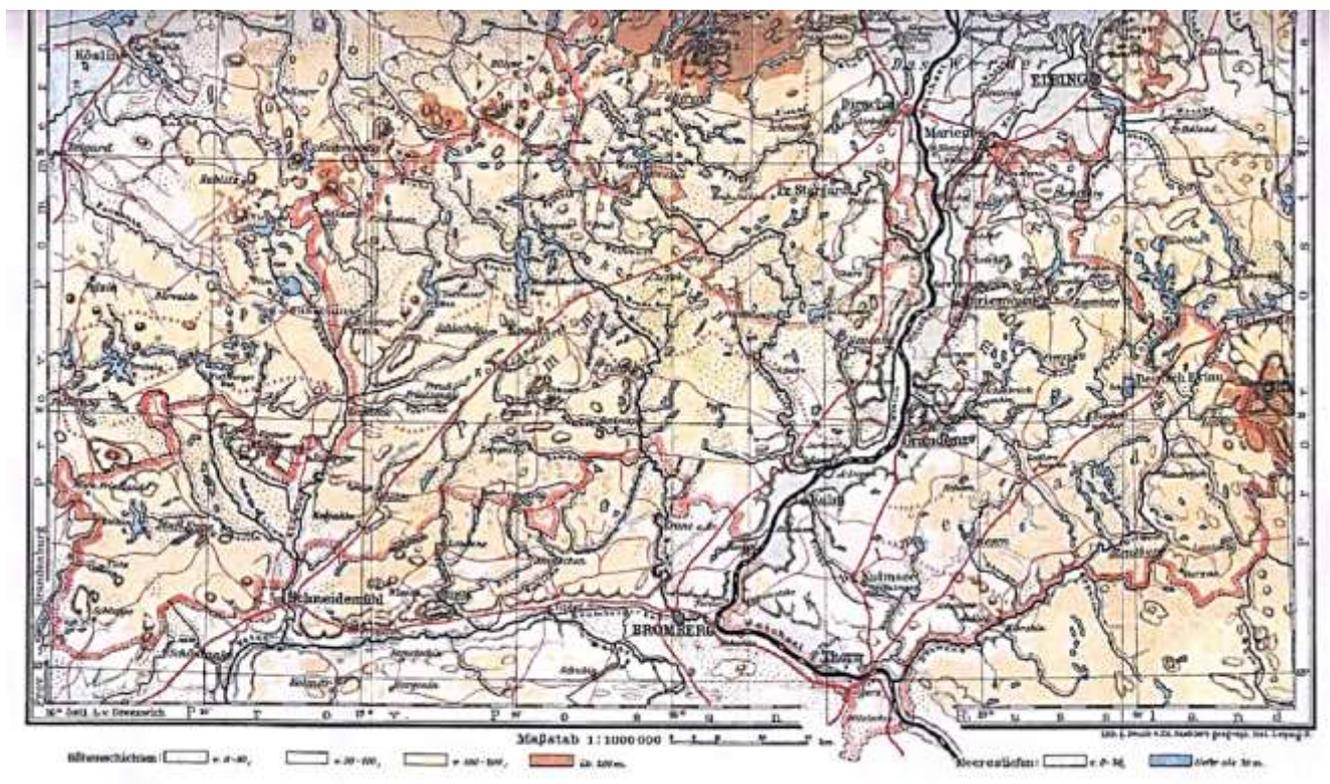
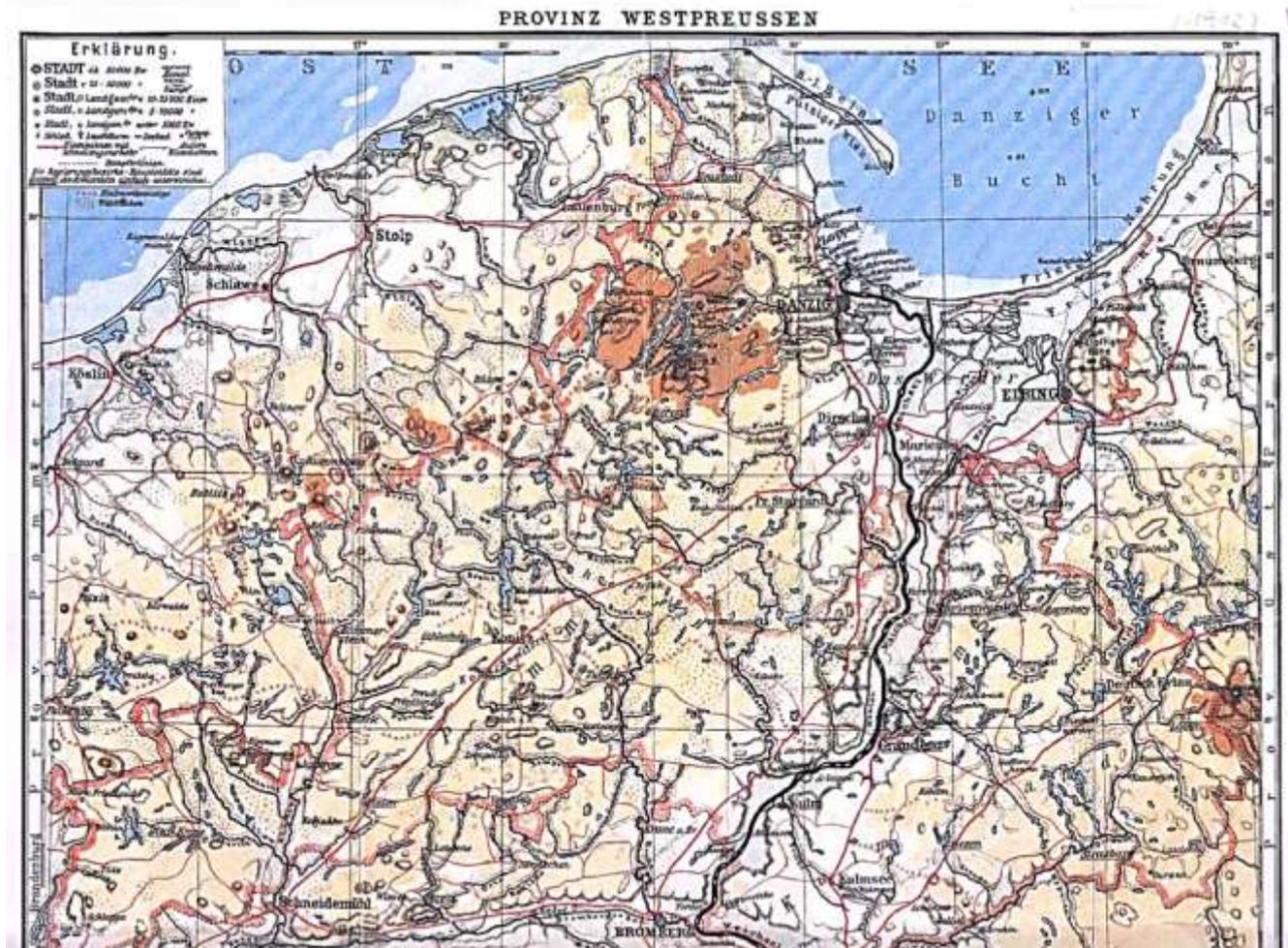
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC% A0Westpreussen.png>



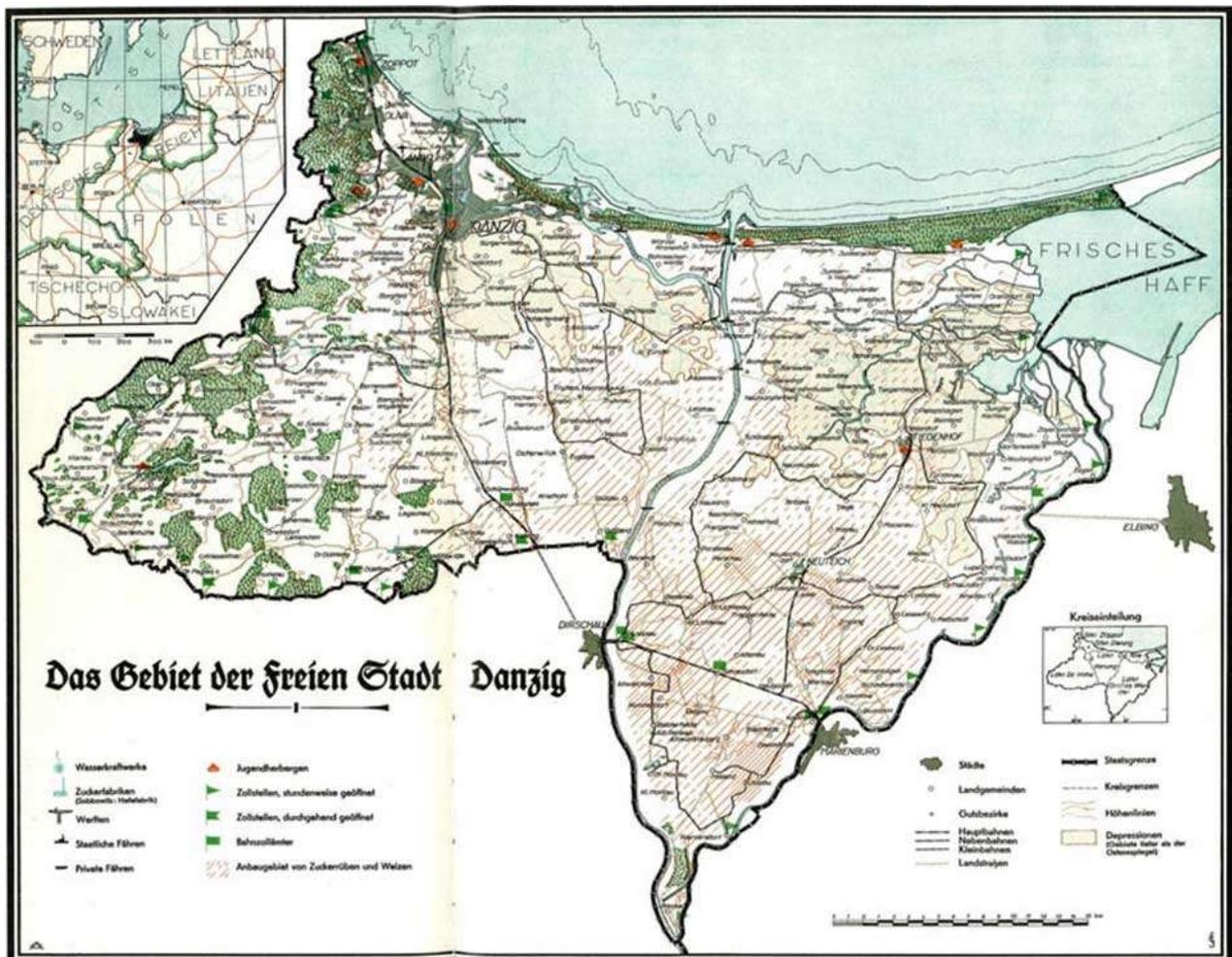
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945





Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



**Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 823 vom 08.09.2022:
06.09.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)**

**Der nächste Rundbrief Nr. 824 erscheint) voraussichtlich, am
22.09.2022.**

Redaktionsschluss für AWR-824: Dienstag, 20.09.2022, 12:00 Uhr